



Deutsches
Jugendinstitut

Abschlussbericht

Christina Boll, Antonia Birkeneder, Laura Castiglioni, Sophia Chabursky, Jannika Gutt, Monika Gandlgruber, Alexander Kanamüller, Alexandra Langmeyer, Ronald Langner, Christoph Liel, Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto, Max Reinhardt, Tabea Schlimbach, Eric van Santen, Sabine Walper

Ukrainische Geflüchtete in Deutschland

Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und
Unterstützungsstrukturen

Forschung zu Kindern, Jugendlichen und Familien an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Fachpraxis

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit 60 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder und Gemeinden und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

Aktuell sind an den beiden Standorten München und Halle (Saale) etwa 470 Beschäftigte tätig, darunter rund 280 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Finanziert wird das DJI überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält es im Rahmen von Projektförderungen u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), der Europäischen Kommission, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Impressum

© 2023 Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutsches Jugendinstitut
Nockherstraße 2
81541 München

Datum der Veröffentlichung Juli 2023
ISBN: 978-3-86379-466-8
DOI: 10.36189/DJI202314

Deutsches Jugendinstitut
Außenstelle Halle
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle

Ansprechpartnerin:
PD Dr. Christina Boll
Telefon +49 89 62306-255
E-Mail boll@dji.de

Inhalt

Danksagung	5
Kurzzusammenfassung	6
1 Einleitung	10
1.1 Übergreifende Herausforderungen der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine	10
1.2 Anliegen und Konzeption des vorliegenden Projekts	11
2 Teilprojekt 1: Kommunale Unterstützungsstrukturen	13
2.1 Herausforderungen für Kommunen: Hintergrund und Fragestellung	13
2.2 Methode	14
2.2.1 Datenerhebung und Sample der qualitativen Interviewstudie	14
2.2.2 Datenauswertung der qualitativen Interviewstudie	16
2.2.3 Datengrundlage der quantitativen Erhebung	16
2.3 Ergebnisse	18
2.3.1 Beschreibung und Wahrnehmung der Zielgruppe	18
2.3.2 Bildungskoordination	19
2.3.3 Migrationsämter	21
2.3.4 Jugendämter: Ergebnisse der qualitativen Studie	21
2.3.5 Jugendämter: Ergebnisse der quantitativen Studie	23
2.3.6 Gesundheitsämter und im Gesundheitsbereich aktive zivilgesellschaftliche Organisationen	25
2.3.7 Zivilgesellschaft	27
3 Teilprojekt 2: Kitas und ukrainische Mütter mit Kindern im Alter von unter sieben Jahren	30
3.1 Kontext und Herausforderungen	30
3.2 Methode	31
3.2.1 Erhebungsstrategie und Feldphase	31
3.2.2 Instrumente der Mütter- und Kitaleitungsbefragungen	32
3.3 Ergebnisse der Mütterbefragung	33
3.4 Ergebnisse der Kitaleitungsbefragung	45
4 Teilprojekt 3: Ukrainische Jugendliche in Deutschland	50
4.1 Kontext und Herausforderung	50
4.2 Methodik	51
4.3 Ergebnisse	52
4.3.1 Flucht und Ankunft	52
4.3.2 Erfahrungen mit dem deutschen Schulsystem	54
4.3.3 Freundschaften und Familienbeziehungen	57

4.3.4	Psychisches Wohlbefinden	60
5	Zusammenfassung und Fazit	63
5.1	Teilprojekt 1 Kommunale Unterstützungsstrukturen	63
5.2	Teilprojekt 2 Kitas und ukrainische Mütter mit Kindern im Alter von unter sieben Jahren	66
5.3	Teilprojekt 3 Ukrainische Jugendliche in Deutschland	68
5.4	Fazit	70
	Anhang: Methodensteckbrief der Teilprojekte	73
	Literatur	75
	Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	78

Danksagung

Die Autorinnen und Autoren der Studie danken allen Fachkräften, die an unseren Befragungen teilgenommen und diese in ihren Netzwerken verbreitet haben.

Ein besonderer Dank geht an die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung e. V. (DAJEB) für die Unterstützung bei der Befragung ukrainischer Mütter mit Kindern unter sieben Jahren.

Unser größter Dank gilt den geflüchteten Jugendlichen und Müttern, die bereit waren, uns ihre Zeit zu schenken und ihre Erfahrungen mit uns zu teilen. Wir hoffen, dass diese Studie einen kleinen Beitrag dazu leistet, ihren Stimmen Gehör zu verschaffen.

Kurzzusammenfassung

Das vorliegende Projekt befasst sich mit institutionellen Strukturen und zivilgesellschaftlichen Angeboten zur Unterstützung der Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine sowie mit den Erfahrungen und Perspektiven der Geflüchteten, wobei Mütter von Kindern vor der Einschulung und Jugendliche im Mittelpunkt stehen. Dies trägt der demographischen Struktur der Geflüchteten Rechnung, denn anders als bei der Fluchtbewegung 2015/2016 sind insbesondere Mütter mit Kindern aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet.

In insgesamt drei Modulen des abteilungsübergreifenden, multiperspektivisch und multimethodisch arbeitenden Projekts wurden qualitative und quantitativ-standardisierte Erhebungen durchgeführt. (1) Mittels qualitativer Interviews wurden 25 Leitungen und Mitarbeitende kommunaler Verwaltungen sowie elf Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu Herausforderungen und Gelingensbedingungen bei der Bildungsintegration geflüchteter Kinder befragt. Zusätzlich geben Daten einer standardisierten Jugendamtsbefragung einen Eindruck zu den Herausforderungen, vor denen die Jugendämter stehen. (2) Mit Blick auf die Situation von Familien mit jungen Kindern und deren Kita-Integration wurden zwei standardisierte Befragungen durchgeführt, die erste mit 777 Müttern, die mit mindestens einem Kind im Alter zwischen 0 und 6 Jahren aus der Ukraine geflüchtet sind, und die zweite mit 621 Kita-Leitungskräften. (3) Die Perspektive junger Geflüchteter wurde in 25 qualitativen Interviews mit geflüchteten Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 18 Jahren exploriert, die zu ihrer Bildungsteilnahme, ihren sozialen Beziehungen und ihrem Wohlergehen befragt wurden.

Die Befunde zeigen, dass kommunale Akteure von tragfähigen Kooperationsbeziehungen mit vielfältigen Partnern profitieren, um Kindern, Jugendlichen und Familien die benötigten Angebote unterbreiten zu können. Mehrheitlich konnten die Kommunen auf Erfahrungen und etablierte Strukturen aus der Zeit von 2015/2016 zurückgreifen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten mit nonformalen und informellen Bildungsmöglichkeiten wichtige Ergänzungen zu den Regelangeboten des Bildungssystems. Insbesondere sportliche und kulturell-kreative Angebote werden sowohl seitens der Kommunen als auch von den Jugendlichen als bereichernd und integrationsförderlich hervorgehoben, da hierbei die Sprachbarrieren weniger zum Tragen kommen und niedrigschwellige Kontakte aufgebaut werden können.

Der frühzeitigen Integration in Kita oder Schule wird sowohl seitens der kommunalen Akteure als auch – mit Blick auf die eigene schulische Bildung – seitens der Jugendlichen hohe Relevanz beigemessen. Entsprechende Bemühungen sind jedoch mit dem Fach- und Lehrkräftemangel konfrontiert, der das Platzangebot begrenzt und die ohnehin angespannte Versorgungslage verschärft. 45 Prozent der Jugendämter (N = 141) sehen in der Kindertagesbetreuung die größte Herausforderung aufgrund des Kriegs in der Ukraine. 69 Prozent der befragten Leitungskräfte von Kindertageseinrichtungen sehen den Bedarf an pädagogischem Personal nicht oder nur unzureichend gedeckt. Auch fehlt es Kindertageseinrichtungen unter anderem an Dolmetschern und Dolmetscherinnen, an psychologischer Unterstützung für die Kinder sowie an spezifischen Fortbildungen für die Fachkräfte.

Zudem kommt bei der Einschulung der Gesundheitsuntersuchung durch die Gesundheitsämter eine Nadelöhrfunktion zu, wobei Großstädte im Vorteil sind. In den untersuchten Kommunen haben die Gesundheitsämter eine klar definierte Schnittstellenarbeit mit dem Schulamt bzw. der Bildungskoordination sowie mit Migrationsämtern intensiviert, um die für die Schul-einmündung formal erforderlichen Schritte zu beschleunigen. Die Aufgabe der Bildungskoordination besteht zudem vor allem in der Vernetzung für eine bedarfsgerechte Gestaltung von Bildungsangeboten.

Die schulische Situation wird seitens der Jugendlichen differenziert bewertet. Positiv berichten viele von dem unterstützenden Engagement der Lehrkräfte. Als anspruchsvoll erleben diejenigen ihr schulisches Lernen, die neben dem Unterricht in Deutschland auch am online-Unterricht in der Ukraine teilnehmen. Kritische Stimmen finden sich zur Beschulung in Brückenklassen, die vor allem dem Erwerb von Deutschkompetenzen dienen, aufgrund ihrer altersheterogenen Zusammensetzung jedoch nicht allen Jugendlichen die angestrebten Bildungsfortschritte ermöglichen. Als ungünstig wird auch die wechselnde Zuordnung zu unterschiedlichen Regelklassen erlebt, da dies den Aufbau von Beziehungen zu Gleichaltrigen erschwert. Demgegenüber können in Brückenklassen leichter Beziehungen zu Gleichaltrigen aufgebaut werden, die angesichts ähnlicher Erfahrungen eine wichtige Unterstützungsfunktion übernehmen.

Obwohl eine Reihe der befragten Jugendlichen von psychischen Belastungen durch die Kriegserfahrungen, die Trennung von Freundinnen und Freunden und von in der Heimat gebliebenen Familienangehörigen berichten, nehmen nur sehr wenige psychotherapeutische Unterstützung in Anspruch. Viele haben eigene Bewältigungsstrategien – insbesondere durch Ablenkung von negativen Gedanken – entwickelt. Sie profitieren jedoch von niedrigschwelligen Gesprächsangeboten, etwa durch Lehrpersonen aus der Ukraine.

Das psychische Wohlbefinden der 777 befragten geflüchteten Mütter aus der Ukraine ist eher schlecht. Viele Mütter berichten von häufiger Erschöpfung. Zwei Drittel der Mütter fühlen sich vom Kriegsgeschehen stark oder sehr stark belastet. Große Sorgen um Angehörige in der Ukraine und um verschiedene Aspekte ihrer Zukunft und die Zukunft ihres Kindes betreffend werden von teils mehr als der Hälfte der Mütter genannt. Auch das Wohlbefinden ihres Kindes schätzen 42% der Mütter nur als mittel und weitere 15% sogar als eher schlecht oder schlecht ein, wobei die Einschätzung positiver ausfiel, wenn sich die Mutter in der Erziehung kompetent fühlte. 57 Prozent der Mütter gaben an, mit der deutschen Sprache gar nicht oder eher schlecht zurechtzukommen. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Mütter geben für ihr Zielkind (dies ist bei mehreren Kindern im Haushalt der Mutter dasjenige Kind, das als nächstes Geburtstag hat) an, dass es in einer Kita betreut wird. Obwohl vier Fünftel von ihnen einen Hochschulabschluss besitzen, waren zum Befragungszeitpunkt nur 11 Prozent der Mütter erwerbstätig. Die Erwerbswünsche sind hoch, aber der Alltag in Deutschland und die Hauptverantwortung für die Kinder verlangen den Müttern einiges ab.

Die Befunde legen einen nennenswerten Unterstützungsbedarf der Mütter nahe. Allerdings wird ein Gutteil der Angebote von den Müttern aus Unkenntnis nicht

genutzt. Hilfe bei Behördengängen und psychologische Hilfe sind der Hälfte der Mütter, die diese Angebote nicht nutzen, unbekannt. Angesichts der hohen Bedeutung der Sprachkenntnisse stimmt bedenklich, dass zwei Drittel der Mütter, die keine Hilfe beim Deutschlernen in Anspruch nehmen, als Grund dafür angeben, dass das Angebot für sie unpassend ist, etwa, weil keine geeignete Kinderbetreuung vorhanden ist.

Mütter, die die Unterstützungsangebote nutzen, fühlen sich häufiger in Deutschland willkommen, haben im Durchschnitt mehr Kontakte zu Einheimischen und ein besseres Wohlbefinden. Denkbar ist, dass Mütter mit mehr materiellen, sozialen und psychischen Ressourcen leichter Zugang zu den Angeboten finden. Umgekehrt können auch die Angebote selbst zu (noch) mehr Kontakten sowie einem (noch) besseren Wohlbefinden und Willkommensgefühl führen. Diese sich wechselseitig verstärkenden Effekte können Polarisierungen herbeiführen, die die soziale Ungleichheit in der Fluchtbevölkerung sowie zwischen Flucht- und autochthoner Bevölkerung vertiefen.

Die Kitaleitungsbefragung zeigte Herausforderungen auf, mit denen die befragten Einrichtungen angesichts der aktuellen Situation konfrontiert sind. Etwa die Hälfte der 621 befragten Kitaleitungen berichtete davon, seit Februar 2022 Flüchtlingskinder aus der Ukraine in ihrer Einrichtung aufgenommen zu haben. Die Nichtaufnahme wurde in wiederum der Hälfte der Fälle durch einen Mangel an freien Plätzen begründet. Als größte Herausforderung des Kitapersonals in der Arbeit mit den Kindern und den Familien aus der Ukraine wird die Sprache genannt – einerseits im Hinblick auf Sprachbarrieren im Umgang mit den Eltern, andererseits bezüglich des Spracherwerbs der Kinder.

Aus den Befunden ergeben sich folgende **Handlungsbedarfe** von Politik und Fachpraxis:

Sprache ist der Schlüssel

Es muss weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen, die Sprachförderung für Kinder, Jugendliche und Familien in Kitas, Schulen und außerschulischen Kursangeboten auszuweiten und Nutzungsbarrieren insbesondere für Menschen mit Sorgearbeiten abzubauen. Da die Sprachförderung der Kinder in der Kita beginnt, muss der Kitaausbau auf qualitativ hohem Niveau und flächendeckend weiter vorangetrieben werden, bis der Bedarf vollständig gedeckt ist. Dabei muss auch auf eine angemessene Betreuung der Kinder mit Kriegserfahrungen geachtet werden. Die Schulen würden den Bedürfnissen der Kinder besser entgegenkommen, wenn Sprachförderung parallel bzw. ergänzend zum Regelunterricht stattfindet und die Kinder festen Regelklassen zugeordnet werden. Idealerweise ist zumindest teilweise eine zweite Fach- bzw. Lehrkraft im Unterricht, die bei Verständnisproblemen unterstützt.

Informationskampagnen und verbesserte Zugänge zu Unterstützungsangeboten

Informationen zu den umfangreichen psychosozialen Unterstützungsangeboten, Hilfen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei Behördengängen, beim Deutschlernen usw., die Geflüchteten offenstehen, müssen diese besser erreichen und von

diesen auch genutzt werden können. Am Abbau von Nutzungsbarrieren, seien es Unkenntnis, unzureichende Deutschkenntnisse, fehlende Kinderbetreuung oder andere Hürden, muss mit Beharrlichkeit weitergearbeitet werden.

Kultur- und Sportangebote sind Integration Facilitators

Kulturellen und sportlichen Angeboten, besonders der Kinder- und Jugendarbeit, kommt bei der Integration von geflüchteten (und vermutlich auch aus anderen Gründen zugewanderten) Kindern und Jugendlichen wesentliche Bedeutung zu, da sie niedrighschwellige Kontakt- und Austauschmöglichkeiten eröffnen und positive Erfahrungen ermöglichen (vgl. auch Peucker u.a. 2020; Mairhofer u.a. 2022, S. 73 ff.). Diese Angebote gilt es zu erhalten und auszubauen.

Erhalt kommunaler Kooperationsstrukturen notwendig

Der Aufbau und Erhalt von breit angelegten Kooperationsstrukturen auf kommunaler Ebene muss fest im Aufgabespektrum der Fachkräfte verankert werden. Spezialisierte Task Forces und Anlaufstellen für Schnittstellenarbeit zur Integration Geflüchteter und anderer Migrant:innen sollten überdauernd erhalten bleiben, um sie bei Bedarf aktivieren zu können.

1 Einleitung

1.1 Übergreifende Herausforderungen der Aufnahme von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine

Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die Flucht zahlreicher Menschen aus der Ukraine nach Deutschland ausgelöst. Dies sorgt in vielen Bereichen der aufnehmenden Gesellschaft für spürbare Veränderungen und stellt diese vor neue Aufgaben. Die Gesamtzahl der registrierten Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland betrug im Mai 2023 etwas mehr als eine Million Menschen. Allein zwischen Mai 2022 und Mai 2023 ist mehr als eine Viertelmillion (255.553) von ihnen hinzugekommen. Anders als in den Jahren 2015/16, als ein überproportional hoher Teil der nach Deutschland Geflüchteten junge Männer waren, handelt es sich bei den Geflüchteten aus der Ukraine überwiegend um Frauen mit Kindern: Minderjährige stellen rund ein Drittel der Geflüchteten, und rund zwei Drittel der erwachsenen Flüchtlinge sind Frauen (Mediendienst Integration 2023). Die erwachsenen Geflüchteten sind zudem überdurchschnittlich hoch gebildet (Brücker u. a. 2022b). Dies eröffnet grundsätzlich hohe Integrationschancen in den deutschen Arbeitsmarkt. Die Erwerbsaufnahme ukrainischer Mütter setzt jedoch, wenn die Kinder noch klein sind, einen Kitaplatz voraus. Geflüchtete Mütter müssen ihren Alltag mit Kindern in Deutschland in der Regel ohne die Väter bewältigen. Sie müssen ihre Unterkunft und den Lebensunterhalt der Familie organisieren, für die Bildungsteilnahme ihrer Kinder sorgen und neben eigenen Sorgen um Angehörige in der Ukraine auch Ängste und Unsicherheiten der Kinder auffangen. Sie stellen damit potenziell eine besonders belastete Gruppe dar. Über die Kitas kommen sie mit Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe in Kontakt, die Unterstützung bieten können. Den Kitas stellt sich die Herausforderung, möglichst alle geflüchteten Kinder aufzunehmen und ihnen eine individuell adäquate Betreuung zu bieten.

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren machen etwa ein Drittel der registrierten Geflüchteten aus (Mediendienst Integration 2023). Diese stellen eine eigene Zielgruppe dar, die unabhängig von ihren Eltern in den Blick genommen werden muss. Schon Migrationsprozesse in Friedenszeiten können für Kinder und Jugendliche eine große Anstrengung darstellen. Für die aus der Ukraine Geflüchteten kommen noch die Kriegserfahrungen und Belastungen der Flucht hinzu. Väter und weitere im Heimatland verbliebene Verwandte sowie Freundinnen und Freunde werden vermisst. Die psychische Gesundheit der geflüchteten Kinder und Jugendlichen kann mitunter stark leiden.

Kinder im Kita-Alter haben andere Bedarfe als Kinder im Grundschulalter und diese wiederum andere als Jugendliche in der Altersstufe der sekundären Bildung. Die Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich in einer Stellungnahme vom 29.03.2022 dafür ausgesprochen, ukrainische Kinder im Grundschulalter umgehend in die Regelklassen zu integrieren. Die Regelungen für ältere Kinder und Jugendliche unterscheiden sich teilweise erheblich zwischen den Bundesländern und tragen den Integrationsbedarfen der jungen Menschen in unterschiedlichem Maße Rechnung. Nach der Ankunft im neuem Land

stehen die Jugendlichen vor großen Herausforderungen. Dazu gehört, neue Zukunftsperspektiven zu entwickeln, Sozialbeziehungen im Heimatland aufrechtzuerhalten und neue Kontakte im Aufnahmeland zu knüpfen.

Die kommunale Ebene hat bei der Unterstützung und Begleitung des Integrationsprozesses von Geflüchteten eine zentrale Funktion in allen Bereichen der Daseinsfürsorge, weil die Menschen hier wohnen, arbeiten, leben, sich bilden und begegnen. Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, der kommunalen Verwaltungen und der Zivilgesellschaft engagieren sich vor Ort mit großer Kraft in der Unterstützung der Geflüchteten. Kommunen bieten für spezifische Lebensbedingungen unterschiedliche Entwicklungsperspektiven für die Menschen vor Ort. Für Kinder und Jugendliche, aber auch die Mütter, sind hier vor allem die Kindertagespflege und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Schulen zu nennen. Zugleich hängen die Lebensumstände der Geflüchteten auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene und deren Umsetzung auf kommunaler Ebene ab (Gesemann 2020, Frank/Vandamme 2017). Daher ist zu untersuchen, wie die kommunalen Akteure ihren Aufgaben nachkommen und welche Unterstützungsangebote und Initiativen es vor Ort gibt. Zum anderen gilt es, die Jugendlichen und Mütter selbst zu Wort kommen zu lassen und aus ihren Erfahrungen, täglichen Herausforderungen und Unterstützungsbedarfen zu lernen.

1.2 Anliegen und Konzeption des vorliegenden Projekts

Das abteilungsübergreifende Projekt „Ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen“ ist in drei Teilprojekten organisiert, in die alle fünf Fachabteilungen des DJI eingebunden sind. Im Zeitraum vom 1.9.2022 bis zum 28.2.2023 sowie vom 07.03.2023 bis 22.05.2023 wurden zielgruppenspezifische Bedarfsanalysen durchgeführt und der Umgang von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe, der kommunalen Verwaltungen und von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit den Herausforderungen der Fluchtbewegungen erhoben. Zudem wurden Ergebnisse einer zwischen Mai und Dezember 2022 durchgeführten bundesweiten Erhebung einer Stichprobe von Jugendämtern durch das DJI-Projekt Jugendhilfe und sozialer Wandel in den Projektkontext integriert.

Teilprojekt 1 unter Leitung von Dr. Max Reinhardt erfragt, wie Kommunen die Geflüchteten vor allem mit Blick auf Bildungsangebote und die Integration in das Bildungssystem unterstützen, inwiefern die (organisierte) Zivilgesellschaft hieran beteiligt ist und welche Herausforderungen die Jugendämter bei der geforderten Integration der Geflüchteten in die Betreuungs- und Angebotssysteme wahrnehmen.

Teilprojekt 2 unter Leitung von Dr. Alexandra Langmeyer, Dr. Laura Castiglioni und PD Dr. Christina Boll befasst sich einerseits mit der Situation und dem Wohlergehen geflüchteter Mütter und ihrer Kinder unter sieben Jahren sowie mit der Kenntnis und Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten (Mütterbefragung) und andererseits mit den Erfahrungen und Strategien von Kitaleitungskräften im Umgang mit den geflüchteten Kindern (Kitaleitungsbefragung).

Teilprojekt 3, das von Sophia Chabursky geleitet wird, lässt geflüchtete ukrainische Jugendliche zu Wort kommen und fragt unter anderem nach ihren Fluchterfahrungen, ihrem Leben in Deutschland, ihrem Wohlbefinden und ihren Bleibeabsichten.

Eine detaillierte Übersicht zu den verwendeten Methoden der Teilprojekte findet sich im Anhang. Der Bericht enthält die Darstellung der drei Teilprojekte und schließt mit einer ausführlichen Zusammenfassung. Die wichtigsten Informationen zur Studie und ihren Ergebnissen finden sich gebündelt in einer dem Bericht vorangestellten Kurzzusammenfassung.

Die Gesamtleitung der Studie hatte PD Dr. Christina Boll, die Berichtslegung leitete Dr. Max Reinhardt. Die Namen der an den Teilprojekten beteiligten Autorinnen und Autoren werden in den betreffenden Kapiteln genannt. Zur Endredaktion mit Gesamtverantwortung für die Teilprojekte gehörten Dr. Alexandra Langmeyer, Dr. Max Reinhardt, PD Dr. Christina Boll und Antonia Birkeneder, der zudem für ihre exzellente Unterstützung im Endlektorat gedankt wird.

2 Teilprojekt 1: Kommunale Unterstützungsstrukturen

Qualitative Studie: Alexander Kanamüller, Ronald Langner, Max Reinhardt und Tabea Schlimbach

Quantitative Studie: Monika Gandlgruber, Andreas Mairhofer, Christian Peucker, Liane Pluto, Eric van Santen

2.1 Herausforderungen für Kommunen: Hintergrund und Fragestellung

Kommunen haben bei der Integration von Geflüchteten eine zentrale Bedeutung (siehe z. B. Gesemann 2020). In den letzten Jahrzehnten waren Kommunen angesichts der migrationspolitischen Herausforderungen zunehmend gefordert, ihre Strukturen anzupassen und effizienter zu gestalten. Die Kommunen haben Erfahrungen bei der Unterstützung von Geflüchteten sammeln können, so vor allem in den Jahren 2015/16, einem Höhepunkt der Fluchtbewegungen nach Europa und Deutschland. Die Kommunen reagierten damals sehr unterschiedlich: von aktiv und offen bis reaktiv und eher restriktiv (siehe z. B. Schamman 2020b). Allerdings ist die Situation für Geflüchtete aus der Ukraine deutlich anders, da ihnen seitens der europäischen Innenministerien für bis zu drei Jahren ein spezieller Schutzstatus erteilt wurde und sie kein Asylverfahren durchlaufen müssen.

Zudem zeigen zahlreiche Studien, dass sich die aus der Ukraine Geflüchteten in ihrer soziostrukturellen Zusammensetzung (Alter, Geschlecht und Bildungsstand) von anderen Geflüchteten Gruppen unterscheiden (vgl. Gesamteinleitung), was nahelegt, dass auch die Bedarfe und Herausforderungen für die Geflüchteten zum Teil andere sind (Bundesministerium des Inneren und für Heimat 2022; Giesing u. a. 2022; Granato/Neises 2017). Bislang ist kaum erforscht, wie Kommunen mit der veränderten Situation der Geflüchteten im Jahr 2022 umgehen und wie sie speziell Kinder und Jugendliche, die hier im Mittelpunkt stehen sollen, unterstützen. Minderjährige Geflüchtete sind eine große und vulnerable Gruppe (siehe z. B. Seidelsohn u. a. 2022). Aufgrund ihrer hohen Schutzbedürftigkeit, ihres Entwicklungsstands und der Schulpflicht sind sie in besonderer Weise zu unterstützen und zu begleiten.

Im Zentrum der qualitativen Untersuchung steht daher die Frage, wie Kommunen diese Gruppe im Jahr 2022 vor allem mit Blick auf Bildungsangebote und die Integration in das Bildungssystem unterstützt haben. Die Verantwortung der Kommunen verteilt sich hierbei auf verschiedene Ämter und Einrichtungen. Insbesondere Jugendämter, Migrationsämter und Gesundheitsämter haben jeweils spezifische Aufgaben bei der Aufnahme, Betreuung, Begleitung, Bildung und gesundheitlichen Versorgung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen. Im Bildungsbereich haben die Kommunen seit 2016 über das BMBF-Förderprogramm „Kommunale

Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte“ (KoKo) ihr Aufgabenspektrum erweitert. Unter Rekurs auf New-Governance-Ansätze wurden Veränderungsprozesse eingeleitet, die auf neue Formen (gemeinschaftlicher) Steuerung von Bildung unter Einschluss der (organisierten) Zivilgesellschaft abzielen (siehe z. B. Reinhardt/Schmiedeberg 2022).

Die Wirksamkeit von New Governance ist jedoch nicht unumstritten. So wird auf sogenannte Rationalitätsmythen verwiesen wie die angenommene Effizienzsteigerung durch Kooperation und den so erreichbaren Abbau sozialer Ungleichheiten (siehe z. B. Olk/Schmachtel 2017). Zudem wird angemahnt, dass der (organisierten) Zivilgesellschaft häufig nur eine kompensatorische Rolle ohne Möglichkeiten der Mitgestaltung und Beteiligung zukommt (siehe z. B. Stolz 2012). Dieser in die Praxis der Akteure hineinwirkende Diskurs rund um New Governance bildet gewissermaßen die theoretische Hintergrundfolie für die vorliegende qualitative Untersuchung.

Neben den genannten Ämtern ist dementsprechend zu untersuchen, in welcher Form die (organisierte) Zivilgesellschaft wie auch schon 2015/16 an der Unterstützung und (bildungsbezogenen) Integration Geflüchteter beteiligt ist. Dies bezieht sich insbesondere auf von Seiten der Zivilgesellschaft bereitgestellte, informelle sowie non-formale Bildungsangebote, aber auch auf kommunal geförderte Unterstützungsangebote von freien Trägern. Mit dieser Akteursgruppe ist zugleich die Annahme verbunden, dass diese auch einen anderen, möglicherweise noch alltagsnäheren Blick auf die Zielgruppe hat. Im Teilprojekt 1 wurden daher mit einem multiperspektivischen Ansatz kommunale Unterstützungsstrukturen für neuzugewanderte Kinder und Jugendliche aus der Ukraine mit dem Fokus auf die formale Bildungsintegration, unter Einbezug der non-formalen und informellen Bildungsetzings der (organisierten) Zivilgesellschaft untersucht (zum erweiterten Bildungsbe-griff siehe z. B. Maschke/Stecher 2016).

Ziel war es, einen differenzierten Einblick in Themen und Herausforderungen bei der Begleitung der Zielgruppe zu erhalten, hierbei verschiedene ämterspezifische Logiken zu analysieren sowie mit dem Einbezug der Zivilgesellschaft auch einen amtsexternen Blick auf kommunale Unterstützungsstrukturen und die Akteurs- und Angebotspluralität vor Ort zu erfassen. Die quantitative Befragung der Jugendämter erweitert den multiperspektivischen, auf Bildung fokussierten Ansatz um einen Blick auf die kommunale Kinder- und Jugendhilfe insgesamt.

Der Methodensteckbrief in Anhang 1 informiert zusammenfassend über die einzelnen Methoden, die in diesem Teilprojekt angewendet wurden.

2.2 Methode

2.2.1 Datenerhebung und Sample der qualitativen Interviewstudie

Das Untersuchungsdesign war explorativ angelegt. Ziel war es, mithilfe von leitfadensbasierten Interviews Hypothesen in Bezug auf die oben dargestellten Fragen

herauszuarbeiten. Die Schwerpunkte der Leitfäden waren vor dem Hintergrund der oben beschriebenen New-Governance-Ansätze an den für die Bildungscoordination und das datenbasierte kommunale Bildungsmanagement formulierten Kernkomponenten orientiert (siehe Euler u. a., S. 113). Zusammengefasst handelt es sich um folgende Stichworte: Begleitstrukturen 2022 und Rückgriff auf Begleitstrukturen 2015/16, Zielgruppen, Maßnahmen/Angebote, Kooperation, Koordination, Strategie, Datenbasierung, Qualitätsmanagement und Weiterbildung. Sie wurden um Aspekte der Herausforderungen und der Integration erweitert, für jede Befragtengruppe modifiziert und auf die jeweilige Logik der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Organisationen zugeschnitten. Es wurden zehn Kommunen ausgewählt, die bereits über Strukturen und eine etablierte Praxis zur Unterstützung und Integration von Geflüchteten verfügen. Ziel war es, die Bandbreite verschiedener Praktiken in der Begleitung der Zielgruppe herausarbeiten zu können. Für die Auswahl wurden ferner regionale Merkmale (Ost- und Süddeutschland, Städte und Landkreise) sowie soziostrukturelle Kriterien (finanzstarke und finanzschwächere Kommunen) herangezogen.

Die qualitative Empirie bildeten schließlich 30 leitfadenbasierte Interviews, darunter sechs Doppelinterviews, mit insgesamt 36 Personen. Doppelinterviews wurden dann geführt, wenn es strukturelle oder inhaltliche Schnittmengen zwischen den zu interviewenden Personen gab. Unter den 36 Interviewten befanden sich 25 Vertretungen (Leitungen und Mitarbeitende) kommunaler Verwaltungen: neun Personen aus der Bildungscoordination, neun Personen aus Jugendämtern, drei Personen aus Migrationsämtern und vier Personen aus Gesundheitsämtern. Im Sinne eines explorativen Vorgehens wurden Migrationsämter mit Bezug zu geflüchteten Kindern und Jugendlichen interviewt, weil der Zugang zu den Jugendämtern erschwert war und im Laufe des Projektes die Rolle der Migrationsämter als Anlaufstelle für Geflüchtete deutlich wurde. Zudem sind die Migrationsämter eine Perspektiverweiterung, da sie in einigen Kommunen Geflüchteten den Zugang zur Verwaltung in einer Art Lotsenfunktion ermöglichen. Darüber hinaus konnten elf Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen für ein Interview gewonnen werden.¹ Davon sind vier der ausgewählten zivilgesellschaftlichen Organisationen im Gesundheitsbereich aktiv und engagieren sich in diesem Kontext für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Diese Interviews dienten der Anreicherung des Gesundheitssamples. Zum einen war der Zugang zu den Gesundheitsämtern erschwert, zum anderen konnte dadurch der Blick um zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen im kommunalen Gesundheitsbereich erweitert und eine externe Perspektive auf gesundheitsbezogenes Verwaltungshandeln eingeholt werden. Sieben weitere Interviews wurden mit Vertretungen zivilgesellschaftlicher Organisationen aus anderen Tätigkeitsbereichen geführt. Bei deren Auswahl wurde auf eine möglichst hohe Varianz hinsichtlich Tätigkeitsfeld (z.B. Sport, Kunst und Kultur, Bildung), Organisa-

¹ Für die Studie wurden zivilgesellschaftliche Organisationen als gesellschaftliche Zusammenschlüsse gefasst, die freiwillig, selbstverwaltet und am Gemeinwohl ausgerichtet sind und in unterschiedlichen Organisationsformen organisiert sind (Strachwitz/Priller/Triebe 2020).

tionsform, -alter und -größe geachtet. So befinden sich z. B. traditionsreiche Sportvereine, gGmbHs und (sehr) junge Organisationen im Sample der zivilgesellschaftlichen Akteure.

2.2.2 Datenauswertung der qualitativen Interviewstudie

Die Auswertung erfolgte unter Rückgriff auf die qualitative Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2015). Der erste Auswertungsschritt bestand nach der anonymisierten Transkription in der Sichtung des Materials und der Erstellung eines Codebaums in MAXQDA.² Die Codes orientierten sich im Wesentlichen an den im Leitfaden verwendeten Stichworten. Die Codes wurden je nach Eigenlogik der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Akteure angepasst. Die Materialauswertung erfolgte sowohl anhand der multiperspektivischen Vorannahmen (siehe Kapitel 2.1) als auch induktiv aus dem Material. Anhand synoptischer Betrachtungen und ausgewählter Ankerbeispiele wurden die Interview-Daten zu drei Themenschwerpunkten verdichtet:

- Wahrnehmung der Zielgruppe mit Blick auf deren Ankommenssituation und ihre Ausgangsbedingungen
- Unterstützungsstrukturen der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Zielgruppe und Rückgriff auf Strukturen aus 2015/16
- Herausforderungen und Integrationsverständnis der Akteure mit Blick auf ihr Amt bzw. ihre Organisation

Die Äußerungen der Interviewpartner:innen sind durch die Logiken der Ämter und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, die sie repräsentieren, beeinflusst (Klemm/Liebold 2016, S. 2). Bei den ausgewählten Ankerbeispielen handelt es sich somit um eine Rekonstruktion der Wahrnehmung und Bewertung der Befragten. Ausgewählt wurden Ankerbeispiele, die sich aus der Perspektive der Interviewten im konkreten kommunalen Kontext bewährt haben und die auch für andere Kommunen und Organisationen bei der Integration von Geflüchteten hilfreich sein könnten (siehe auch Mayring 2015; zum Verfahren zusammenfassend und daran angelehnt siehe auch Reinhardt/Schmiedeberg 2022). Gleichzeitig stehen sie in der Regel für mehrere Beispiele aus verschiedenen Interviews, so dass trotz des kleinen Samples eine erste Sättigung gewährleistet ist.

2.2.3 Datengrundlage der quantitativen Erhebung

Empirische Grundlage der quantitativen Befunde zur Perspektive der Jugendämter auf wahrgenommene Herausforderungen in Folge des Kriegs in der Ukraine und zu Strukturen zu deren Bewältigung entstammen der inzwischen siebten Welle einer regelmäßigen bundesweiten postalischen Befragung einer Stichprobe von 229 Jugendämtern durch das DJI-Projekt „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (www.dji.de/jhsw). Die Feldphase startete im Mai 2022 und wurde im Dezember

² Für die vorliegende Publikation wurden die Zitate sprachlich leicht geglättet.

2022 abgeschlossen. Bis zur Auswertung der vorliegenden Daten im Dezember 2022 haben 146 Jugendämter an der Befragung teilgenommen. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 63 Prozent. Hinsichtlich des Typs der Kommune – kreisfreie Stadt, Landkreis oder kreisangehörige Kommune mit eigenem Jugendamt – entspricht die Verteilung der Teilnehmenden weitgehend der Verteilung in der Grundgesamtheit.

Die DJI-Jugendamtsbefragung 2022 hat Fragen zu Angeboten, Strukturen und Verfahrensweisen (z. B. Aufbaustruktur, Personal, Jugendhilfeplanung oder Beteiligung) sowie zu aktuellen Herausforderungen der Jugendämter (z. B. Personalgewinnung oder Ganztagsbetreuung) zum Gegenstand. Daneben wurden zwei offene Fragen zu den Folgen des Kriegs in der Ukraine für die kommunalen Jugendämter gestellt. Die Antworten auf diese Fragen wurden zu Kategorien zusammengefasst (siehe Kapitel 2.3.5).

Für die Einordnung der Ergebnisse ist von Bedeutung, dass mit der Erhebung die spezifische Perspektive der Organisation Jugendamt als für die kommunale Kinder- und Jugendhilfe verantwortliche Institution, in der Regel repräsentiert durch die Organisationsleitung, erhoben wurde. Diese kann sich von anderen Perspektiven, etwa jener der Fachkräfte in der direkten Arbeit mit Geflüchteten, unterscheiden (siehe Mairhofer 2020). Weiter ist zu beachten, dass die Daten während eines relativ langen Erhebungszeitraums von acht Monaten, in dem die Situation sich auch verändert hat, erhoben wurden.

2.3 Ergebnisse

2.3.1 Beschreibung und Wahrnehmung der Zielgruppe

Die größte Zielgruppe unter den aus der Ukraine Geflüchteten sind laut den Interviewpartner:innen vor allem Mütter mit Kindern und im Gegensatz zu 2015/16 nur wenige unbegleitete Minderjährige (siehe auch Giesing u. a. 2022). Ein zweiter wesentlicher Unterschied ist der in den Interviews hervorgehobene gesicherte Aufenthaltsstatus. Dieser ermöglichte ab 01.06.2022 schnell einen Zugang zu Sozialleistungen über die Jobcenter und schon unmittelbar nach Kriegsausbruch die freie Wahl des Wohnorts. Vor allem im März waren die Institutionen schnell gefordert, viele aus der Ukraine Geflüchtete unterzubringen und zu unterstützen.³ Die private Unterbringung erleichterte, so ein in vielen Interviews geäußertes übergreifendes Blick auf die Zielgruppe, die Integration in den Lebensalltag durch den Austausch mit in Deutschland lebenden Menschen und bot Orientierung z. B. bei Behördengängen. Jugend- und Migrationsämter schätzen die Zielgruppe so ein, dass die erziehungsberechtigten Ukrainer:innen mit den grundlegenden Strukturen der institutionellen Kindertagesbetreuung und Schulbetreuung vertraut sind. Die Zivilgesellschaft sieht in den bürokratischen Abläufen eine wesentliche Integrationsbarriere.

Viele Befragte beschreiben die geflüchteten Kinder und Jugendlichen als lern- und integrationswillig und schätzen die geflüchteten Mütter sowie ihre Kinder als sehr bildungsaffin, verbunden mit einer vergleichsweise hohen Erwartungshaltung an das deutsche Bildungs- und Gesundheitssystem, ein. Viele geflüchtete Kinder und Jugendliche empfinden, so die Erfahrung von Befragten, die z. B. ausschließlich sprachliche Förderung in Willkommensklassen als nicht ausreichend. Integrationsklassen, die schneller fachlichen Unterricht anbieten, sind daher eher integrationsförderlich, weil dadurch Brüche in der schulischen Bildung vermieden werden (siehe z. B. Karakayali u. a. 2016). Ebenso beschreiben Interviewte einen im Vergleich zu früheren Geflüchtetengruppen guten physischen und psychischen Gesundheitszustand der Geflüchteten und verweisen auf die gute gesundheitliche Versorgung im Herkunftsland (Impfsystem, Vorsorge).

Die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft bewerten die sprachliche Verständigung im Jahr 2022 als einfacher, da viele der Geflüchteten Englisch sprechen. Zudem würden die geflüchteten Ukrainer:innen über vergleichsweise höhere finanzielle Ressourcen verfügen, wodurch diese mehr Handlungsspielräume in der deutschen Gesellschaft haben. Weiterhin berichten sie, dass im Gegensatz zu den Jahren 2015/2016 die meisten Geflüchteten dieselbe Sprache sprechen, was Selbstorganisation und Selbsthilfe erleichtere.

³ Im Gesundheitsbereich wird diese Phase auch anders als 2015/16 als unvorbereitet eingeschätzt, weil noch mehr Geflüchtete in kurzer Zeit kamen.

Die Bleibeperspektive können die Interviewten nur schwer einschätzen. Sie beschreiben im Wesentlichen zwei Gruppen: Eine Gruppe will in Deutschland bleiben und erhofft sich daher eine möglichst bruchlose Fortsetzung ihrer Bildungsbiografie. Eine weitere Gruppe versteht ihren Aufenthalt in Deutschland eher als Zwischenstation und macht den Zeitpunkt ihrer Rückkehr vom nur schwer einschätzbaren Kriegsgeschehen abhängig bzw. sieht ihre Bleibeperspektive als offen an.⁴ Von einigen Interviewten werden zudem zwei weitere Gruppen von Kindern und Jugendlichen angesprochen, die als Geflüchtete aus der Ukraine nach Deutschland kamen: Zum einen in der Ukraine lebende Angehörige aus Drittstaaten, deren Aufenthalts- und Asylrecht individuell zu prüfen ist. Zum anderen in der Ukraine lebende Sinti und Roma, für die aufgrund ihrer Verfolgungsgeschichte interkulturell-sensible Betreuung und Sprachmittlung notwendig ist (siehe z. B. KMK 2022).

2.3.2 Bildungskoordination

Wesentliche Herausforderungen für die Bildungskoordination sind Zugänge zu Bildungsinstitutionen, Bildungsübergänge, die Integration in den Arbeitsmarkt sowie fehlende Fachkräfte, Bildungsangebote und Unterkünfte. Die drängendsten Aufgaben für die kommunale Verwaltung waren und sind die Unterbringung in Wohnungen, in Kitas und in der Schule sowie die Sprachvermittlung. Zunächst haben viele Kommunen improvisiert („learning by doing“; „doing by doing“ (Bildungskoordination (Bk) 9). Es standen schnelles Handeln wie die Unterbringung im Bildungssystem und in den Unterkünften im Vordergrund.

Als Netzwerkpartner:innen nennen die Interviewten verschiedene Verwaltungseinheiten⁵, die politische Spitze sowie zahlreiche Vereine und Verbände (siehe dazu auch das Kapitel 2.3.7 Zivilgesellschaft). Die Vernetzungsarbeit besteht z. B. darin, abzustimmen, ob und wie mit Blick auf die Ressourcenknappheit (Fachkräfte, Angebote) freie Kapazitäten z. B. durch Kooperation verschiedener Anbieter genutzt werden können. Die Aufgabe ist keine Steuerung von oben, sondern kooperativ-koordinierend (siehe auch Reinhardt/Schmiedeberg 2022) wie das folgende Zitat zeigt:

„Ja, was bedeutet Koordination? (...) Also ich kann im Prinzip die Plattform dafür bieten, (...) dass einfach Informationen fließen und dass Akteure zusammenkommen, um, um Dinge zu planen. Und dann kann ich natürlich inhaltlich versuchen, in bestimmte Richtungen anzuregen. Also ich habe ja jetzt auch keine, keine Weisungsmöglichkeit gegenüber externen Akteuren, aber kann einfach versuchen, dass die Kommunikation funktioniert.“ (Bk 4)

4 Befragungen zeigen, dass eine große Gruppe in Deutschland bleiben wird bzw. möchte (52 Prozent laut Giesing u. a. 2022, 42 Prozent laut BMI 2022). 46 Prozent (Giesing u. a. 2022) bzw. 32 Prozent (siehe BMI 2022) werden in die Ukraine zurückkehren bzw. rechnen bald mit ihrer Rückkehr.

5 Zum Beispiel Arbeit (Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit), Ausländer/Integration/Migration, Bildung (z. B. Kita, Schule), Finanzen, Gesundheit, Katastrophenschutz (z. B. Unterbringung in Messehallen).

Durch die Aufrechterhaltung des Informationsflusses werden Versäulungen von Verwaltungsstrukturen reduziert. Die Kommunen haben dafür Gremien wie eine Ukraine-Taskforce oder vergleichbare institutionalisierte Austauschrunden geschaffen, um möglichst zeitnah reagieren zu können. Dabei konnten viele Kommunen auf bereits 2015/16 geschaffene Strukturen zurückgreifen.

Kritisch heben die Interviewpartner:innen die Wahrnehmung einer Ungleichbehandlung („Signalwort Zwei-Klassen-Flüchtlinge“ (Bk5)) von Geflüchteten aufgrund ihrer unterschiedlichen Rechte wie dem Aufenthaltsstatus für aus der Ukraine Geflüchtete und der Leistungserbringung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hervor. Einige Befragte berichten, dass ihre Maßnahmen in eine Willkommenskultur und auch Integrationsstrategie mit für alle offenen Angeboten eingebettet sind, um die rechtlich vorgeschriebene Ungleichheit soweit wie möglich nicht spürbar werden zu lassen. Es bleibt aber eine Herausforderung für die Zukunft, weil Kommunen mit einer Gesetzgebung umgehen müssen, die den Geflüchteten unterschiedliche Rechte zuschreibt und die Integrationsleistung alle, auch die deutschen Bürger:innen, einbeziehen muss. Viele der Maßnahmen von Bildungsträgern tragen zur Integration bei und das Bildungsmanagement hat eine eher kooperativ-koordinierende Rolle. Im Fokus stehen Themen wie z. B. die Sprachvermittlung, Freizeit (Kultur, Kunst, Sport usw.) sowie Integrations- und psychosoziale Beratung. Vor allem die Freizeitangebote werden als Schlüsselmoment aus den Erfahrungen 2015/16 genannt, da hier Begegnung mit anderen Menschen stattfindet und so Integration unterstützt wird. Als gut funktionierende Formate, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern oftmals auch für ihre Eltern, beschreiben Interviewpartner:innen z. B. Familienstützpunkte, Mehrgenerationenhäuser oder Sprachcafés mit Kinderbetreuung. Integrationsförderlich seien darüber hinaus mehrsprachige Angebote wie die Integreat App, Flyer, Informationsbriefe oder Websites, die beispielsweise bei Behördengängen Orientierung bieten oder zur Privatunterbringung Auskunft geben.

Wesentlich für die Aufnahme waren neben den Bildungsangeboten in Vereinen auch institutionell nicht angebundene Helfer:innen, die als Türöffner:innen z. B. bei Behördengängen oder bei der Einführung in das Bildungssystem unterstützt haben („manchmal noch enger“ (Bk3) als 2015). Sowohl die autochthone Bevölkerung als auch die bereits in Deutschland lebende ukrainische Community waren bei der Integration in den Alltag hilfreich. Zusammenfassend ist gelungene Integration im Alltag komplex, weil sie formal, non-formal und informell erfolgen muss. Die Bildungs Koordinatorinnen und -koordinatoren können New-Governance-Versprechen erfüllen, indem sie durch Vernetzung Abstimmungsprozesse und Bedarfsab-sprachen für Bildungsangebote erleichtern. Gleichzeitig sind sie beschränkt durch die Ressourcenknappheit und den Fachkräftemangel, den sie zwar verwalten und teilweise auch kompensieren können – oftmals mit Hilfe zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie können ihn aber trotz kreativer Lösungen nicht vollständig kompensieren. Hier besteht Handlungsbedarf.

2.3.3 Migrationsämter

Kommunale Migrationsämter sind für die Immigration und Emigration von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Ländern nach und aus Deutschland zuständig und übernehmen mit der fortschreitenden Begleitung des Integrations- bzw. Einbürgerungsprozesses zunehmend Aufgaben, die aufgrund des Aufenthaltsstatus nicht in die Zuständigkeit anderer Behörden fallen (siehe z. B. Schamman 2020a). Dazu arbeiten Migrationsämter eng mit anderen kommunalen Behörden (u. a. Jugend-, Schulämter und Jobcenter), öffentlichen Einrichtungen und freien Trägern zusammen und nehmen bei der Unterstützung von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen eine Scharnierstellung innerhalb der Kommunalverwaltung ein (siehe z. B. Schamman 2020b).

Zielstellung der Migrationsämter ist eine möglichst frühzeitige Versorgung von Geflüchteten und Schutzsuchenden. Nach der Erstaufnahme fällt die Unterstützung durch adäquate Unterbringung, gesundheitliche Versorgung, aber auch über Bildungsangebote sowie Sprach- und Integrationskurse in den Aufgabenbereich der Kommunen (Hellermann 2020). Insofern übernehmen kommunale Migrationsämter eine koordinierende Funktion im Sinne eines „Welcome-Integrationsmanagements“ (Migrationsämter (Ma) 2, um neuzugewanderte Kinder und Jugendliche in die bestehende „Bildungskette“ (Ma1) der Jugendhilfe und der Bildungssysteme zu integrieren. Dabei sehen die Interviewten ihre Rolle darin, die „Lücken [zu] schließen, die eben das Regelsystem offenlässt“ (Ma1), um durch Bildung und Qualifizierung letztendlich eine Arbeitsmarktmigration zu unterstützen, die gleichzeitig eine Reintegration in das Herkunftsland ermöglicht.

Bildungsgelegenheiten und Spracherwerb sind aus der Sicht der Interviewten die wichtigsten Faktoren für eine gelingende Integration. Daneben wurde die schnelle Einzelunterbringung an einem „endgültigen Wohnort“ (Ma2) als ebenso integrationsförderlich beschrieben wie der schnelle Zugang zu den Bildungs- und Sozialsystemen, der als „Blaupause“ (Ma1) für eine zukünftige Integrations- und Migrationspolitik dienen könnte. Gerade Schulen wird im Hinblick auf ihre Öffnung gegenüber Neuzugewanderten allerdings ein gewisser „Nachholbedarf“ (Ma1) zugeschrieben, dem die Schulen nicht immer gerecht würden. Auch hätten weiterführende Schulen ein Interesse, geflüchtete Jugendliche zu einer beruflichen Ausbildung zu bewegen, die jedoch von der Zielgruppe gegenüber dem Studium eher als „Downgrading“ (Ma1) gesehen wird. Hier sollten Zuständige verstärkt eine partizipative Perspektive mit der Zielgruppe einnehmen.

2.3.4 Jugendämter: Ergebnisse der qualitativen Studie

Für die interviewten Angestellten der Jugendämter ist die Integration der ukrainischen Kinder und Jugendlichen in die Betreuungs- und Angebotssysteme eine zentrale Aufgabe, die aus der Perspektive der Interviewten „on top“ (Jugendämter (Ja) 4) zur bisherigen Arbeit bewältigt werden muss. Diese Aufgabe beschreiben die Jugendamtsmitarbeiter:innen als weitgehend durch gesetzliche Regelungen vorgegeben. Neben den gesetzlichen Rahmenbedingungen ergeben sich bei der Umsetzung der Vorgaben auf der Stadt- und Landkreisebene Handlungsspielräume bei der

kommunalen Migrations- und Integrationspolitik (siehe Schamman 2020b). Eine Aufgabe besteht z. B. in der engen Abstimmung mit den Einrichtungen und freien Trägern über konkrete Bedarfe für Angebote. Daneben werden weitere Handlungsspielräume bei der individuellen und bedarfsorientierten Fachberatung der Zielgruppe gesehen, die Geflüchtete z. B. für Plätze in Sprachkursen, Kitas und Schulen an die zuständigen Verwaltungsstellen, Einrichtungen oder an zivilgesellschaftliche Partnerorganisationen im Unterstützungsnetzwerk vermittelt. Für die Jugendämter haben sich wie für die Bildungskoordinationen Familienstützpunkte, Unterstützungsnetzwerke der Flüchtlingsarbeit und moderne, digitale Kommunikationskanäle wie WhatsApp und die Integreat App als besonders nützlich erwiesen (siehe Kapitel 2.3.2).

Beinahe alle Jugendämter haben an Gremienstrukturen aus früheren Fluchtbewegungen innerhalb der Kommunalverwaltung angeknüpft und auf bestehende Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder regionalen Integrationsnetzwerken zurückgegriffen (siehe auch die quantitative Befragung der Jugendämter in Kapitel 2.3.5). Die Interviewpartner:innen erwähnten z. B. regelmäßig stattfindende ämterübergreifende Steuerungsgruppen und Task-Forces auf Leitungsebene, die bereits 2015/16 eingerichtet wurden oder zum Teil auch davor bestanden und in denen Aufgaben und Zuständigkeiten abgesprochen sowie Probleme in den jeweiligen Arbeitsbereichen diskutiert werden. In größeren Kommunen bestehen zusätzlich themenbezogene Arbeitsgruppen (z. B. Jugendhilfe, Kindertagespflege und -betreuung) auf der Referenten-Ebene. In den meisten Kommunen werden solche Koordinationsgremien je nach Bedarf und aktueller Lage ausgesetzt, bis aufgrund einer gestiegenen Bedarfslage erneuter Koordinationsbedarf besteht. Für die interviewten Jugendamtsangestellten haben sich die kurzen Abstimmungswege innerhalb der Kommunalverwaltung über Referatsgrenzen hinweg als eine wesentliche Gelingensbedingung bei der Bearbeitung und Bewältigung des großen Geflüchteten-Aufkommens im Frühjahr 2022 herausgestellt.

Auch wenn in einzelnen Fällen Koordinationsstellen geschaffen wurden, droht aus der Perspektive der Interviewten eine personelle Überlastung der gewachsenen Strukturen in den Kommunalverwaltungen. So finden sich in den Interviews ebenso wie in der quantitativen Jugendamtsbefragung Hinweise darauf, dass die Planung von Angeboten wie Sprachkurse und Kita-Betreuungsplätze gerade Kommunen mit knappen Kapazitäten durch die Fluchtbewegung vor zusätzliche Herausforderungen stellt. Zusätzlich erschwert die große Fluktuation bedingt durch Rückkehrer:innen in die Ukraine und Wohnortwechsel innerhalb Deutschlands eine Planung solcher Kontingente.

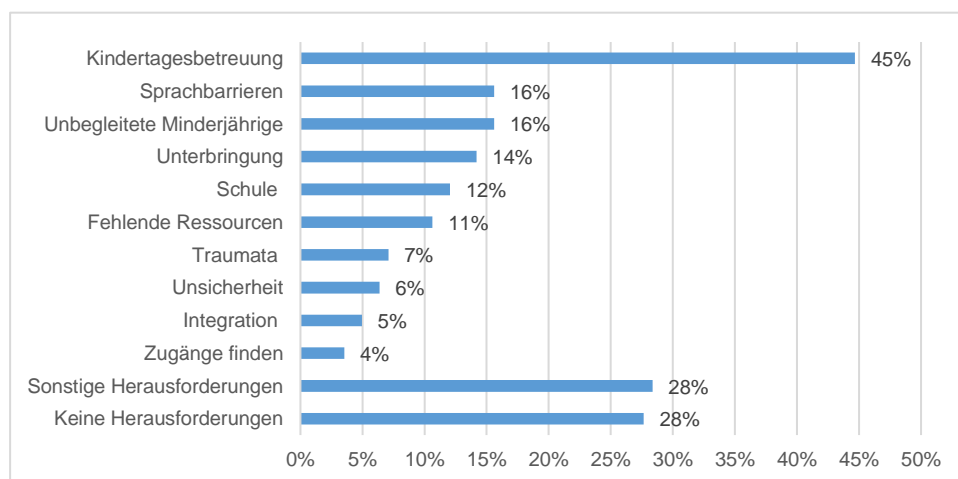
In Bezug auf Sprachbarrieren betonen die Mitarbeiter:innen der Jugendämter den großen Mehrwert ukrainischer Dolmetscher:innen, die bei Gesprächen mit Mitarbeitenden der Kommunalämter, aber auch in Kitas und Schulen den Geflüchteten die notwendigen Abläufe und Anforderungen vermitteln können. Neben den sprachlichen Anforderungen sind Dolmetscher:innen verstärkt als interkulturell Vermittelnde gefragt, um bei Begegnungstreffen in Familienstützpunkten zwischenmenschliche Hürden überbrücken oder z. B. als Familienhebammen auf kulturelle Praktiken und Umgangsweisen eingehen zu können.

Eine weitere Herausforderung besteht für die Jugendamtsmitarbeiter:innen in dem Eigenanspruch, allen Geflüchteten und Asylsuchenden unabhängig von der Herkunft und Ausgangslage die gleichen Unterstützungsangebote und Integrationschancen bieten zu können, wengleich sich aus den gesetzlichen Rahmenbedingungen zwangsläufig Ungleichbehandlungen ergeben. So haben Geflüchtete aus der Ukraine über den Zugang zu Beratungen und Leistungen der Arbeitsagenturen schon nach kurzer Zeit andere Voraussetzungen, die beispielsweise Asylbeantragenden bis zur Klärung ihres Aufenthaltsstatus verwehrt bleiben. Hier besteht voraussetzungsvoller Erklärungs- und Kommunikationsbedarf, da dieser Unterschied auch zu Konflikten unter Geflüchteten führen kann (siehe Seidelsohn u. a. 2022).

2.3.5 Jugendämter: Ergebnisse der quantitativen Studie

In der bundesweiten standardisierten Befragung des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ wurden die Jugendämter unter anderem gebeten, die drei größten Herausforderungen zu benennen, vor die sie durch den Krieg in der Ukraine gestellt sind. Von den Ämtern, die diese Frage beantwortet haben (n=141), benannten 72 Prozent mindestens eine Herausforderung, wobei sich Jugendämter in Ost- und Westdeutschland nicht signifikant unterschieden. Von den Jugendämtern, die Herausforderungen nennen, wurden im Durchschnitt 2,3 unterschiedliche Herausforderungen angegeben (vgl. Mairhofer u. a. 2023).

Abb. 1: Einschätzung der Jugendämter zu den größten Herausforderungen aufgrund des Kriegs in der Ukraine (Anteil der Jugendämter in %; Mehrfachnennungen)



Quelle: DJI-Jugendamtserhebung 2022, n=141

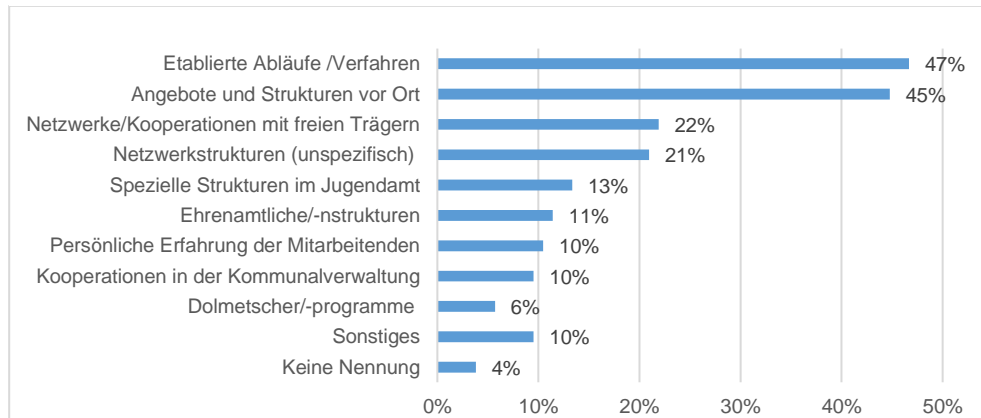
Die offen benannten Herausforderungen wurden zu elf Antwortkategorien zusammengefasst (siehe Abbildung 1). 45 Prozent und damit der mit Abstand größte Anteil der Jugendämter nennt die Bereitstellung oder Schaffung von Kita-Plätzen bzw. die Betreuung von Kindern aus der Ukraine als die bzw. eine der größten Herausforderung(en). Von einer Reihe von Jugendämtern (16 Prozent) werden außerdem Sprachbarrieren als besondere Herausforderung benannt. Ebenso viele Jugendäm-

ter (16 Prozent) nennen Aspekte im Kontext unbegleiteter geflüchteter Minderjähriger als Herausforderung. Dabei entfällt fast die Hälfte der unter dieses Cluster subsummierten Nennungen auf Statusklärungen, ob es sich bei der Konstellation, in der Minderjährige z. B. mit Bekannten, Verwandten oder Freundinnen bzw. Freunden nach Deutschland einreisen, um eine begleitete oder eine unbegleitete Einreise im Sinne des Gesetzes handelt. Auch die Unterbringung bzw. die Beschaffung von Wohnraum, Schwierigkeiten im Kontext des Schulbesuchs von geflüchteten Kindern und Jugendlichen sowie Herausforderungen aufgrund fehlender finanzieller und/oder personeller Ressourcen wurden als Herausforderungen beschrieben. Unter die Kategorie „Sonstiges“ wurden sehr unterschiedliche Aspekte subsumiert, z. B. Kinderschutz, der Umgang mit Roma-Familien oder die Ungleichbehandlung von Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern. Dies macht deutlich, dass der Krieg die Jugendämter vor vielfältige und ganz unterschiedliche Herausforderungen stellt.

Insgesamt zeigt die quantitative Befragung der Jugendämter, wie auch die geführten Interviews, dass häufig Herausforderungen genannt werden, vor denen die Jugendämter ohnehin stehen und die durch die Fluchtbewegungen verstärkt werden, v. a. der Mangel an Fachkräften und Kita-Plätzen. Die Bereitstellung von Betreuungsplätzen stellt eine der wenigen Aspekte der Untersuchung dar, in denen sich Jugendämter in Ost- und Westdeutschland signifikant unterscheiden. So ist der Anteil der Jugendämter, die diesen Aspekt nennen, in Ostdeutschland nicht einmal halb so groß (17 %) wie in Westdeutschland (48 %). Deutlich wird auch, dass die Jugendämter in unterschiedlichem Maße mit Geflüchteten aus der Ukraine konfrontiert sind. So meinen 28 Prozent der Jugendämter, dass sie der Krieg in der Ukraine vor keine besonderen Herausforderungen stellt. In diesen Kommunen leben entweder nur sehr wenige geflüchtete Menschen aus der Ukraine oder die dort lebenden Geflüchteten stellen die Jugendämter vor keine größeren Herausforderungen, etwa, weil die vorhandenen Regelstrukturen und Angebote dazu in der Lage sind, Bedarfe der Geflüchteten zu decken. Denkbar ist auch, dass in diesen Ämtern in der Vergangenheit tragfähige Strukturen der Arbeit mit geflüchteten Menschen oder zur Bewältigung unerwarteter Ereignisse etabliert wurden. Welche dieser Interpretationen zutrifft, lässt sich auf Basis der vorliegenden Daten nicht klar bestimmen.

Des Weiteren wurden die Jugendämter danach gefragt, ob sie zur Bewältigung der aktuellen kriegsbedingten Herausforderungen auf Ressourcen in Form von Erfahrungen, Angeboten und Strukturen zurückgreifen können, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen um das Jahr 2015 aufgebaut wurden. Auch hier wurden die Jugendämter gebeten, ihre Einschätzung durch offene Angaben zu begründen bzw. zu konkretisieren. Über zwei Drittel der Jugendämter (69 Prozent) bestätigen, dass auf solche Strukturen zurückgegriffen werden kann. Ein Viertel der Jugendämter (24 Prozent) sieht diese Möglichkeit nicht. Weitere sieben Prozent haben sowohl angegeben, auf solche Ressourcen zurückgreifen zu können, als auch Gründe dafür genannt, dies nicht zu können. In diesen Fällen dürften es zwar gewisse Ressourcen geben, die allerdings in der gegenwärtigen Situation nur eingeschränkt oder zum Teil genutzt werden können.

Abb. 2: Erfahrungen, Angebote und Strukturen, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen ab dem Jahr 2015 aufgebaut wurden und auf die jetzt zurückgegriffen werden kann (Anteil an den Jugendämtern mit solchen Strukturen etc. in %; Mehrfachnennungen)



Quelle: DJI-Jugendamtserhebung 2022, n=105

Abbildung 2 zeigt die kategorisierten Nennungen von denjenigen Jugendämtern, die angeben, auf solche Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgreifen zu können. Mit deutlichem Abstand am häufigsten werden etablierte Abläufe und Verfahren genannt, etwa im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, sowie Angebote und Strukturen vor Ort, beispielsweise Kooperationen mit Unterkünften oder Beratungsstellen sowie spezielle Betreuungsangebote für geflüchtete Menschen. Ebenfalls häufig genannt werden diverse Formen der Vernetzung und Kooperation. Dieser Befund wird auch in der Interviewstudie bestätigt.

Von jenen Jugendämtern, die angeben, in der aktuellen Situation nicht auf ab 2015 etablierte Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgreifen zu können, führt eine deutliche Mehrheit von 60 Prozent aus, dass die aktuelle Situation des Jahres 2022 nicht mit der Situation im Jahr 2015 vergleichbar ist und daher nicht auf frühere Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgegriffen werden kann. Ein Blick auf die Begründungen, die die Jugendämter geben, zeigt, dass die Differenz zur Situation von 2015 vor allem an der anderen Zusammensetzung der Geflüchteten – einmal überwiegend männliche Jugendliche, einmal überwiegend Frauen mit Kindern – festgemacht wird. 23 Prozent der Jugendämter, die nicht auf etablierte Erfahrungen, Angebote und Strukturen zurückgreifen können, geben an, dass relevante Strukturen nach 2015 wieder zurückgebaut wurden. Ein gleich hoher Anteil an Jugendämtern beschreibt andere Gründe, z. B. Konflikte um die Finanzierungsfragen (23 Prozent).

2.3.6 Gesundheitsämter und im Gesundheitsbereich aktive zivilgesellschaftliche Organisationen

Gesundheitsämter schreiben sich bezüglich der schulischen Integration Geflüchteter eine Nadelöhrfunktion zu: „Und da ist es ja unsere Aufgabe, die Kinder zu un-

tersuchen, anamnestisch abzuklopfen, ob dort irgendwelche gesundheitlichen Bedenken gegen einen Schulbesuch vorliegen“ (Gesundheitsämter (Ga) 2). Die Schulleitungsuntersuchungen für Schulanfänger:innen und Quereinsteigeruntersuchungen für bereits beschulte Kinder und Jugendliche sind in den untersuchten Kommunen Pflichtaufgaben der Gesundheitsämter, die sie teilweise in Kooperation mit niedergelassenen Mediziner:innen erfüllen. Die Maßgabe einer möglichst raschen Integration in Bildungseinrichtungen (Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz 2022) teilen die interviewten Mitarbeitenden der Gesundheitsämter. Sie bringt sie allerdings auch unter Handlungsdruck und an Kapazitätsgrenzen.

Auch wenn die Maßnahmen der Gesundheitsämter in den untersuchten Kommunen über die Pflichtaufgaben vordefiniert sind, finden sich heterogene Strukturen und Kooperationsweisen zur Versorgung der jungen Geflüchteten aus der Ukraine. Dabei zeigt sich ein Stadt-Land-Gefälle: In Großstädten sind die Strukturen und Maßnahmen für die Ukrainegeflüchteten ausdifferenzierter, und die Gesundheitsämter können eher eigenständige personelle und konzeptionelle Lösungen für die spezifischen Bedarfe der Zielgruppe schaffen. In vielen Kommunen haben sie die über die Pflichtaufgaben klar definierte Schnittstellenarbeit mit dem Schulamt bzw. Bildungsbüro sowie mit Migrationsämtern intensiviert, um die für die Schuleinmündung formal erforderlichen Schritte (z. B. die Anmeldung, gesundheitliche Untersuchung, Schulauswahl) zu beschleunigen. So hat eine Kommune eine Taskforce mit Vertretungen verschiedener Ämter (Bildung, Gesundheit, Asyl) aufgebaut, die in einer gemeinsamen Datei den individuellen Stand der Betreuung dokumentieren, um eine zügige Weiterleitung an die nächste Stelle bis zur Schuleinmündung zu gewährleisten. Insgesamt haben die kommunalen Verwaltungen personell und räumlich neue Kapazitäten geschaffen und ergänzend aufsuchende Angebote installiert, um die Zugänge zur Gesundheitsversorgung für die Zielgruppe zu erleichtern. Ein weiteres Angebot in diesem Zusammenhang ist die adäquate Information der ukrainischen Familien z. B. durch übersetzte Dokumente mit Ablaufschemata für die zur Beschulung erforderlichen Schritte oder Flyer zu weiterführenden gesundheitsbezogenen Angeboten. Gesundheitsämter übernehmen auch externe Vernetzungs- und Koordinierungsaufgaben im gesundheitlichen Bereich, u. a. zur Weiterleitung von Bedarfen und zur Abstimmung von ergänzenden Angeboten.

Neben den Gesundheitsämtern sind zivilgesellschaftliche Organisationen im Gesundheitsbereich für die Zielgruppe aktiv und nehmen die gesamte Lebenslage der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien (u. a. sozioökonomische Situation, Wohnen, Wohlbefinden) in den Blick. Ihre gesundheitsbezogenen Angebote sind entsprechend vielfältig. Sie vermitteln zu medizinischen Diensten, bieten niederschwellig Beratung und Unterstützung bei Fragen der Lebensbewältigung an und schaffen Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten mit anderen Geflüchteten und der autochthonen Bevölkerung. Ein weiteres Angebot sind psychosoziale Hilfen zur Verarbeitung von Fluchterfahrungen und traumanahen Belastungen über Hotlines und psychiatrische Krisendienste sowie die Vermittlung in weiterführende Hilfen. Über die regulären gesundheitsbezogenen Präventions- und Bildungsangebote hinaus entwickeln die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Abhängigkeit von Bedarfen und Kapazitäten zielgruppenspezifische Angebote (Stammtische, mütter-

sprachliche Beratung, Veranstaltungen, Selbsthilfegruppen). Ein weiterer Tätigkeitsbereich zur Unterstützung der gesundheitlichen Versorgung und des Wohlbefindens der Zielgruppe ist die Gesundheitsbildung. So bieten Vereine beispielsweise Vorträge und Seminare zum deutschen Gesundheitssystem und zu gesunder Ernährung an. Aus Sicht der Interviewten aus dem Gesundheitsbereich sind auch Sportangebote wichtige niederschwellige Instrumente zur Integration und Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere „über Sportvereine (...), weil das eben auch nonverbale Verbindungen schafft, die relativ einfach sind“ (Ga2). Eine Interviewte verweist auch auf das gesundheitsfördernde Potenzial musikalischer Angebote (z. B. bei der Traumabewältigung). Während die Angebote selbst niederschwellig sind, bestehen Hürden beim Zugang zu Vereinen (u. a. durch Unkenntnis des deutschen Vereinssystems und mangelnde finanzielle Ressourcen).

Soziale Unterstützung wird von den im Gesundheitsbereich Interviewten als zentrale Ressource für die Integration der Zielgruppe beschrieben. Gastfamilien schaffen Zugänge zu Bildungseinrichtungen, kinderärztlicher Versorgung und Vereinen. Personen der ukrainischen und russischen Community in Deutschland wirken neben professionellen Dolmetscher:innen als kulturelle und sprachliche Mittler:innen (Albrecht u. a. 2005). Auch die Geflüchteten selbst bringen ihre Sprach- und Berufskompetenzen ein (z. B. werden Mütter als Willkommenskräfte in einer Schule für behinderte Kinder angestellt). Die sprachliche Vermittlung hat im Gesundheitsbereich eine besondere Bedeutung, weil Kommunikationsprobleme sowie differierende Krankheitskonzepte den Zugang von Personen mit Migrationshintergrund zur Gesundheitsversorgung erschweren (Razum u. a. 2004). Die beschriebene Unterstützung kann allerdings nicht alle Sprachbarrieren auflösen. Auf Englisch als Brückensprache können einige Geflüchtete nur bedingt zurückgreifen, die notwendige Einbindung von Dolmetscher:innen führt zu Verzögerungen, und Teile der Zielgruppe haben gegenüber russischsprachiger Unterstützung aufgrund des russischen Angriffskriegs und eines eigenständigen ukrainischen Identitätsverständnisses Vorbehalte.

Im Gesundheitsbereich wird die Kumulation bestehender Engpässe in der medizinischen Versorgung und der sowohl aus der Corona-Pandemie als auch aus dem Ukrainekrieg resultierenden Bedarfe und Kapazitätsprobleme besonders deutlich. Das betrifft unter anderem die kinderärztliche und sozialpsychiatrische Versorgung. Diese Versorgungslücken sind besonders problematisch, weil soziale Unterstützung als gesundheitlicher Schutzfaktor vielfach fehlt, aber gerade auch bei der Verarbeitung von Fluchterfahrungen wesentlich wäre (Metzner u. a. 2018) Daher gibt es in manchen Kommunen auch Bemühungen, die während der Pandemie kreierte räumlichen und personellen professionellen sowie ehrenamtlichen Ressourcen zur Unterstützung Ukrainegeflüchteter einzusetzen.

2.3.7 Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Organisationen werden zum Teil neu gegründet oder bilden neue Strukturen, um der fluchtbedingten Situation vor Ort gerecht zu werden. So werden etwa Angebote geschaffen, die sich ausschließlich an geflüchtete Kinder und

Jugendliche aus der Ukraine richten. Oft wird jedoch auch an bestehenden Strukturen respektive Angeboten festgehalten. Angebote, die eine Organisation ohnehin vorhält, werden dann für die Zielgruppe kostenfrei geöffnet. Die Rolle der organisierten Zivilgesellschaft lässt sich in beiden Fällen wie folgt beschreiben: Geflüchteten Kindern und Jugendlichen werden niederschwellig zugängliche sowie kostenlose Bildungsangebote zur Verfügung gestellt, wodurch diese ihre Selbstwirksamkeit erleben, soziale Kontakte knüpfen, ihre Deutschkenntnisse verbessern sowie die Flucht und den dadurch geprägten Alltag für eine gewisse Zeit hinter sich lassen können.

Das Angebotsspektrum ist äußerst vielfältig: Familienbildung, bei der vor allem Hilfe zur Selbsthilfe im Mittelpunkt steht, Sport- und Bewegungsangebote, Sprachkurse, Tanz- und Theaterpädagogik, Unterstützung des Übergangs in das weiterführende Bildungssystem sowie Betreuungsangebote für nicht-schulpflichtige Kinder sind ausgewählte Beispiele. In Übereinstimmung mit den Interviewten aus dem Gesundheitsbereich betont die Zivilgesellschaft dabei vor allem den Mehrwert körperbetonter sowie künstlerischer Bildungsangebote, da hier trotz Sprachbarriere gut partizipiert werden kann. Auch Forschungsbefunde aus Sicht geflüchteter Kinder stützen diese Einschätzung (Due u. a. 2016).

Ferner gilt es, auf den kompensatorischen Charakter zivilgesellschaftlicher Betreuungsangebote für nicht-schulpflichtige Kinder sowie ehrenamtlicher Sprachkurse hinzuweisen. Die Aussagen der Interviewten machen deutlich, dass in deren Wahrnehmung seitens der Kommunen weder ausreichend Betreuungsplätze noch genügend Sprachangebote vorgehalten werden. Mitunter werden Angebote in Kooperation mit Schulen, Universitäten, Unternehmen oder der kommunalen Verwaltung umgesetzt. Einige Befragte sind auch in Arbeitskreisen oder Gremien vertreten, die die Kommunalverwaltung organisiert und die sich mit der Integration der ukrainischen Geflüchteten beschäftigen. Den dortigen Austausch beschreibt die Zivilgesellschaft als sehr gewinnbringend, u. a. deshalb, weil in diesem Kontext auch etwaige Probleme und Herausforderungen diskutiert und Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden. Die oben thematisierte kooperative Steuerung der Bildungskoordination (Reinhardt/Schmiedeberg 2022) ist somit für jene Interviewten, die in entsprechende Austauschrunden eingebunden sind, durchaus ertragreich.

Einen großen Mehrwert hat aus Sicht der Interviewten zudem eine vor Ort ansässige ukrainische Community und deren ehrenamtliches Engagement für Geflüchtete. Es mache „(...) schon mal einen Riesenunterschied, wenn es ukrainischsprachige Menschen gibt, die dann auch die Angebote für die Kinder und Jugendlichen (...) unterbreiten, und die auch selber, ja, einfach sagen, was wichtig ist, und einfach das aus ihrer Sicht koordinieren, ja?“ (Zivilgesellschaft (Zg) 7). Ein Engagement von Geflüchteten in einer zivilgesellschaftlichen Organisation wird als integrationsförderlich und partizipatorisch beschrieben. Zudem profitieren davon geflüchtete Kinder und Jugendliche, die entsprechende Angebote wahrnehmen. Ferner wird in den Interviews der positive Effekt einer privaten Unterbringung mehr als deutlich. Beispielsweise würden gastgebende Familien sinnbildlich gesprochen den geflüchteten Kindern und Jugendlichen die Tür zu außerschulischen Bildungsangeboten öffnen. Gleichzeitig sei eine Privatunterbringung auch eine zentrale Weichenstellung, um

am alltäglichen Leben einer Gesellschaft partizipieren zu können. Des Weiteren betonen die Interviewten, dass Integration nur über Interaktion funktioniert. Außer-schulische Bildungsangebote, in welchen ukrainische und autochthone Kinder und Jugendliche zusammenkommen, sind demnach besonders integrationsförderlich.

Zudem stellen Sprachkurse für die Befragten einen notwendigen Baustein für eine gelingende Integration dar. Aktuelle Befunde, wonach Deutschkenntnisse beispielsweise signifikant den Eintritt von Geflüchteten in Erwerbstätigkeit und berufliche Ausbildung erleichtern (Eberhard/Schuß 2021), bekräftigen diese Einschätzung. Die Befragten veranschaulichen aber auch, dass Eltern aufgrund fehlender Kinderbetreuungsplätze häufig nicht an Deutschkursen teilnehmen können. Gleichzeitig kommen geflüchtete Kinder dadurch auch nur schwer in Kontakt mit deutschsprachigen Menschen. Ferner sieht die Zivilgesellschaft wie auch die Interviewten des Gesundheitsbereichs eine Doppelbelastung der schulpflichtigen Geflüchteten. Neben dem Schulbesuch vor Ort nehmen diese oftmals zusätzlich am Online-Unterricht einer ukrainischen Schule teil.

Darüber hinaus werden – wie auch von Seiten der Jugendämter und der Bildungs-koordination – eigene Wohnungen für ukrainische Geflüchtete als Herausforderung gesehen. Die Probleme des deutschen Wohnungsmarkts zeigen sich in der aktuellen Situation sehr deutlich (Brücker u. a. 2022a). Zudem halten die Befragten einen Bürokratieabbau für nötig, da die Bürokratie für Geflüchtete oft nur schwer nachzu-vollziehen ist (siehe z. B. Giesing u. a. 2022). Des Weiteren formulieren sie einen Bedarf an weiteren Engagierten und verweisen auf ihre Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung. Womöglich zeigt sich in diesem Befund die in Deutschland tendenziell abnehmende Engagement- und Spendenbereitschaft für ukrainische Ge-flüchtete (Dollmann u. a. 2022). Die Inflationskrise wird allerdings die finanziellen Abhängigkeiten der Zivilgesellschaft eher verstärken. Somit sollten zivilgesellschaftliche Organisationen als wichtige Ressource für gelingende Integration (Kausmann u. a. 2022) gezielt unterstützt werden. Gerade die niederschwellig zugänglichen, kostenfreien sowie Begegnung ermöglichenden Bildungsangebote der organisierten Zivilgesellschaft gilt es hierbei zu fördern.

3 Teilprojekt 2: Kitas und ukrainische Mütter mit Kindern im Alter von unter sieben Jahren

Antonia Birkeneder, Christina Boll, Laura Castiglioni, Sophia Chabursky, Jannika Gutt, Alexandra Langmeyer und Christoph Liel

3.1 Kontext und Herausforderungen

Wie bereits erwähnt, fliehen aus der Ukraine überwiegend Frauen bzw. Mütter sowie Kinder und Jugendliche in die Bundesrepublik. Männer bzw. Väter reisten meist nicht aus und wurden vielfach zur Verteidigung des Landes herangezogen. Ebenfalls einleitend erwähnt wurde die überdurchschnittlich hohe Bildung der erwachsenen Geflüchteten: Dies lässt grundsätzlich ein hohes Integrationspotenzial erwarten, allerdings sind die Bleibeabsichten zum jetzigen Zeitpunkt vielfach noch ungeklärt und von der weiteren politischen Entwicklung im Kriegsgebiet abhängig (Brücker 2022). Ähnlich zu deutschen Frauen sind auch aus der Ukraine geflüchtete Frauen seltener erwerbstätig, wenn sie mit Kindern im Haushalt leben – zumal dann, wenn die Kinder keine Betreuungseinrichtung besuchen (Brücker u. a. 2022b). Nicht nur für die Einbindung in den Arbeitsmarkt, sondern auch für die soziale Teilhabe in anderen Lebensbereichen können hohe Betreuungsverpflichtungen ein Hemmnis darstellen. Diese fallen insbesondere an, wenn die Kinder noch klein sind. Mütter mit jungen Kindern stellen daher eine potenziell besonders belastete Gruppe unter den Geflüchteten dar, die in ihrem Alltag in Deutschland viele Bedürfnisse ausbalancieren müssen. Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, aber vermutlich auch der Aufbau privater Netzwerke, sofern die Kita hierfür keinen geeigneten Rahmen bietet, stellen für sie Herausforderungen dar. Auch zivilgesellschaftliches Engagement dürfte in dieser Situation nur schwer möglich sein. Hinzu kommen Belastungen, die sich u. a. aus den Fluchterfahrungen, der Sorge um zurückgelassene Familienangehörige, Einsamkeit, der alleinigen Erziehungsverantwortung für die Kinder und Zukunftsängsten ergeben können.

Deshalb stehen ukrainische Mütter mit Kindern von 0 bis sechs Jahren im Fokus der Mütterbefragung. Sie adressiert Fragen u. a. zum Wohlergehen und Leben der Mütter und ihrer Kinder in Deutschland, zur Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten, zum Familienleben vor der Flucht und zu Bleibeabsichten der Mütter.

Auf Seiten der Kinderbetreuungseinrichtungen stellt die Aufnahme der geflüchteten Kinder und eine individuell adäquate Betreuung ebenfalls eine große Herausforderung dar. Ohnehin kann der fortschreitende Ausbau von Plätzen in der Kindertagesbetreuung nicht mit dem wachsenden Betreuungsbedarf vor allem für Kinder unter drei Jahren Schritt halten (Kayed u. a. 2022). Die Aufnahme von Kindern, die nicht die deutsche Sprache sprechen und vielfach belastende Erfahrungen aus dem

Kriegsgebiet und der Flucht mitbringen, beinhaltet jedoch zusätzliche fachliche Anforderungen, bei denen auch eine engere Zusammenarbeit mit den Eltern bzw. Müttern angezeigt erscheint. Daher werden in der Kitaleitungsbefragung der Umfang aufgenommener ukrainischer Kinder, mögliche Veränderungen der Personalschlüssel, Herausforderungen im Betreuungsalltag, die elterlichen Unterstützungsbedarfe und vermittelte Hilfeangebote adressiert.

3.2 Methode

3.2.1 Erhebungsstrategie und Feldphase

Die Mütterbefragung richtete sich an ukrainische Mütter, die seit dem 24.02.2022 gemeinsam mit mindestens einem Kind im Alter von 0 bis 6 Jahren nach Deutschland geflohen sind. Sie wurden primär über Kitas rekrutiert (s.u.). Als zweiter Rekrutierungsweg konnten die Jobcenter und Büros der Jugendberufsagentur der Freien und Hansestadt Hamburg gewonnen werden, die dort eine wichtige Anlaufstelle für geflüchtete Mütter darstellen. Mittels Postern, die in den Kitas und Jobcentern aufgehängt wurden, sowie über Postkarten zum Mitnehmen wurden potenzielle Befragte über die Studie informiert. Die Informationsmaterialien enthielten einen Link, der zur Online-Befragung führte. Daran anknüpfend war ein Schneeballsystem geplant: der Link zur Studie war nicht personalisiert und die Befragten wurden darum gebeten, den Link an weitere Mütter aus der Zielgruppe weiterzuleiten. Dies hatte den Vorteil, dass mit dieser Studie auch Mütter erreicht werden konnten, die noch nicht von einer deutschen Behörde registriert wurden, wie es über eine klassische Registerstichprobe möglich gewesen wäre.

Die Zielgruppe der Kitaleitungsbefragung bestand aus Leitungen von Kindertageseinrichtungen. Der Zugang zu den Kitas erfolgte über eine Adressensammlung, die im Rahmen der ERiK-Studie (angesiedelt am DJI) angelegt wurde (Klinkhammer u. a. 2022). Durch diesen Zugang liegen strukturelle Informationen zu den Einrichtungen (z. B. zur Größe) bereits vor und mussten nicht erneut abgefragt werden. Dies ermöglichte es, die Online-Befragung kurz zu halten und so die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen. In einer Doppelrolle fungierten die Kita-Leitungskräfte nicht nur als Befragungspersonen, sondern auch als Multiplikatorinnen bzw. Multiplikatoren für die Mütterbefragung. Die Kitaleitungen wurden vorab in einem Informationsschreiben über beide Befragungen informiert. Die Einsatzstichprobe für die Mütter- und Kitaleitungsbefragung betrug $n=5.304$ Einrichtungen. Die Befragungen wurden vom Befragungsinstitut infas durchgeführt und aufbereitet.

Ein weiterer Zugang zur Befragung erfolgte über soziale Medien. Damit sollten sowohl Mütter mit Kindern unter 7 Jahren (also die Zielgruppe der Mütterbefragung über Kitas und Jobcenter) als auch Mütter von Schulkindern erreicht werden. Der Social-Media-Zugang diente daher zum einen der Steigerung der Reichweite der Befragung von Müttern mit Vorschulkindern, insbesondere derjenigen unter ihnen, deren Kinder keine Kita besuchen. Zum anderen diente er der Adressierung der Mütter mit älteren Kindern. Die Social-Media-Erhebung wurde in Kooperation mit

der Universität Bamberg (Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Prof. Dr. Guido Heineck) konzeptioniert. Mit einer Studieninformation analog zur Befragung in den Kitas und Jobcentern wurden in informellen Netzwerken via Facebook, Instagram und Messengerdiensten Mütter zur Teilnahme an der Studie „Ukrainische Mütter in Deutschland“ gewonnen. Hierbei wurden zwei Zugangslinks verbreitet, die interessierte Mütter abhängig vom Alter des jüngsten minderjährigen Kindes zur DJI-Befragung bei infas (jüngstes Kind im Vorschulalter, bis sechs Jahre) oder zur Befragung an der Universität Bamberg (jüngstes Kind im Schulalter, ab sieben Jahre) leiten. Die Bewerbung der Erhebungen durch Verbreitung des Zugangscode via Social Media wurde in ukrainischer, russischer und deutscher Sprache durch Prof. Dr. Olena Martyniuk an der Universität Bamberg gewährleistet. Der Fragebogen der Mütterbefragung für Mütter mit Kindern unter 7 Jahren war für alle Zugänge (Kitas, Jobcenter, soziale Medien) gleich. Der Befragungsstrang der Mütter mit Schulkindern ab 7 Jahren ist nicht Gegenstand dieses Berichts.

Die Mütter- und die Kitaleitungsbefragung gingen am 7. März 2023 ins Feld. Das ursprüngliche Feldende war für den 24. April 2023 geplant. Um die Fallzahl weiter zu steigern, wurde die Feldphase bis 22. Mai 2023 verlängert. In der Verlängerungsphase wurde die Befragung zusätzlich über Fachkräfte institutioneller Akteure und zivilgesellschaftlicher Organisationen (37 Organisationen und Vereine mit Bezug zu Migration oder zur Ukraine sowie 18 Müttercafés) beworben. Insbesondere stellte die Deutsche Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung dem DJI einen Verteiler mit über 2.500 E-Mail-Adressen von Beratungsfachkräften unterschiedlicher Bereiche bereit. Der finale Datensatz ging dem DJI am 06. Juni zu.

Das DJI kooperiert bei den Auswertungen der Befragung von Müttern mit Kindern unter 7 Jahren mit dem Hamburgischen WeltWirtschaftsinstitut sowie bei den Analysen zu einer möglichen Stichprobenselektivität durch unterschiedliche Zugänge mit der Universität Bamberg. Die Auswertungen der Kitaleitungsbefragung werden allein vom DJI durchgeführt.

Um zurückverfolgen zu können, welche Personen durch welchen Zugangsweg zur Mütterbefragung gefunden haben, wurde im Fragebogen gefragt, über welche Personen oder Organisationen der Link zur Befragung erhalten wurde, mit den möglichen Kategorien „Über eine Kinderbetreuungseinrichtung“, „Beim Jobcenter/Jugendberufsagenturen“, „Über persönliche Ansprache z. B. über Freundinnen bzw. Freunde“, „Über Social Media“ oder „Über andere Kanäle/Kontakte“.

3.2.2 Instrumente der Mütter- und Kitaleitungsbefragungen

Instrumente der Mütterbefragung

Die Online-Befragung ukrainischer Mütter mit Kindern im Alter bis zur Einschulung erfasste verschiedene Aspekte zum Leben der Mütter und ihrer Kinder in Deutschland und auch der Zeit zuvor. So gab es Themenkomplexe, die Fragen rund um Partnerschaft (aktuell, aber auch vor dem Krieg), Wohnort und -situation, Kontakte in Deutschland und in die Ukraine, Sprachkenntnisse, Wohlbefinden und Gesundheit der Mütter erfassen. Sozio-demographische Merkmale der Mütter wurden

ergänzt durch Zukunftsperspektiven und Bleibeabsichten. Zudem wurden die Mütter detailliert zu kindbezogenen Faktoren (z. B. Wohlbefinden, Kontakte zum anderen Elternteil) und ihrem Erziehungsverhalten befragt, und zwar, wenn mehrere Kinder im Haushalt vorhanden waren, für das Kind, das als nächstes Geburtstag hat (im Folgenden: „Zielkind“).

Als Besonderheit der Erhebung sind die Fragen zu sozialstaatlichen Unterstützungsangeboten zu nennen. Neben dem Bezug von Grundsicherungsleistungen wurde abgefragt, ob verschiedene Dienste bzw. Unterstützungsangebote genutzt wurden. Im Falle der Nichtnutzung wurden jeweils die Gründe dafür erfragt (kein Interesse; nicht bekannt; unpassend). Zuletzt wurde, wie in Kapitel 3.2.1 beschrieben, der Zugangsweg in die Befragung erfasst und die Möglichkeit für eine aus Sicht der Befragungsperson wichtigen Mitteilung in einem offenen Antwortfeld gegeben.

Instrumente der Kitaleitungsbefragung

Die Fragebogenkonstruktion der Kitaleitungsbefragung ist an das Vorgehen von Benjamin Baisch u. a. (2017) und Monika Wertfein und Sigrid Lorenz (2017) angelehnt. Somit ist es möglich, spezifische Unterschiede zu früheren Flüchtlingsbewegungen und mit ihnen zusammenhängende Herausforderungen herauszuarbeiten. Es wurde erfasst, wie viele aus der Ukraine geflüchteten Kinder in der Einrichtung aufgenommen wurden bzw. in Zukunft aufgenommen werden sollen. Bei Nicht-Aufnahme wurden die Gründe hierfür erfragt. Neben dem Zugangsweg wurden auch Informationen über Kinder gesammelt, die die Einrichtung bereits wieder verlassen hatten.

In einem weiteren Themenkomplex ging es detailliert um die Personalsituation, in der die geflüchteten Kinder aus der Ukraine aufgenommen wurden, sowie um Herausforderungen in Hinblick auf die Arbeit mit ihnen. Von großem Interesse war auch die Nutzung oder Vermittlung von Unterstützungsleistungen bzw. -angeboten sowie der Bedarf an diesen. Thematisiert wurden Angebote, die sich entweder auf die Einrichtung selbst oder auf die Eltern der geflüchteten Kinder beziehen.

Zusammenfassend informiert über die einzelnen Methoden und Instrumenten, die in diesem Teilprojekt angewendet wurden, der Methodensteckbrief im Anhang.

3.3 Ergebnisse der Mütterbefragung

3.3.1 Stichprobenbeschreibung

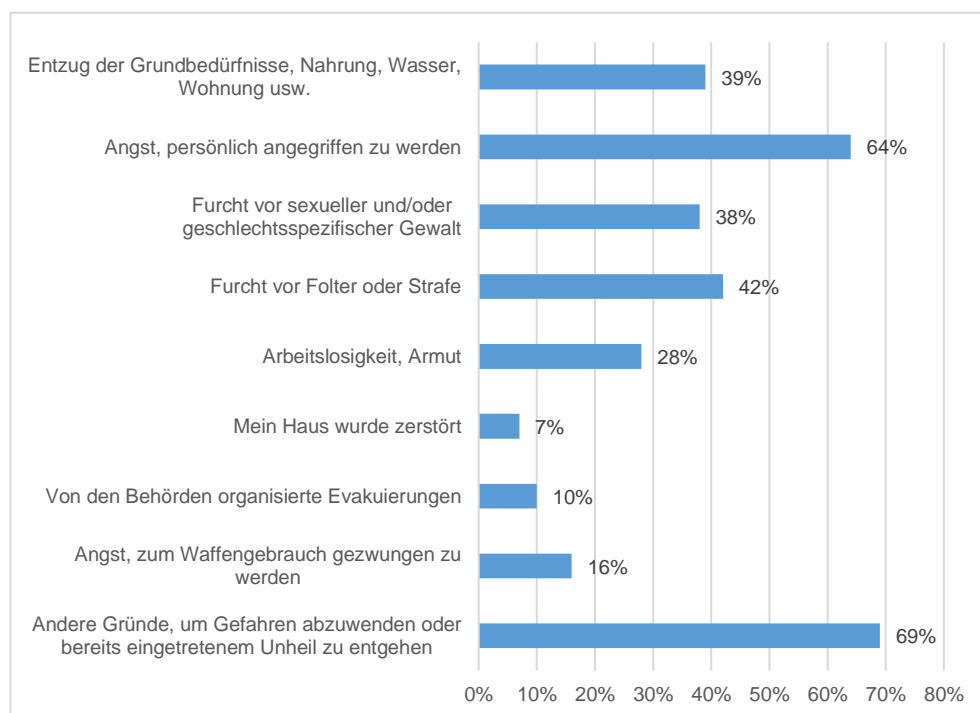
Im Zeitraum 7. März bis 22. Mai 2023 haben 777 nach Deutschland geflüchtete ukrainische Mütter mit Kindern zwischen 0 und 6 Jahren die DJI-Befragung abgeschlossen, d.h., von diesen liegen vollständig ausgefüllte Fragebögen vor. Der Fragebogen wurde zudem weitere 533 Mal begonnen, jedoch nicht abgeschlossen. Die Abbruchrate bewegt sich den Erfahrungswerten von infas zufolge bei Befragungen solcher Art im gewöhnlichen Bereich. Die Mütter sind zwischen 19 und 49 Jahre alt, der Durchschnitt liegt bei 34,0 Jahren. Ein sehr hoher Prozentsatz (82,1 Pro-

zent) gab an, einen Hochschulabschluss zu besitzen. Damit liegt die Akademikerquote in unserer Mütterstichprobe noch etwas höher als in der Grundgesamtheit der aus der Ukraine nach Deutschland Geflüchteten mit 72 Prozent (Brücker u. a. 2022b). Weitere 14,0 Prozent der Mütter unserer Stichprobe können eine abgeschlossene Ausbildung oder Fachschule vorweisen, während nur vereinzelt Mütter keinen berufsqualifizierenden Abschluss oder lediglich eine berufliche Primarausbildung haben.

Die Mütter haben im Durchschnitt 1,7 Kinder und das jüngste Kind ist im Mittel 3,1 Jahre alt. 80,7 Prozent der Mütter haben einen Partner, von diesen wohnen aber nur 42,2 Prozent mit ihrem Partner im Haushalt zusammen. Von den Frauen, die nicht mit ihrem Partner zusammenwohnen, gaben 79,8 Prozent an, dass sie ihren Partner in der Ukraine zurückgelassen haben. Ist dies der Fall, besteht bei den meisten ein reger Kontakt zu dieser Person, in 83,3 Prozent der Fälle sogar täglich. Auch der Kontakt zu anderen wichtigsten Bezugspersonen in der Ukraine wird von vielen Müttern häufig gepflegt. So gaben 50,6 Prozent der Mütter an, täglich Kontakt zu diesen Personen zu haben, für weitere 24,3 Prozent gilt dies mehrmals pro Woche.

Viele Mütter gaben an, dass sie gar nicht (20,9 Prozent) oder eher schlecht (36,4 Prozent) mit der deutschen Sprache zurechtkommen. Als Fluchtgrund gaben viele Mütter mehrere Gründe an, wie in Abbildung 3 dargestellt.

Abb. 3: Hauptgründe für den Weggang aus der Ukraine (in %; Mehrfachnennungen)



Quelle: DJI-Mütterbefragung 2023, n=777

Von den 777 ukrainischen Müttern kamen insgesamt 183 (23,6 Prozent) über eine Kinderbetreuungseinrichtung zur Umfrage. Der Großteil, 507 Mütter bzw. 62,3 Prozent, gab an, den Link über Social Media erhalten zu haben. Anhand des Zwischendatensatzes ließ sich nachvollziehen, dass der hohe Anteil der Zugänge über

soziale Medien auf die Feldverlängerung und die währenddessen erfolgte Werbeaktion bei institutionellen und zivilgesellschaftlichen lokalen Akteuren zurückzuführen ist und dass diese angeschriebenen Institutionen vorrangig über soziale Netzwerke an die Zielgruppe herangetreten sind. Dies legt nahe, dass der Rekrutierungsweg Social Media vor allem dann erfolgreich sein kann, wenn lokale Akteure eingebunden werden. Hingegen kamen über die Jobcenter bzw. Jugendberufsagenturen lediglich 6 ukrainische Mütter zur Umfrage.

Weitere Analysen zum Zugangsweg zeigen, dass sich Mütter, die über eine Kita zur Befragung kamen, in einigen Merkmalen von Müttern unterscheiden, die über Soziale Netzwerke Zugang zur Befragung gefunden haben. So fühlen sich Mütter mit Zugangsweg Kita häufiger voll und ganz willkommen und sie berichten auch von mehr Wegen, über die sie Kontakt zu Einheimischen pflegen. Dies könnte mit Kontakten zusammenhängen, die über die Kita zustande kommen. Auch beim stärkeren Willkommensgefühl ist es denkbar, dass die Kita hierzu einen Beitrag leistet. Zwar sagt der Zugangsweg in die Stichprobe nicht zwingend etwas über die Kitanutzung der Mutter aus, sodass diese deskriptive Evidenz nicht überinterpretiert werden sollte. Als solche sind sie aber durchaus interessant, zumal die Forschung zeigt, dass ressourcenärmere Familien seltener den Weg zur Kita finden (Schmitz u. a. 2023).

3.3.2 Leben in Deutschland

Ein Großteil der Mütter (78,9 Prozent) kam bereits sehr schnell nach Kriegsbeginn nach Deutschland. Zudem konnten viele Mütter direkt im Monat ihrer Ankunft (76,6 Prozent) oder im Monat danach (9,4 Prozent) an ihren jetzigen Wohnort ziehen. 67,7 Prozent der Mütter leben in einem Haus oder in einer Wohnung, die gemietet oder gekauft wurde. Weitere 18,3 Prozent wurden von einem privaten Haushalt aufgenommen, wobei nur 19,0 Prozent dieser Mütter die Gastgeber zuvor kannten. In Notunterkünften leben zudem 11,1 Prozent der Mütter. Neben den eigenen Kindern lebt bei 34,0 Prozent der Mütter der Partner mit im Haushalt, bei 18,2 Prozent die Mutter und bei 2,6 Prozent der Vater. Andere Familienmitglieder wohnen bei 15,9 Prozent der Mütter mit im Haushalt, während 35,1 Prozent der Mütter nur mit den eigenen Kindern zusammenleben.

Die meisten Frauen hatten bei ihrer Ankunft das Gefühl, „voll und ganz“ (35,0 Prozent) oder „teils, teils“ (43,2 Prozent) willkommen zu sein. In Kontakt zu Personen in Deutschland konnten bereits 90,4 Prozent der Mütter treten. Am häufigsten kam dieser Kontakt über Nachbarn (41,7 Prozent), über das Kind (39,8 Prozent), über Gastgeber (28,3 Prozent) oder über Flüchtlingshelfer (22,0 Prozent) zustande. Zudem haben 90,3 Prozent der Mütter Kontakt zu anderen in Deutschland lebenden Ukrainerinnen oder Ukrainern.

Einer Erwerbstätigkeit gehen 11,1 Prozent der Mütter nach, wobei es in der Ukraine noch 78,9 Prozent waren. Damit lag die Erwerbstätigenquote unserer Mütterstichprobe etwas niedriger als die Frauenerwerbstätigenquote, die in einer Vergleichsstudie (IAB-BiB/FReDA-BAMF-SOEP-Befragung 2022, Brücker u. a. 2022b) ein halbes Jahr nach dem Zuzug der Frauen auf 16 Prozent beziffert wird (Zahlen für

Mütter wurden in dieser Studie nicht erhoben). Jedoch geben sehr viele der nicht-erwerbstätigen Mütter unserer Stichprobe an, in Zukunft „ganz sicher“ (68,0 Prozent) oder „wahrscheinlich“ (26,3 Prozent) eine Erwerbstätigkeit aufnehmen zu wollen. Sechs von zehn Müttern, die die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit planen, wollen dies auch gerne möglichst „sofort“ (19,6 Prozent) oder „innerhalb des kommenden Jahres“ (41,1 Prozent) tun. 43,0 Prozent der erwerbstätigen Mütter sehen sich im aktuellen Job formal überqualifiziert. Angesichts der Tatsache, dass vier von fünf Müttern in unserer Stichprobe einen Hochschulabschluss aufweisen, ist ein gewisses formales Mismatch von benötigten und angebotenen Qualifikationen im Job nicht unerwartet, geht aber oft mit individuellen Nachteilen und aus gesamtwirtschaftlicher Sicht einer Unterausnutzung von Ressourcen einher, die in Zeiten des Fachkräftemangels besonders schwer wiegt. Mütter sind bei Wiedereinstieg in das Erwerbsleben nach der Familienpause einem erhöhten Überqualifikationsrisiko ausgesetzt; ein Migrationshintergrund erhöht das Risiko zusätzlich (Boll u. a. 2016).

Um eine mütterliche Erwerbstätigkeit in den Alltag integrieren zu können, muss eine Kinderbetreuung organisiert werden. Die Mütter wurden für ihr Zielkind (s.o. Kapitel 3.2.2) gefragt, ob dieses regelmäßig von anderen Personen als ihnen selbst betreut wird. 26,6 Prozent aller Mütter gaben an, dass der im Haushalt lebende Partner das Kind mit betreut, bei 26,3 Prozent der Mütter helfen die Großeltern bei der Betreuung mit. Andere Personengruppen spielen nur eine geringe Rolle in der Betreuung der Kinder; hingegen gaben 49,0 Prozent der Mütter an, dass ihr Zielkind in eine Kita geht. Dieser Wert liegt nur wenig unter dem Anteil der Kinder, die vor dem Krieg in der Ukraine in einer Kita betreut wurden (55,0 Prozent).

Die Hälfte der Mütter (50,7 Prozent) will in den nächsten Monaten an dem Ort bleiben, an dem sie aktuell wohnen. 11,2 Prozent überlegen, innerhalb Deutschlands umzuziehen, während 23,3 Prozent damit rechnen, bald wieder in die Ukraine zurückzukehren. In ein anderes Land wollen nur 1,4 Prozent der Mütter ziehen, während 13,4 Prozent noch keine Pläne für die nächsten Monate haben.

Gaben die Mütter Pläne für die nächsten Monate an, so wurden sie auch nach einer möglichen Bleibedauer in Deutschland gefragt. Ein Viertel der Mütter (26,2 Prozent) weiß noch nicht, wie lange sie bleiben möchten. 35,2 Prozent gaben an, bis zum Ende des Krieges bleiben zu wollen, aber immerhin 27,8 Prozent möchten länger als fünf Jahre bleiben.

3.3.3 Wohlbefinden der Mütter und ihrer Kinder

Das psychische Wohlbefinden der Mütter wurde anhand des WHO-5 Well-Being Index gemessen. Bei Betrachtung der einzelnen Fragen des Index zeigte sich, dass 46,7 Prozent der Mütter angaben, sich entweder „zu keinem Zeitpunkt“ oder nur „ab und zu“ in den letzten zwei Wochen „froh und bei guter Laune“ gefühlt zu haben. Ungefähr 47,3 Prozent der Teilnehmerinnen berichteten, dass sie sich entweder „zu keinem Zeitpunkt“ oder nur „ab und zu“ „ruhig und entspannt“ fühlten. „Zu keinem Zeitpunkt“ oder nur „ab und zu“ fühlten sich etwa 44,4 Prozent der Mütter „energisch und aktiv“. 53,8 Prozent gaben an, sich in den letzten zwei Wochen entweder „zu keinem Zeitpunkt“ oder nur „ab und zu“ ausgeruht zu haben.

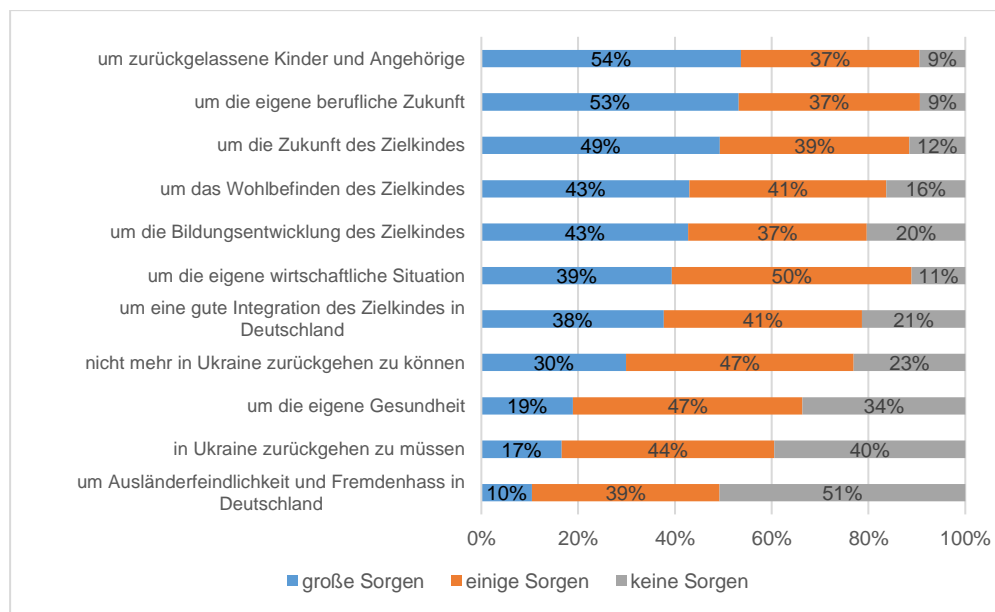
49,8 Prozent der Mütter hatten das Gefühl, dass ihr Alltag „zu keinem Zeitpunkt“ oder nur „ab und zu“ mit Dingen und Erlebnissen gefüllt war, die sie interessierten.

Anhand dieser fünf Fragen ließ sich ein Gesamtwert ermitteln, der Aufschluss über das psychische Wohlbefinden der Befragten gibt. Der Gesamtwert kann Werte zwischen 0 und 100 annehmen, wobei Werte unter 50 ein bedeutsam schlechtes Wohlbefinden darstellen und Hinweise auf eine Depression geben können. Der durchschnittliche Gesamtwert des WHO-5 Well-Being Index lag bei den befragten Müttern bei 40,1, wobei 65,6 Prozent der Mütter einen Gesamtwert von unter 50 hatten.

Weiterhin relevant für das Wohlbefinden der Mütter ist das Gefühl der Erschöpfung. Über die Hälfte der Mütter fühlte sich „sehr oft“ (26 Prozent) oder „oft“ (30,4 Prozent) „völlig erschöpft“. 30,9 Prozent gaben bei dieser Frage „manchmal“ an. Nur 12,7 Prozent fühlten sich als Mutter „nie“ „völlig erschöpft“.

Die empfundene Belastung aufgrund des aktuellen Kriegs(geschehens) in der Ukraine liegt sogar noch höher. Rund zwei Drittel der Mütter fühlten sich „sehr stark“ (30,7 Prozent) oder „stark“ belastet (36,0 Prozent). Ein gutes Viertel (27,8 Prozent) gab an, sich aktuell „teils, teils“ vom Krieg belastet zu fühlen. Nur 5,5 Prozent fühlten sich zum Zeitpunkt der Befragung „weniger stark“ oder „gar nicht“ belastet.

Abb. 4: Sorgen der Mütter (in %)



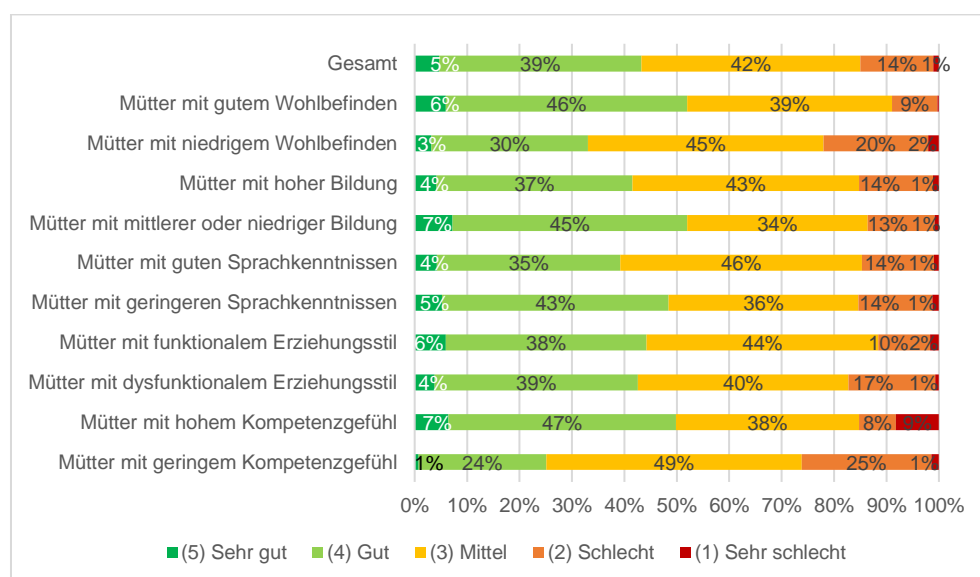
Quelle: DJI-Mütterbefragung 2023, n=772-777

Die Sorgen der Mütter wurden zu mehreren Bereichen erfasst (vgl. Abbildung 4). Dabei machten die Befragten Unterscheidungen, ob sie diesbezüglich „große Sorgen“, „einige Sorgen“ oder „keine Sorgen“ haben. „Große Sorgen“ machten sich die Mütter am häufigsten um etwaige zurückgelassene Kinder oder Familienangehörige (53,6 Prozent), wobei aus der Stichprobe nur zwei Mütter angaben, dass ihr Kind nicht mit ihnen nach Deutschland gekommen ist. 53,1 Prozent gaben an, sich „große Sorgen“ um ihre berufliche Situation zu machen. Die meisten Mütter äußerten zudem Sorgen um ihr Zielkind: 49,2 Prozent machten sich „große Sorgen“ um

dessen Zukunft, 43,0 Prozent sorgten sich um das Wohlbefinden des Kindes und 42,7 Prozent machten sich Sorgen um dessen Bildungsentwicklung. Obwohl etwa die Hälfte der Mütter „keine Sorgen“ um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass äußerte, gaben dennoch 38,8 Prozent an, dass sie sich darüber „einige Sorgen“ machen.

Zudem wurden die teilnehmenden Mütter gebeten, Angaben zum Wohlbefinden des Zielkindes zu machen. Das kindliche Wohlbefinden wurde in fünf Stufen eingeteilt: (5) sehr gutes Wohlbefinden, (4) gutes Wohlbefinden, (3) mittleres Wohlbefinden, (2) schlechtes Wohlbefinden und (1) sehr schlechtes Wohlbefinden. Insgesamt gaben 44 Prozent der Mütter an, dass das Wohlbefinden ihres Kindes „gut“ oder „sehr gut“ sei, während 15 Prozent ein „schlechtes“ oder „sehr schlechtes“ Wohlbefinden meldeten (vgl. Abbildung 5). Abbildung 5 stellt außerdem die Wohlbefindensverteilung der Kinder in den Zusammenhang mit verschiedenen Muttermerkmalen. Die Muttermerkmale wurden anhand signifikanter Effekte aus vertiefenden Analysen ausgewählt.

Abb. 5: Wohlbefinden des Zielkindes nach Merkmalen der Mutter (in %)



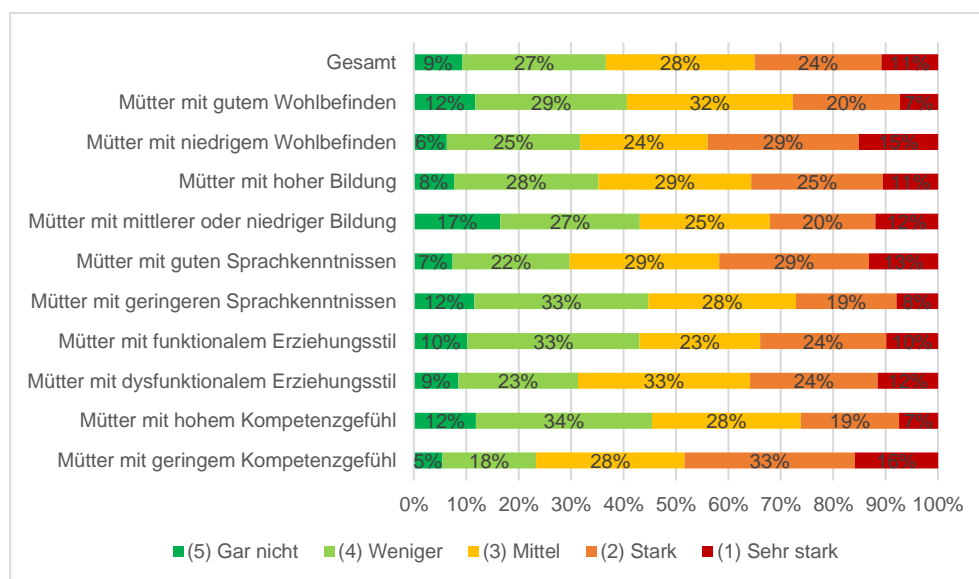
Quelle: DJI-Mütterbefragung 2023, n=749

Mütter, die ihr eigenes Wohlbefinden als gut einschätzten (höherer WHO-5-Score und seltener Gefühle der Erschöpfung), berichteten signifikant häufiger von einem „guten“ oder „sehr guten“ Wohlbefinden ihrer Kinder (52 Prozent) im Vergleich zu denen mit niedrigem Wohlbefinden (33 Prozent). Mütter mit mittlerer und niedriger Bildung berichteten häufiger von einem „guten“ oder „sehr guten“ Wohlbefinden ihrer Kinder (52 Prozent) im Vergleich zu Müttern mit hoher Bildung (41 Prozent). Ebenso gaben Mütter, die die deutsche Sprache noch nicht so gut beherrschten, ein besseres Wohlbefinden der Kinder an („sehr gut“ und „gut“: 48 Prozent) als Mütter, die „sehr gut“ oder „gut“ Deutsch sprachen (39 Prozent). In der Befragung wurden Mütter zu ihrem Erziehungsstil befragt, unter anderem, ob sie eine kindzentrierte Kommunikation pflegen, emotionale Wärme zeigen oder ob sie zu Feindseligkeiten bis hin zu Gewalt in der Erziehung greifen. In Anlehnung

an die Theorie von Schäfer (1959) wurden zwei Kategorien von Erziehungsverhalten definiert: Mütter mit einem funktionalen Erziehungsstil, der sich durch häufige kindzentrierte Kommunikation und emotionale Wärme sowie seltene Feindseligkeiten und Gewalt auszeichnet, und Mütter mit einem dysfunktionalen Erziehungsstil, der sich durch seltene kindzentrierte Kommunikation und emotionale Wärme sowie häufige Feindseligkeiten und Gewalt auszeichnet. Mütter mit einem funktionalen Erziehungsstil berichteten etwas häufiger von einem „guten“ oder „sehr guten“ Wohlbefinden ihrer Kinder (44 Prozent) im Vergleich zu denen mit einem dysfunktionalen Erziehungsstil (43 Prozent). Dem Zielkind von Müttern mit dysfunktionalem Erziehungsverhalten geht es hingegen deutlich häufiger schlecht („schlechtes“ und „sehr schlechtes“ Wohlbefinden: 18 Prozent) verglichen mit den anderen Zielkindern (12 Prozent). Besonders relevant für ein gutes Wohlbefinden des Kindes schien das Kompetenzgefühl der Mutter zu sein. Mütter, die sich in der Erziehung kompetent fühlten, gaben häufiger an, dass ihre Kinder ein „gutes“ oder „sehr gutes“ Wohlbefinden hätten (54 Prozent), verglichen mit nur 25 Prozent bei Müttern mit geringem Kompetenzgefühl in der Erziehung.

Ein weiteres Merkmal von kindlichem Verhalten, das Hinweise auf psychisches Wohlbefinden geben kann, ist Hyperaktivität. Da es schwierig ist, abnormales Verhalten bei Neugeborenen zu diagnostizieren, werden die meisten Fragebögen erst bei Kindern ab 3 Jahren eingesetzt. Daher wurden nur Mütter befragt, deren Zielkind zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 3 Jahre alt war. Auch hier wurde das Verhalten der Kinder in fünf Stufen eingeteilt: (5) gar nicht hyperaktiv, (4) weniger ausgeprägt hyperaktiv, (3) mittel ausgeprägt hyperaktiv, (2) stark hyperaktiv und (1) sehr stark hyperaktiv. Insgesamt gaben 35,0 Prozent der Mütter an, dass die Hyperaktivität ihrer Kinder „stark“ oder „sehr stark“ ausgeprägt sei, während 36,6 Prozent ein „gar nicht“ oder „weniger“ ausgeprägtes Maß der Hyperaktivität berichteten. In Abbildung 6 wird die Verteilung des hyperaktiven Verhaltens der Kinder mit denselben Merkmalen der Mutter in Bezug gesetzt wie in Abbildung 5.

Abb. 6: Hyperaktivität des Zielkinds nach Merkmalen der Mutter (in %)



Quelle: Mütterbefragung 2023, n=603

Es zeigt sich, dass Mütter mit niedrigem Wohlbefinden signifikant häufiger von „starkem“ bis „sehr starkem“ hyperaktivem Verhalten ihrer Kinder berichteten (44 Prozent) als Mütter mit gutem Wohlbefinden (27 Prozent). Mütter mit hoher Bildung berichteten tendenziell etwas häufiger von „starkem“ bis „sehr starkem“ hyperaktivem Verhalten (36 Prozent) als Mütter mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau (32 Prozent). Mütter mit guten Deutschkenntnissen beobachteten häufiger „starkes“ oder „sehr starkes“ hyperaktives Verhalten bei ihren Kindern (42 Prozent) als solche mit geringeren Sprachkenntnissen (27 Prozent). Mütter mit dysfunktionalem Erziehungsstil gaben etwas häufiger an, dass ihr Kind „stark“ oder „sehr stark“ hyperaktiv sei (insgesamt 36 Prozent), im Vergleich zu Müttern mit funktionalem Erziehungsstil (insgesamt 34 Prozent). Bei der Angabe „gar nicht“ und „weniger“ hyperaktives Verhalten gibt es bei den Erziehungsstilen deutliche Unterscheidungen: Das Zielkind zeigt selten („gar nicht“ oder „kaum“) Hyperaktivität (43 Prozent), wenn die Mütter einen funktionalen Erziehungsstil praktizieren, verglichen mit 32 Prozent „gar nicht“ oder „kaum“ Hyperaktivität bei den anderen Müttern. Noch stärker ausgeprägte Unterschiede zeigten sich bei den Kindern, wenn man die Mütter nach ihrem Kompetenzzempfinden unterteilte: Mütter mit geringem elterlichen Kompetenzgefühl berichteten häufiger von „starkem“ oder „sehr starkem“ hyperaktivem Verhalten ihrer Kinder (insgesamt 49 Prozent) im Vergleich zu Müttern, die sich hochkompetent in der Erziehung fühlten (insgesamt 26 Prozent).

3.3.4 Unterstützungsangebote für Mütter: Nutzung, Zufriedenheit und Gründe für Nichtnutzung

Ein gutes Ankommen der ukrainischen Mütter in Deutschland hängt auch von Unterstützungsangeboten ab, die ihnen vor Ort zur Verfügung stehen. Daher umfasste die Erhebung, neben einer Frage zum Bezug von Grundsicherungsleistungen, Fragen zu sieben verschiedenen Angeboten. Es wurde erfasst, ob die Mütter die Angebote bereits genutzt haben und wenn ja, wie zufrieden sie mit ihnen waren. Wurde das jeweilige Angebot noch nicht genutzt, folgte eine Frage zum Grund der Nichtnutzung mit den möglichen Antworten „Kenne kein solches Angebot“, „Angebot ist bekannt, aber ich habe kein Interesse“ und „Angebot ist bekannt, aber ich konnte bisher keine Hilfe bekommen (z.B. Hilfe passt zeitlich oder inhaltlich nicht zu meinen Bedarfen; ist räumlich zu weit weg; Kinderbetreuung fehlt; ich weiß nicht, wie ich konkret an die Hilfe komme; ich habe noch keine Antwort auf meinen Antrag erhalten; andere Gründe)“.

Die befragten ukrainischen Mütter gaben zu 91,9 Prozent an, Grundsicherungsleistungen zu erhalten. Aus Tabelle 1 wird zudem ersichtlich, dass fast alle Mütter (92,7 Prozent) bereits medizinische Versorgungsleistungen in Anspruch genommen haben. Mit einem Anteil von 66,4 Prozent bekommen auch viele Mütter Hilfe beim Deutschlernen. Weniger häufig wurde Hilfe bei Behördengängen (23,7 Prozent), bei Erziehungsfragen (22,3 Prozent), bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft (19,7 Prozent) und bei der Arbeitssuche (12,9 Prozent) genutzt. Das Schlusslicht bildet psychologische Hilfe, die nur von 3,6 Prozent der Mütter in Anspruch genommen wurde. Insgesamt machten 4,1 Prozent der Mütter von keinem einzigen der Angebote Gebrauch.

Die Nutzerinnen der Angebote berichten mehrheitlich (je mehr als 80 Prozent), dass sie „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“ mit der Leistung waren. Ausschließlich bei der medizinischen Versorgung und der Hilfe bei der Arbeitssuche liegt der Anteil der (sehr) zufriedenen Mütter lediglich bei 67,4 Prozent bzw. 63,3 Prozent.

Tab. 1: Nutzung von und Zufriedenheit mit Angeboten

Angebot	n	Nutzung Ja...	n	...darunter sehr zufrieden oder zufrieden
Medizinische Versorgung	777	92,7%	720	67,4%
Hilfe bei Behördengängen	777	23,7%	184	83,6%
Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft	777	19,7%	153	80,6%
Psychologische Hilfe	777	3,5%	27	81,5%
Hilfe bei der Arbeitssuche	777	12,9%	100	63,3%
Hilfe beim Deutschlernen	777	66,4%	516	86,4%
Hilfe bei Erziehungsfragen	777	22,3%	173	84,4%

Quelle: Mütterbefragung 2023, n=777

Bei Nichtnutzung unterscheiden sich die Gründe zwischen den Angeboten. So zeigt Tabelle 2, dass Angebote zur Hilfe bei Behördengängen und zu psychologischer Hilfe etwa der Hälfte der Mütter gar nicht bekannt sind. Auch von möglicher Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft und bei Erziehungsfragen hatten 38,9 Prozent bzw. 35,8 Prozent der Mütter, die das jeweilige Angebot nicht in Anspruch nahmen, keine Kenntnis. Es fällt auf, dass von den beiden sehr bekannten Angeboten „Medizinische Versorgung“ und „Hilfe beim Deutschlernen“ der Grund für die Nichtnutzung hauptsächlich darin liegt, dass die Angebote als unpassend bewertet werden (58,9 Prozent bzw. 65,6 Prozent). Auch die Hilfe bei der Arbeitssuche wird von knapp der Hälfte der Mütter (48,1 Prozent) als unpassend bewertet. Insbesondere die Nichtnutzung von Sprachförderung erscheint problematisch, da eine Verständigungsmöglichkeit in der Landessprache der Schlüsselfaktor für die soziale Teilhabe und Erwerbsintegration der Mütter ist. Auch ist sie Voraussetzung dafür, von psychosozialen Unterstützungsangeboten profitieren zu können.

Tab. 2: Gründe für die Nichtnutzung von Angeboten

Angebot	n	Unbekannt	Kein Interesse	Unpassend
Medizinische Versorgung	57	21,4%	19,6%	58,9%
Hilfe bei Behördengängen	593	52,5%	19,9%	27,5%
Hilfe bei der Suche nach einer geeigneten Unterkunft	624	38,9%	39,1%	22,0%
Psychologische Hilfe	750	47,7%	32,7%	19,6%
Hilfe bei der Arbeitssuche	677	20,1%	31,9%	48,1%
Hilfe beim Deutschlernen	261	11,2%	23,2%	65,6%
Hilfe bei Erziehungsfragen	604	35,8%	25,1%	39,1%

Quelle: Mütterbefragung 2023, n=777

Weitere Analysen zeigen, wie sich Mütter, die ein bestimmtes Angebot genutzt haben, von jenen unterscheiden, die dies nicht taten. Die Nichtnutzerinnen eines Angebots können sich in ihren Merkmalen auch danach unterscheiden, aus welchem Grund sie das Angebot nicht in Anspruch genommen haben.

Starke Unterschiede sind beispielsweise nach dem Grad des Willkommensempfindens der Mütter zu beobachten. Für alle Unterstützungsangebote gilt: Die Gruppe der Nutzerinnen hat stärker das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein, als die Gruppe der Nichtnutzerinnen. Dabei ist es sowohl möglich, dass sich Mütter, die sich sehr willkommen fühlen, eher in diese Angebote einwählen, als auch, dass die Nutzung der Angebote das Willkommensempfinden positiv beeinflusst. Bei den Angeboten „Hilfe bei Behördengängen“ und „Hilfe bei der Wohnungssuche“ finden sich auch unter den Nichtnutzerinnen Unterschiede nach Grund für die Nichtinanspruchnahme. Nichtnutzerinnen, die sich sehr willkommen fühlen, gaben als Grund für die Nichtnutzung häufiger an, dass sie kein Interesse am Angebot haben, verglichen mit jenen, die sich weniger willkommen fühlen. Ein schlechteres Willkommensempfinden korreliert eher damit, die beiden Angebote als unpassend zu bewerten. Denkbar ist, dass dritte Faktoren, die den Müttern Zugang zu den Unterstützungsangeboten verwehren (bspw. fehlende Kinderbetreuung), auch das Gefühl, in Deutschland willkommen zu sein, vermindern.

Ein weiterer relevanter Einflussfaktor für die Nutzung von Unterstützungsangeboten ist die Anzahl der Wege, über die Kontakt zu Personen in Deutschland hergestellt wurde. So gilt für alle Unterstützungsangebote, dass die das Angebot nutzenden Mütter über mehr Wege Kontakte zu Deutschen hergestellt haben als die das Angebot nicht nutzenden Mütter. Nur für das Angebot „Hilfe bei Behördengängen“ fällt dieser Unterschied nicht signifikant aus. Innerhalb der Gruppe der Nichtnutzerinnen korreliert für die Angebote Hilfe bei Behördengängen, Hilfe bei der Wohnungssuche, Psychologische Hilfe, Hilfe beim Deutschlernen und Hilfe bei Erziehungsfragen eine höhere Angabe an Kontaktwegen zu Einheimischen damit, dass

eher „kein Interesse“ als Begründung angegeben wurde. Beide Befunde deuten darauf hin, dass der Kontakt zu Einheimischen den Zugang zu Unterstützungsangeboten erleichtern kann. Denkbar ist jedoch auch, dass über die Nutzung von Unterstützungsangeboten Kontakt zu Einheimischen hergestellt wird. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass Drittfaktoren wie etwa Sprachkenntnisse sowohl die sozialen Kontakte zu Einheimischen als auch die Inanspruchnahme von Unterstützungsangeboten erleichtern. Auch hier zeigt sich: Soziale Netzwerke sind Ressourcen, die den Weg zu noch mehr Ressourcen bahnen, indem sie z.B. Zugänge zu staatlichen Unterstützungsangeboten ermöglichen. Umgekehrt kann sich aus Kontaktarmut eine Negativspirale ergeben, und in beiden Fällen spielen deutsche Sprachkenntnisse eine Schlüsselrolle.

Generell ist zu beobachten, dass der Anteil der Mütter mit höheren Werten psychischen Wohlbefindens unter den Nutzerinnen der Angebote meist signifikant höher als unter den Nichtnutzerinnen ist (Ausnahmen sind die Hilfe bei der Wohnungssuche und die psychologische Hilfe). Ferner unterscheiden sich innerhalb der Gruppe der Nichtnutzerinnen die Wohlbefindenswerte nach Grund der Nichtnutzung. Für die Angebote Hilfe bei Behördengängen, Hilfe bei der Wohnungssuche, Psychologische Hilfe und Hilfe bei Erziehungsfragen gilt: Im Vergleich zu jenen, für die das jeweilige Angebot unpassend ist, weisen diejenigen höhere Wohlbefindenswerte auf, die „kein Interesse“ als Grund für die Nichtnutzung angegeben haben. Das höhere Wohlbefinden scheint also eher eine freiwillige Nichtnutzung mangels Bedarf zu stimulieren, während Mütter mit geringerem Wohlbefinden das Angebot eher aufgrund fehlender Passung zu ihren Bedarfen – und damit eher unfreiwillig – nicht nutzen. Ähnlich sind die Bezüge zum angegebenen Erschöpfungsstatus der Mütter: Mit der Ausnahme von medizinischer Versorgung und Hilfe beim Deutschlernen geben die Nichtnutzerinnen der Angebote, wenn sie sehr oft erschöpft sind, häufiger „unpassend“ und seltener „kein Interesse“ als Grund für die Nichtnutzung an., während es sich bei selten erschöpften Müttern umgekehrt verhält.

Ob die Mütter die Angebote nutzen (können), hängt teilweise auch damit zusammen, ob ihre Kinder in der Kita betreut werden. Mütter, deren Zielkind in einer Kita betreut wird, nehmen die Angebote medizinische Versorgung, Hilfe bei der Arbeitssuche und Hilfe beim Deutschlernen signifikant häufiger in Anspruch. Für sogar sechs der sieben Angebote (alle bis auf Hilfe bei der Arbeitssuche) ist zu beobachten, dass die Nichtnutzerinnen häufiger „unpassend“ als Begründung für eine Nichtnutzung angeben, wenn ihr Kind nicht in der Kita betreut wird. Entweder sind es fehlende Betreuungsmöglichkeiten, die einen Hinderungsgrund für die Angebotsnutzung darstellen, oder Drittmerkmale beeinträchtigen die Nutzung beider Angebote. Auch hier könnten Sprachkenntnisse eine Schlüsselrolle spielen.

Erwerbstätige Mütter unterscheiden sich von nichterwerbstätigen Müttern darin, welche Angebote sie nutzen bzw. warum sie es nicht tun. Insgesamt sind erwerbstätige Mütter häufiger in der Gruppe jener Mütter vertreten, die keines der Angebote in Anspruch genommen haben. Beispielsweise begründet fast die Hälfte der Mütter, die keine Angebote der medizinischen Versorgung nutzen, dies damit, dass kein Interesse an der Leistung besteht. Zum Vergleich: Nur 13,3 Prozent der nichterwerbstätigen Mütter, die keine medizinische Versorgung in Anspruch nahmen,

gaben als Grund „kein Interesse“ an. Unter ihnen gaben knapp zwei Drittel (64,4 Prozent) als Hauptgrund an, dass das Angebot unpassend ist.

Auch bei der Hilfe bei Behördengängen gaben erwerbstätige Mütter, die das Angebot nicht nutzten, häufiger „kein Interesse“ an als nichtnutzende nichterwerbstätige Mütter. Zudem nutzen erwerbstätige Mütter seltener Hilfen zum Deutschlernen. Beides hängt voraussichtlich mit den besseren Sprachkenntnissen der erstgenannten Gruppe zusammen.

Auch die unmittelbare Verwertungsmöglichkeit der angebotenen Hilfen spielt für die Nutzung eine Rolle. Dies wird u.a. bei einer geplanten Erwerbsaufnahme und den Bleibeperspektiven der Mütter deutlich. So zeigt sich für nichterwerbstätige Mütter, dass sie vergleichsweise oft Hilfe bei der Arbeitssuche in Anspruch nehmen, wenn sie planen, möglichst sofort eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Unter den Nichtnutzerinnen von Hilfe bei der Arbeitssuche wird vor allem dann „kein Interesse“ angegeben, wenn erst mittelfristig (2-5 Jahre) eine Arbeit begonnen werden soll. Nicht erwerbstätige Mütter nehmen zudem dann häufig Hilfe beim Deutschlernen in Anspruch, wenn sie innerhalb eines Jahre zu arbeiten beginnen wollen, im Vergleich zu einem geplanten Startzeitpunkt in zwei bis fünf Jahren.

Auch Umzugspläne und die geplante Aufenthaltsdauer in Deutschland stehen in Zusammenhang mit der Nutzung einiger Leistungen. So nehmen mehr Mütter Hilfe bei Behördengängen in Anspruch, die vorhaben, noch zwei bis fünf Jahre oder länger als fünf Jahre in Deutschland zu bleiben, im Vergleich zu jenen, die angeben, maximal ein Jahr oder bis Kriegsende bleiben zu wollen. Wollen die Mütter an ihrem jetzigen Wohnort bleiben oder innerhalb Deutschlands umziehen, nehmen sie mit höherer Wahrscheinlichkeit Hilfe bei der Wohnungssuche in Anspruch als wenn sie in ein anderes Land ziehen oder in die Ukraine zurückkehren wollen. Gleiches gilt für die Hilfe bei der Arbeitssuche und beim Deutschlernen. Unter den Nichtnutzerinnen dieser beiden Angebote haben häufiger diejenigen „kein Interesse“ angegeben, die in ein anderes Land umziehen oder in die Ukraine zurückkehren möchten, im Vergleich zu jenen, die am jetzigen Wohnort bleiben oder innerhalb Deutschlands umziehen wollen.

Bei den drei Unterstützungsangeboten „Hilfe bei Behördengängen“, „Hilfe bei der Wohnungssuche“ und „Hilfe bei der Arbeitssuche“ zeigt sich ein U-förmiger Zusammenhang zwischen der Inanspruchnahme und dem Bildungsstand der Mütter: Mütter mit einer mittleren Bildung nutzen diese Angebote häufiger als Mütter mit niedriger oder hoher Bildung. Die angegebenen Gründe für die (Nicht-)Nutzung bestätigen die Vermutung, dass es bei den niedrigqualifizierten Müttern vor allem an der fehlenden Angebotskenntnis und bei den hochqualifizierten Müttern vor allem am fehlenden Bedarf liegt.

Zudem prägt die Altersstruktur der Kinder die Inanspruchnahme einiger Leistungen. So ist das jüngste Kind von Müttern, die Hilfe bei der Arbeitssuche, beim Deutschlernen oder bei Erziehungsfragen angenommen haben, schon älter als bei Müttern, die diese Angebote nicht genutzt haben. Es erscheint plausibel, dass diese Angebote mit dem fortschreitenden Alter des jüngsten Kindes entweder leichter

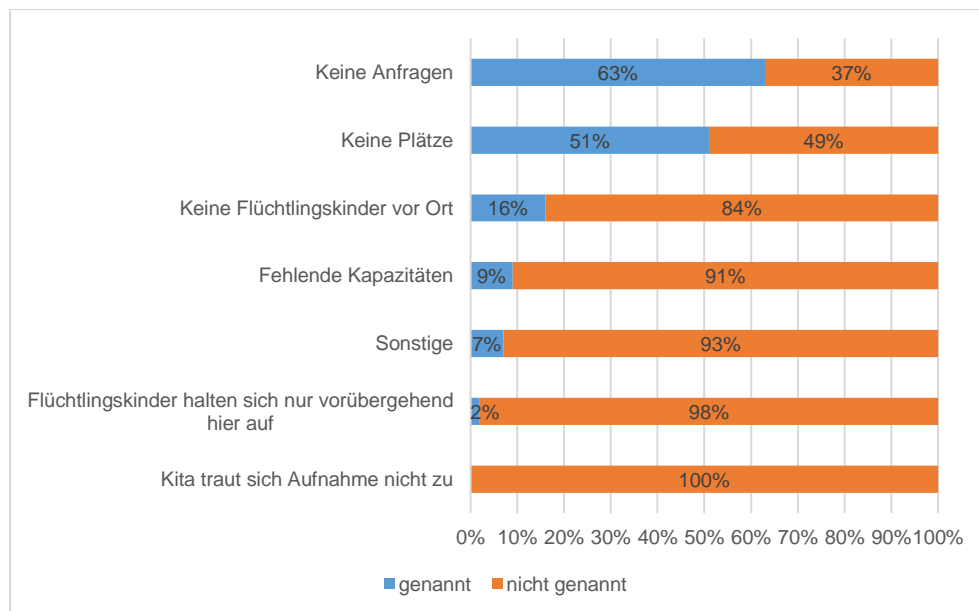
wahrgenommen werden können oder überhaupt erst relevant werden. Für das Angebot Hilfe bei der Arbeitssuche zeigt sich, dass die Nichtnutzerinnen mit jüngeren Kindern häufiger „kein Interesse“ als Begründung angegeben haben als solche mit älteren Kindern.

3.4 Ergebnisse der Kitaleitungsbefragung

Im Rahmen der Kitaleitungsbefragung wurden im Zeitraum vom 07.03.2023 bis zum 19.05.2023 Leitungskräfte von Kitas in ganz Deutschland zu eigenen Erfahrungen mit der Aufnahme von Flüchtlingskindern aus der Ukraine befragt. Pro Kita wurde eine Leitungskraft gebeten, einen Online-Fragebogen auszufüllen. Von den 5.304 kontaktierten Personen beendeten 621 Befragte den Fragebogen.

Von diesen 621 Einrichtungen haben 311 Kitas seit Februar 2022 Flüchtlingskinder aus der Ukraine aufgenommen. Die meisten der Kitas, die keine Flüchtlingskinder aufnahmen, gaben als Grund an, keine entsprechenden Anfragen erhalten zu haben (63 Prozent). Etwa die Hälfte der Befragten (51 Prozent) begründete die Nichtaufnahme von Flüchtlingskindern mit einem Mangel an freien Plätzen. Keine Kita gab an, sich die Aufnahme von Flüchtlingskindern nicht zuzutrauen (siehe Abbildung 7).

Abb. 7: Gründe für die Nichtaufnahme von Flüchtlingskindern in Kitas (in %; Mehrfachnennung)

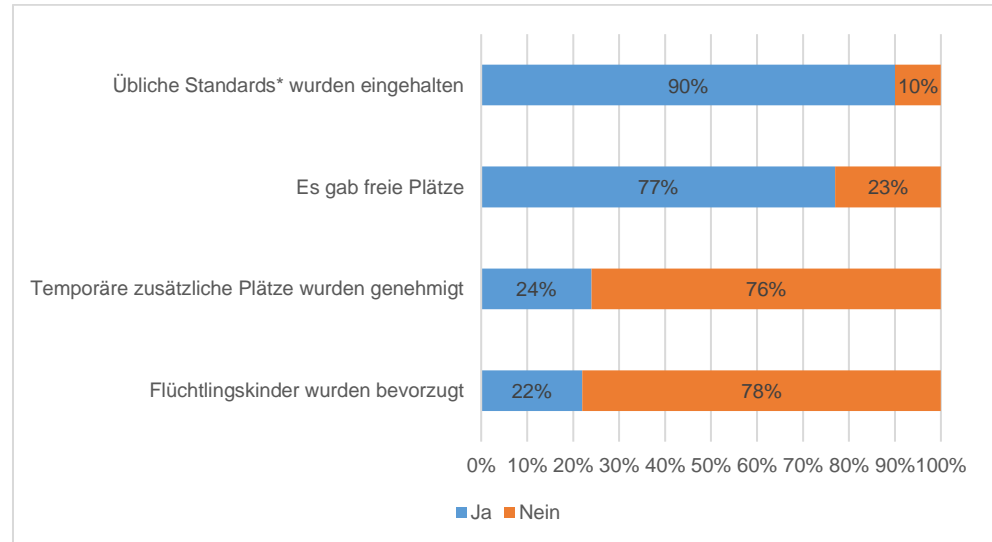


Quelle: Kitaleitungsbefragung 2023, n=309

Von denjenigen Kitas, die Flüchtlingskinder aufnahmen, berichteten 90 Prozent, sie konnten die üblichen Standards bezüglich des Personal-Kind-Schlüssels und der Gruppengröße einhalten. Mit einem Anteil von 77 Prozent gab ein Großteil der Kitas an, zum Zeitpunkt der Aufnahme freie Plätze zur Verfügung gehabt zu haben.

Lediglich ein Anteil von 22 Prozent gab an, Flüchtlingskinder bei der Aufnahme bevorzugt zu haben (siehe Abbildung 8).

Abb. 8: Rahmenbedingungen der Aufnahme der Flüchtlingskinder in Kitas (in %; Mehrfachnennung)

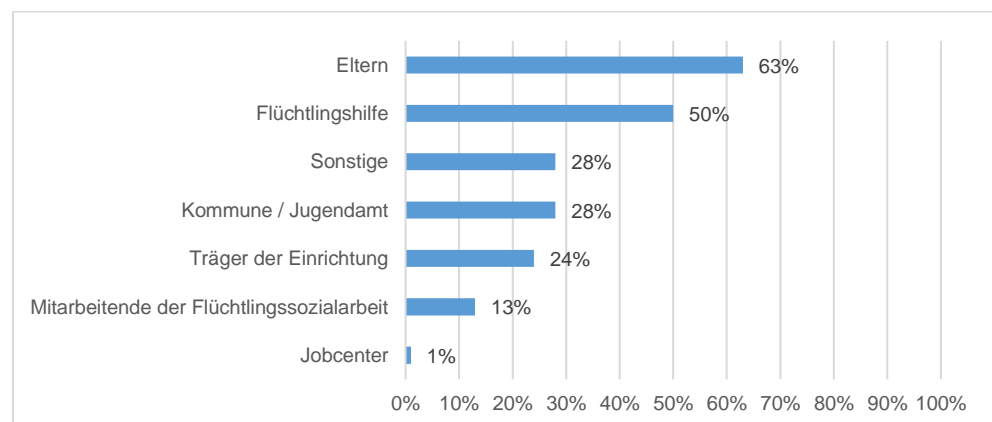


Quelle: Kitaleitungsbefragung 2023, n=309-311,

Anmerkung: *Die üblichen Standards zu Personal-Kind-Schlüssel und/oder zur Gruppengröße

Die Aufnahme der Flüchtlingskinder wurde in den meisten Fällen (63 Prozent) durch die Eltern selbst initiiert (siehe Abbildung 9). Für die Hälfte der Flüchtlingskinder (50 Prozent) ergriff die Flüchtlingshilfe die Initiative bei der Kitaplatzsuche. Den geringsten Einfluss auf die Aufnahme in eine Kita nahm das Arbeitsamt/Jobcenter. Es wurde in 1 Prozent der Fälle genannt. Als sonstige Personen wurden häufig private Kontakte – meist die Gastfamilie, Freunde, Verwandte oder Bekannte der ukrainischen Familie – genannt. Die Befragten konnten jeweils mehrere Antwortmöglichkeiten auswählen.

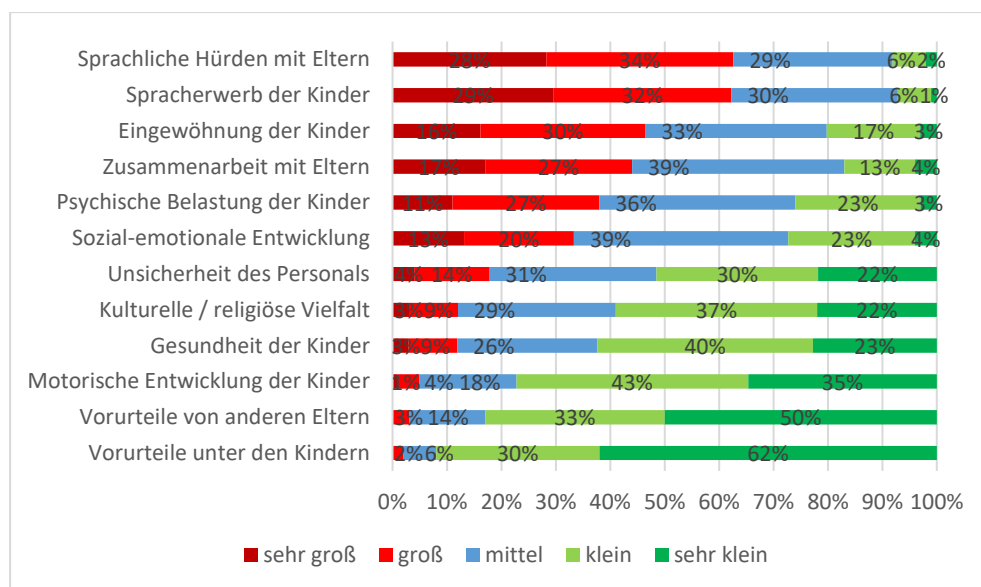
Abb. 9: Initiierung der Aufnahme von Flüchtlingskindern in Kitas (in %; Mehrfachnennung)



Quelle: Kita-Leitungsbefragung 2023, n=309-310

Auf die Frage nach den Herausforderungen, die das Kitapersonal im Hinblick auf die Arbeit mit den Kindern und Familien aus der Ukraine erlebt, wurden am häufigsten sprachliche Hürden im Umgang mit den Eltern genannt (62 Prozent sehr große bis große Herausforderung), dicht gefolgt von Schwierigkeiten bezüglich des Spracherwerbs der Kinder (61 Prozent sehr große bis große Herausforderung). Vorurteile spielten eine untergeordnete Rolle in Bezug auf die berichteten Schwierigkeiten. Dabei wurden die Vorurteile von anderen Erwachsenen (17 Prozent große bis mittlere Herausforderung) als etwas herausfordernder gewertet als diejenigen unter den Kindern (8 Prozent große bis mittlere Herausforderung) (siehe Abbildung 10).

Abb. 10: Herausforderungen im Betreuungsalltag in Kitas (in %)



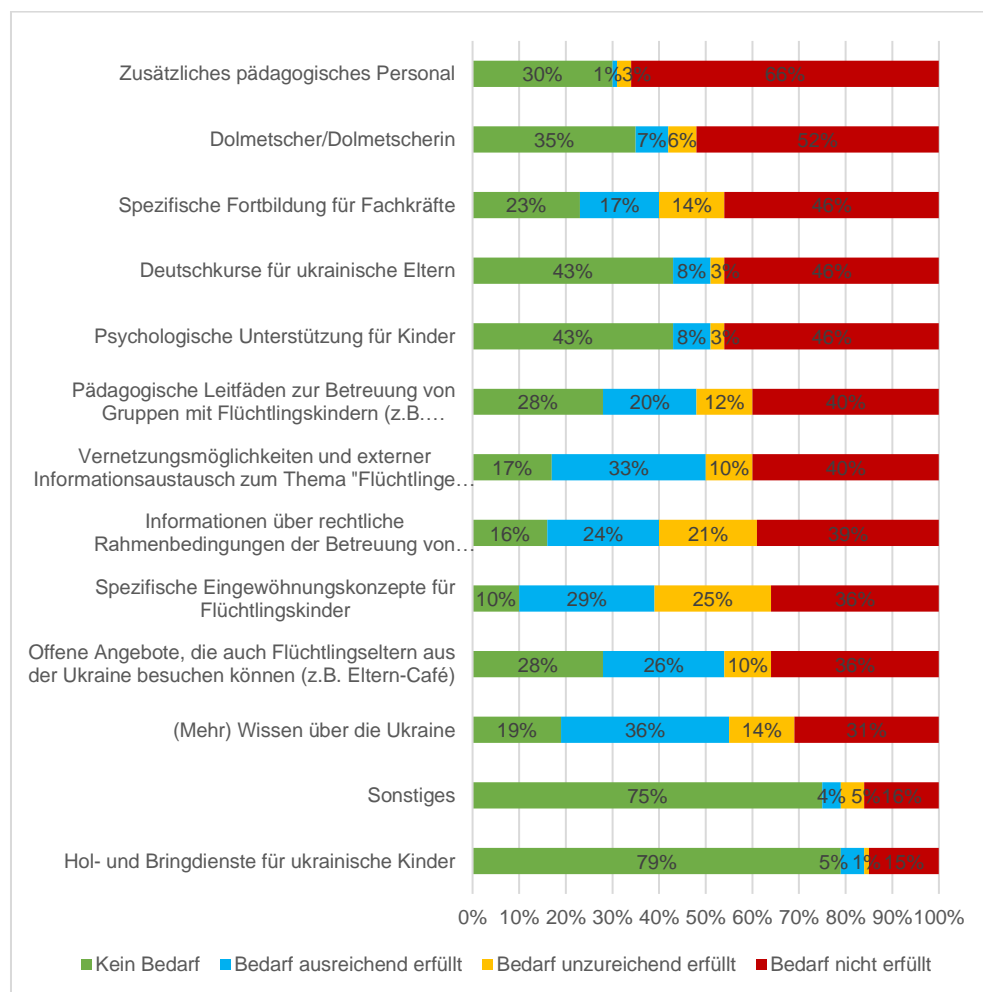
Quelle: Kitaleitungsbefragung 2023, n=308-311

Neben den Herausforderungen wurden die Kitamitarbeitenden auch nach den für sie vorhandenen, beziehungsweise zusätzlich benötigten, Unterstützungsangeboten befragt. Die Antworten der Befragten wurden zur Veranschaulichung in vier Kategorien unterteilt. „Kein Bedarf“ beschreibt Unterstützungsleistungen, die den Kitas zwar nicht zur Verfügung stehen, jedoch ohnehin nicht benötigt werden. Der Bedarf wurde „ausreichend erfüllt“, wenn ein entsprechendes Angebot zur Verfügung stand und kein Bedarf nach weiterer Unterstützung von Seiten der Kita besteht. „Unzureichend erfüllte“ Bedarfe liegen vor, wenn zwar entsprechende Leistungen zur Verfügung stehen, jedoch darüber hinaus weitere Unterstützung gewünscht wird. Unter der Kategorie „Bedarf nicht erfüllt“ werden jene Angebote gefasst, die nicht vorliegen, während die Befragten angeben, es bestünde durchaus Bedarf.

So zeigt sich, dass Hol- und Bringdienste für ukrainische Kinder zwar nur selten angeboten werden, allerdings auch auf keine große Nachfrage von Seiten der Kitas stoßen. Anderes zeigt sich bei dem Wunsch nach zusätzlichem pädagogischem Personal. Über die Hälfte (66 Prozent) der Befragten sieht hier einen Unterstützungsbedarf, kann jedoch auf keine entsprechenden Angebote zurückgreifen. Ähnlich

sieht es bei der Bereitstellung von Dolmetschern und Dolmetscherinnen (52 Prozent), spezifischen Fortbildungen für Fachkräfte, Deutschkursen für ukrainische Eltern und psychologische Unterstützung für die Kinder aus (jeweils 46 Prozent). Auch hier sehen etwa die Hälfte der Kitas kein Unterstützungsangebot, das ihren Bedarfen adäquat begegnet. Insgesamt zeigt sich ein hoher Wunsch nach weiteren Unterstützungsangeboten. Auch in Anbetracht der Ergebnisse aus Abbildung 11 tritt die Sprachbarriere als besonders relevantes Thema für das Kitapersonal hervor.

Abb. 11: Einschätzung der vorhandenen und benötigten Unterstützungsangebote für Kitapersonal (in %; Mehrfachnennung)



Quelle: Kitaleitungsbefragung 2023, n=310

Nicht nur die Hilfsangebote, die die Kitas selbst in Anspruch nehmen wollen oder können, wurden betrachtet. Es wurde auch erhoben, an welche Angebote für Eltern die Einrichtungen verweisen. Abgefragt wurden Angebote der Kinder- und Jugendhilfe außerhalb von Kitas.

Dabei zeigte sich, dass der Großteil der befragten Kitas (87 Prozent) die Eltern – entsprechend dem Alter der Kinder – auf Angebote der Frühförderung verwies. Auch Beratung in Familien- oder Erziehungsfragen (79 Prozent) und Eltern-Kind-Gruppen (65 Prozent) wurden häufig empfohlen. Der Integrationskurs rangierte im unteren Mittelfeld, während weitere, auf die spezifischen Bedürfnisse von Eltern

mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund zugeschnittenen Angebote die Schlusslichter bildeten (siehe Tabelle 3).

Tab. 3: Anteil der Leitungskräfte, die auf das betreffende Angebot für Eltern von Flüchtlingskindern verweist (in %)

	Leitungskräfte, die auf das Angebot verweisen
Angebote der Frühförderung (z.B. bei Entwicklungsverzögerung oder Behinderung des Kindes)	87%
Beratung in Familien- oder Erziehungsberatungsstellen	79%
Eltern-Kind-Gruppen (z.B. musikalische Früherziehung, Eltern-Kind-Turnen)	65%
Angebote im Familien- oder Stadtteilzentrum (z.B. Eltern-Café)	57%
Spezielle Beratung (z.B. zum Schreien, Schlafen, Füttern)	45%
Elternkurse (z.B. "Starke Eltern - Starke Kinder"; STEP-Konzept; "Kinder im Blick")	45%
Telefon- und Onlineberatung (z.B. Elterntelefon, "Nummer gegen Kummer")	44%
Integrationskurs	35%
Eltern-Kind-Gruppen für Geflüchtete aus der Ukraine	32%
Migrationsberatung für Erwachsene des Bundes (MBE)	22%
Selbsthilfegruppe für Geflüchtete aus der Ukraine	16%

Quelle: Kitaleitungsbefragung 2023, n=300-310

4 Teilprojekt 3: Ukrainische Jugendliche in Deutschland

Sophia Chabursky, Jannika Gutt & Alexandra Langmeyer

4.1 Kontext und Herausforderung

Das Jugendalter ist eine wichtige Lebensphase, in der Jugendliche mit vielen essenziellen Entwicklungsschritten und -aufgaben konfrontiert sind. Unter anderem entwickeln Jugendliche komplexere intellektuelle und soziale Kompetenzen, sie gewinnen eine größere emotionale und soziale Autonomie im Verhältnis zu ihren Eltern und knüpfen engere Kontakte zu Freundinnen und Freunden und Gleichaltrigen. Können diese Entwicklungsaufgaben von den Jugendlichen nur unzureichend bewältigt werden, kann das negative Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit haben (Hurrelmann/Quenzel 2016).

Migrationsprozesse wirken sich im Allgemeinen auf verschiedene Lebensbereiche aus. Sie können zu einer Veränderung des Lebensstandards führen sowie zu Veränderungen von Beziehungsstrukturen (Assion 2006). Migration an sich kann bereits persönliche und psychische Belastungen zur Folge haben, die sich negativ auf das gesundheitliche Wohlbefinden auswirken. Zwangsmigration oder Fluchtbergen zudem zusätzliche Belastungen durch mögliche Erfahrungen von Krieg und Verfolgung. So ist die Prävalenz psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung deutlich höher als bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Bürgin u. a. 2022). Insbesondere für Jugendliche, die auf der Flucht oft von ihren Eltern abhängig sind, gleichzeitig aber inmitten ihrer Autonomie- und Individuationsentwicklung stecken, kann dieser Prozess sehr belastend sein.

Damit geflüchtete Jugendliche in ihrem Ankunftsland möglichst bald zur Normalität zurückkehren und die Bewältigung ihre Entwicklungsaufgaben fortführen können, ist es wichtig, die Bedarfe dieser Jugendlichen zu erfassen. Sind diese Bedarfe Politik und Praxis bekannt, können die nächsten Handlungsschritte eingeleitet und den Geflüchteten in bestimmten Lebensbereichen Unterstützung angeboten werden, damit alle Jugendlichen in Deutschland gleiche Chancen auf ein gutes Aufwachsen haben. Dieses Ziel verfolgte auch die DJI-Studie „Unbegleitete und begleitete geflüchtete Jugendliche – Lebenslagen und Integrationsprozesse aus der Perspektive junger Geflüchteter“ (Lechner/Huber 2017). Im Rahmen dieser Studie wurden qualitative Interviews mit geflüchteten Jugendlichen aus der Fluchtbewegung des Jahres 2015 geführt, um mehr über ihre Ankunftserfahrungen in Deutschland, ihren Alltag und ihre Bedarfe zu erfahren. Teilprojekt 3 der vorliegenden Studie widmet sich dem selben Ziel, wobei es sich auf die Zielgruppe der geflüchteten Jugendlichen aus der Ukraine fokussiert. Anders als in der Flüchtlingswelle 2015 kommen die meisten Jugendlichen aus der Ukraine begleitet durch ihre Mutter oder ein anderes Familienmitglied in Deutschland an. Außerdem sind die Fluchtdistanzen kürzer. Trotzdem stehen die Jugendlichen beider Flüchtlingsgruppen vor der glei-

chen Herausforderung, sich in einem neuen Land mit fremder Sprache zu orientieren, ihre sozialen Beziehungen aufrechtzuerhalten bzw. neue aufzubauen und ihre schulische Bildung fortzusetzen. Aus diesem Grund ist es wichtig, in der aktuellen Studie mit den ukrainischen Jugendlichen ebenso explorativ vorzugehen und die Jugendlichen selbst zu Wort kommen zu lassen.

4.2 Methodik

In Teilprojekt 3 wurden 25 leitfadengestützte Interviews mit Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren geführt. Die Themen der Interviews waren Fluchtmotivation, Fluchtablauf und Ankunftserfahrungen, die Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem, die sozialen Beziehungen der Jugendlichen, ihre Freizeitgestaltung, ihre Bleibeabsichten, ihre psychische Gesundheit sowie ihr Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Einige Themen orientierten sich am Interviewleitfaden der DJI-Studie „Unbegleitete und begleitete geflüchtete Jugendliche – Lebenslagen und Integrationsprozesse aus der Perspektive junger Geflüchteter“ (Lechner/Huber 2017). Zusätzlich wurden in den Interviews standardisierte Fragen mit vorgegebenen Antwortformaten zu bestimmten Themen des Interviewleitfadens gestellt, um einen Vergleich mit anderen Daten zu ermöglichen. Ein Interview dauerte im Durchschnitt 63 Minuten. Die Interviews wurden auf Ukrainisch geführt und transkribiert, anschließend ins Deutsche übersetzt und nach der inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (Kuckartz/Rädiker 2022) analysiert. Die Kategorien für die Analyse wurden sowohl deduktiv ausgehend von der Konzeption des Interviewleitfadens als auch induktiv aus dem Interviewmaterial gebildet. Die Kodierung und Analyse der Interviews erfolgte mithilfe der Software MAXQDA.

Um Jugendliche aus möglichst unterschiedlichen Lebenslagen zu erreichen, wurden mehrere Feldzugänge genutzt, wie Willkommensklassen an verschiedenen Schulen, Kontakte von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe, Wohnheime für Jugendliche und Jugendzentren. Die Interviewten erhielten als Anreiz für die Teilnahme einen Geschenkgutschein in Höhe von 30 Euro. Die Jugendlichen, die erreicht wurden, kommen aus München oder dem Münchener Umland. Die Geschlechterverteilung ist ausgeglichen, genauso wie die Altersverteilung (siehe Tabelle 4). Der Großteil der interviewten Jugendlichen besucht derzeit noch eine weiterführende Schule, 6 der Teilnehmenden sind nicht mehr schulpflichtig und besuchen andere (Aus)Bildungseinrichtungen. 3 von 9 Jugendlichen, die an eine Mittelschule gehen, besuchen zusätzlich einzelne Schulunterrichtsstunden einer Realschule. Dies soll dazu dienen, dass diese Jugendlichen eine begabungsgerechtere Förderung erhalten.

Tab. 4: Stichprobenbeschreibung der Studie „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“

	N
Männlich	11
Weiblich	14
12–13 Jahre	9
14–16 Jahre	10
17–18 Jahre	6
Gymnasium	10
Mittelschule	9*
Andere Bildungseinrichtung**	6

Quelle: Studie „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“, n=25

Anmerkungen: * Drei Jugendliche besuchen zusätzlich eine Realschule; ** Bspw.: Studienkolleg, Gaststudium, Ausbildung, Integrationskurse

Die einzelnen Methoden, die in diesem Teilprojekt angewendet wurden, fasst der Methodensteckbrief im Anhang zusammen.

4.3 Ergebnisse

Dieser Ergebnisbericht fokussiert sich auf vier zentrale Themen der Interviews mit den Jugendlichen. Im ersten Teil werden die Flucht- und Ankunftserfahrungen der Jugendlichen thematisiert. Das zweite Thema nimmt die Erfahrungen der Jugendlichen mit dem deutschen Schulsystem in den Blick. Daraufhin werden die freundschaftlichen und familiären Beziehungen der Jugendlichen beleuchtet. Das letzte Thema beschäftigt sich mit dem psychischen Wohlbefinden der Jugendlichen und ihrem Umgang mit Belastungen und Problemen. Die nachfolgenden Zitate der Jugendlichen wurden teilweise sprachlich geglättet und es werden anonymisierte Namen verwendet.

4.3.1 Flucht und Ankunft

„Wir wollten einfach nur überleben und sicherstellen, dass alles in Ordnung ist und [wir] zumindest am Leben bleiben.“

Veronika, 13 Jahre

Wie Veronika wurden viele der Jugendlichen durch die direkte Gefahr des Krieges zur Flucht gedrängt. Flugzeugabstürze in der unmittelbaren Nachbarschaft, niedergebrannte und eingestürzte Wohnhäuser und Explosionen in nächster Nähe wurden

von den Jugendlichen als Antwort auf die Frage geschildert, welche Umstände sie zur Flucht bewegten. Neben der konkreten Gefahr für Leib und Leben hatte der Beschuss ihrer Wohnorte auch die Zerstörung der Infrastruktur zur Folge. So wurde von einem Mangel an Lebensmitteln und medizinischer Versorgung berichtet. Sorge bezüglich der wirtschaftlich instabilen Lage sowie Nachrichten und Gerüchte über das weitere Kriegsgeschehen führten zu großer Unsicherheit bei den Jugendlichen. Der 17-jährige Ilya war zunächst verunsichert, ob die Flucht überhaupt für ihn möglich sei, doch als er mitbekam wie seine Freundinnen und Freunde abreisten, entschloss er sich ebenfalls dazu. Wie Ilya haben sich viele an ihren Mitmenschen orientiert. Sie schlossen sich Fluchtbewegungen in ihrem Heimatort an oder nutzten die offizielle Evakuierung des Ortes.

Die Mehrheit der Jugendlichen flüchtete gemeinsam mit der Mutter aus der Ukraine. Neben den Müttern und Geschwistern waren auch Tanten, Cousins und Cousinen häufige Reisebegleiter:innen, gefolgt von Großmüttern. Einige Familienmitglieder kehrten bis zum Zeitpunkt der Interviews wieder in die Ukraine zurück. Darunter vereinzelt auch Mütter von älteren Jugendlichen. Abgesehen von zwei Ausnahmen verließen alle Befragten die Ukraine innerhalb eines Monats nach Kriegsbeginn, die Hälfte sogar innerhalb der ersten Woche. Als Fluchtdauer wurden Zeiträume zwischen einem Tag und zwei Monaten angegeben, wobei etwa die Hälfte der Jugendlichen innerhalb einer Woche in München ankam. Diese große Spannweite deutet auf sehr unterschiedliche Fluchtabläufe hin. Besonders lange Zeiträume sind auf die zwischenzeitliche Unterkunft bei Bekannten in Drittländern zurückzuführen.

Der Ablauf der Flucht hing auch zu großen Teilen von der Wahl des Verkehrsmittels ab. Diejenigen, die sich für das Auto entschieden, berichteten von sehr langen Wartezeiten (bis zu 30 Stunden) beim Grenzübergang. Die Flüchtenden waren stark von der Situation auf den Straßen abhängig. So wurde die Weiterfahrt teilweise gefährdet oder verlangte nach großen Umwegen, wenn umkämpfte Gebiete durchquert werden mussten. Auch die Situation an den Bahnhöfen war sehr unübersichtlich. Es wurde von überfüllten Zügen berichtet, die oft nicht genug Sitzplätze für alle Reisenden bieten konnten. Auch war die Reise mit dem Zug ebenfalls mit langen Verzögerungen und Wartezeiten verbunden. Busse wurden häufig für organisierte Evakuierungen eingesetzt. Doch auch sie waren abhängig vom Straßenverkehr und mussten lange an der Grenze warten. Zudem bestand bei der Flucht mit den öffentlichen Verkehrsmitteln die Gefahr, einander zu verlieren:

„Alle stiegen in den Bus ein, außer meine Mutter. Es waren so viele Leute da, es war ein Gedränge. [...] Die Türen waren bereits geschlossen und ich stand von meinem Sitz auf, fing an zu schreien und zu weinen, genauso wie meine Mutter. [...] Sie öffnete irgendwie die Tür und kam Gott sei Dank noch rein.“

Veronika, 13 Jahre

Der am häufigsten genannte Grund für die Wahl Deutschlands, bzw. Münchens, als Fluchtziel waren bereits hier lebende Freundinnen und Freunde sowie Verwandte. Diese konnten den Ankommenden eine erste Unterkunft bieten oder durch ihre Deutschkenntnisse bei der Koordinierung der Ankunft behilflich sein. Auch die Aussicht auf gute Bildungschancen und eine stabile wirtschaftliche Lage wurden als Motivation genannt, nach Deutschland einzureisen. Ein Studium in Deutschland stand bei vielen der Befragten hoch im Kurs. Einige wählten das Ziel eher per Zufall

aus, wie die Familie von Kateryna (14 Jahre). Sie standen in Ungarn am Bahnhof und wählten den Zug, der als nächstes das Land verließ. Vereinzelt gab es bereits vor Beginn des Krieges eine persönliche Vorliebe für Deutschland.

Bei der Ankunft in Deutschland kamen 10 der 25 Befragten in einer Flüchtlingsunterkunft an. Den meisten bot dies die Möglichkeit, ohne übermäßigen Zeitdruck eine mittel- bis langfristige Unterkunft wie eine Gastfamilie oder eine eigene gemietete Wohnung zu finden, deren Mietkosten vom Jobcenter übernommen wurden. Circa ein Drittel der Einreisenden kam zuerst bei Freundinnen bzw. Freunden oder Verwandten unter. Wenige fanden direkt eine deutsche Gastfamilie, die sie aufnahm. Einige kamen bereits zu Beginn in einer eigens gemieteten Wohnung unter oder suchten sich ein Hotelzimmer. Geflüchtete, die mit Hilfe des Jobcenters eine Wohnung mieten, müssen sich am wenigsten Sorgen um einen weiteren unfreiwilligen Wohnortswechsel machen. Denn so sind sie unabhängig von ihren Gastgeberinnen und Gastgebern in einer Gastfamilie, von Freundinnen bzw. Freunden und Verwandten sowie deren Kapazitäten, sie weiterhin zu beherbergen. Die Mehrheit der Befragten war mit der zum Zeitpunkt der Befragung aktuellen Wohnsituation zufrieden. 21 der 25 Jugendlichen bewerteten die Unterkunft als gut bzw. sehr gut.

4.3.2 Erfahrungen mit dem deutschen Schulsystem

Ein zentrales Thema der Interviews mit den Jugendlichen war ihre Erfahrung mit dem deutschen Schulsystem. In Bayern sollen im Schuljahr 2022/2023 schulpflichtige Geflüchtete aus der Ukraine ab der 5ten Klasse in sogenannten „Brückenklassen“ unterrichtet werden. Der Unterricht der Brückenklassen soll sich nicht zwischen den verschiedenen Schulformen in Bayern (Mittelschule, Realschule, Gymnasium) unterscheiden, sondern darauf abzielen, allen Schülerinnen und Schülern schnell die deutsche Sprache beizubringen, um sie anschließend begabungsgerecht in Regelklassen zu unterrichten. Fast alle befragten Jugendlichen berichten, dass in ihrer Brückenklasse eine Lehrkraft vorhanden ist, die Ukrainisch oder Russisch spricht. Dies hilft den Schülerinnen und Schülern beim Erlernen der Sprache, da Unklarheiten z. B. bei der Grammatik leicht auf Ukrainisch erklärt werden können. In der Regel findet der Deutschunterricht in der gesamten Klassenkonstellation statt, was manche Jugendliche als Problem betrachten. Aufgrund der großen Alterspanne kann es schwierig sein, ein Lerntempo zu bestimmen, welches für die älteren wie auch die jüngeren Schülerinnen und Schüler angemessen ist. So ging es der 17-jährigen Tatjana, die eine Brückenklasse mit Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren besuchte:

„Aber wegen des unterschiedlichen Alters der Kinder und jeder hat ein anderes Wissen, war es ein bisschen schwierig in der Klasse. Das heißt, jemand bewegt sich schneller, jemand merkt sich etwas sehr langsam, jemand ist noch sehr klein – will spielen. [...] Und ich denke auch, dass wahrscheinlich zu viel Aufmerksamkeit auf unterhaltsamere Lektionen gelegt wurde. Ich meine, der Unterricht fand in Form von Spielen statt. Es ist also gut für jüngere Kinder geeignet. Aber wenn jemand anschließend studieren möchte, dann passt das nicht.“

Tatjana, 17 Jahre

Für Tatjana hat der Unterricht in der Brückenklasse sie nicht ausreichend gefördert und für ihre berufliche Bildung in Deutschland vorbereitet. So ist es nicht verwunderlich, dass sich auch einige der anderen Jugendlichen beklagen, dass der Deutschunterricht zu langsam vorangehe. Diese Jugendlichen betonen, dass sie eher vom Besuch der Regelklasse profitieren, da sie sich die Sprache aus der Interaktion mit den anderen Jugendlichen aneignen. Tatsächlich gibt es innerhalb der Stichprobe Unterschiede, welches Sprachniveau die Schülerinnen und Schüler in der Brückenklasse erreicht haben. In einer Klasse wird seit Anfang des Jahres 2022 das Niveau A1 gelernt und wiederholt, während in einer anderen Schule die Jugendlichen in der Brückenklasse das B1-Niveau erlangt haben.

Neben der Deutschförderung sollen die Schülerinnen und Schüler der Brückenklassen in Englisch und Mathematik unterrichtet werden. Hierfür wird üblicherweise die Klasse in jüngere und ältere Kinder und Jugendliche aufgeteilt. Allerdings wird auch von anderen Aufteilungen nach Kompetenzständen der Jugendlichen berichtet. So besuchen manche Schulkinder für die Fächer Englisch und Mathematik die Regelklassen. Dies kann durchaus erfolgreich funktionieren, allerdings bedarf es zusätzlicher Anstrengungen der Lehrkräfte, die sich zum Beispiel extra Zeit nehmen, den Jugendlichen bestimmte Aufgaben zu erklären, oder schon im Voraus die Matheaufgaben ins Ukrainische übersetzen und an die Jugendlichen verteilen. In anderen Klassen wurde von zusätzlichen Lehrkräften berichtet, welche die Regelklasse begleiten, um die ukrainischen Jugendlichen zu unterstützen. Eine Schülerin schildert, wie die Lehrkräfte sich darum bemühen, den ukrainischen Jugendlichen in der Regelklasse den Schulstoff zu vermitteln:

„Und deutsche Lehrer, natürlich, sie sprechen nicht Ukrainisch, aber wenn etwas nicht klar ist, weil wir die Worte nicht wissen, zum Beispiel in Mathematik, er versucht es in anderen Worten zu erklären, oder etwas zu zeichnen oder zu beschreiben. Ab und zu sagt er es auch auf Englisch.“

Olena, 15 Jahre

Neben der deutschen Schule, welche die Jugendlichen durchschnittlich vier bis fünf Stunden am Tag besuchen, führen alle Befragten ihre ukrainische Schulausbildung in Distanz fort. Hierbei gibt es jedoch Unterschiede, in welcher Form der ukrainische Schulunterricht fortgeführt wird (Videounterricht, asynchrone Lerneinheiten, selbstorganisiertes Lernen) und in welchem Umfang sie die Unterrichtseinheiten vor- und nachbereiten. So gibt es Jugendliche, die bis zu vier Stunden am Tag den Schulstoff der ukrainischen Schule erarbeiten, andere haben zusätzliche Nachhilfelehrkräfte für die ukrainischen Fächer und einer der Befragten berichtet von Unterricht über Zoom, der sogar am Samstag stattfindet. So ist es verständlich, dass viele Jugendliche belastet sind durch diese doppelte Beschulungssituation. Entlastend in dieser Situation ist ein Verständnis der deutschen und ukrainischen Lehrkräfte, welche Abgabefristen für die Jugendlichen lockern oder auch das Schulende flexibler gestalten, wenn die Jugendlichen früher gehen müssen, um ihren Videounterricht nicht zu verpassen. Bei der Frage zur Bewertung der Schwierigkeit der Schule schätzen die meisten Jugendlichen diese im mittleren Bereich ein. Dass die Schwierigkeiten nicht noch höher eingestuft werden, zeigt die hohe Leistungsbereitschaft der Jugendlichen. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Teilnahme

an beiden Schulsystemen durchaus anspruchsvoll ist. Andere Jugendliche begründen die Bewertung damit, dass das Erlernen der deutschen Sprache für sie sehr anstrengend ist.

Die allgemeine Zufriedenheit mit der Schule liegt im oberen bis mittleren Bereich. Einen großen Beitrag zur positiven Bewertung der Schule im Allgemeinen leistet die Lehrkraft. Der Großteil der Jugendlichen spricht sehr positiv über die ukrainischen Klassenlehrkräfte, aber auch über andere Lehrkräfte an der Schule. Viele betonen deren Fähigkeiten, den Unterricht verständlich zu leiten und bei Fragen sofort Unterstützung anzubieten. Die Jugendlichen schätzen insbesondere die persönliche und freundliche Kommunikation auf Augenhöhe. Wenn sich die Lehrkräfte auch nach ihrem psychischen Wohlergehen erkunden, fühlen sich die Jugendlichen ernst genommen und eingebunden. Für Maria (16 Jahre), die unbegleitet nach Deutschland gekommen ist, sind die Nachfragen der Lehrkräfte nach ihrem Wohlbefinden und danach, wie die anderen Mitschülerinnen und Mitschüler sie behandeln, willkommene Aufmerksamkeiten.

In den Interviews konnte man durchaus ein Bemühen der Lehrkräfte wahrnehmen, welches über den Schulunterricht hinausgeht. Weitere schulische Maßnahmen, wie gemeinsame Frühstücke mit den ukrainischen Jugendlichen, Willkommensschilder im Schulgebäude und in Klassenzimmern, Schulführungen und Vorstellung der Kinder durch die Schulleitung, tragen zur Zufriedenheit mit der Schule bei, sind aber auch allgemein dem Wohlbefinden der Kinder sowie einer positiven Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft zuträglich. Haben die Befragten jedoch das Gefühl, die Lehrkräfte interessieren sich nicht für sie, geht dies mit einer geringeren Zufriedenheit mit der Schule und mit einem geringeren Wohlbefinden einher. Tatsächlich erzählen einige wenige Jugendliche von Lehrkräften der Brückenklasse, welche sich scheinbar nicht bemühen, den Schulstoff voranzutreiben, oder von Lehrkräften der Regelklassen, die nicht versuchen, die ukrainischen Jugendlichen am Unterrichtsgeschehen teilhaben zu lassen, sondern diese eher ignorieren. Hier zeigt sich, dass das persönliche Engagement der Lehrkraft eine wichtige Rolle dabei spielt, wie gut das Kind schulisch vorankommt und wie wohl es sich an der Schule fühlt.

Um ihren Unterrichtsplan abzurunden, besuchen die ukrainischen Jugendlichen vereinzelt Schulfächer in den Regelklassen, wo sie auch mit anderen Mitschülerinnen und Mitschülern außerhalb der Brückenklasse in Kontakt kommen. Für diese Schulfächer, wie Chemie, Biologie oder Werken, werden die Befragten allerdings für jedes Fach unterschiedlichen Schulklassen zugeordnet, teilweise auch in höhere oder niedrigere Klassenstufen. Durch den dadurch teilweise wöchentlichen Wechsel der Klassen und Fächer ist es für die ukrainischen Jugendlichen schwierig, sich in die Klassengemeinschaft einzugliedern. Für die Jugendlichen kann die Trennung von Brückenklasse und Regelklasse an sich schon hinderlich für die Integration sein, die Durchmischung innerhalb der Regelklassen erschwert dies noch zusätzlich.

Vereinzelt berichten die Jugendlichen auch von Schulen, welche alle ukrainischen Jugendlichen einer festen Regelklasse zuordnen, was von den Jugendlichen als sehr positiv bewertet wird. So ist es bei Svetlana (12 Jahre), die sich in „die deutsche Klasse eingebunden und integriert“ fühlt. Im Gegensatz dazu berichten aber auch

einige Jugendliche von negativen Erfahrungen mit Gleichaltrigen aus den Regelklassen. Sie sprechen von Diskriminierungserfahrungen und Mobbing in Form von Beleidigungen, Verspottungen, bis hin zu einem Fall von gezielter körperlicher Gewalt gegen einen ukrainischen Jugendlichen. Es fällt auf, dass Befragte, welche die Mittelschule besuchen, häufiger von solchen Vorfällen berichten als die Jugendlichen des Gymnasiums.

Im Gegensatz zu den wechselnden Regelklassen bleiben die Kinder in der Brückenklasse in einem einheitlichen Klassenkonstrukt. Für viele bietet diese Gemeinschaft mit anderen ukrainischen Jugendlichen die Möglichkeit, in ihrer Muttersprache miteinander zu kommunizieren, und löst das Gefühl von Geborgenheit aus. Dennoch bergen die unterschiedlichen Altersstufen der Jugendlichen innerhalb der Brückenklasse ein gewisses Konfliktpotential. Vereinzelt ist es für die Jugendlichen schwer, hier gleichaltrige Freundinnen oder Freunde zu finden. Davon abgesehen bietet die Brückenklasse ideale Anknüpfungspunkte für die Jugendlichen, um erste Freundschaften in Deutschland zu schließen.

4.3.3 Freundschaften und Familienbeziehungen

Wie soeben dargelegt, schließen die meisten geflüchteten Jugendlichen neue Freundschaften in den Brückenklassen, mit anderen, die ebenfalls aus der Ukraine geflüchtet sind. Deutlich weniger Freundschaften entstehen zu Schülerinnen und Schülern aus der Regelklasse oder außerhalb der Schule. Die Brückenklassen eignen sich besonders gut, um neue Freundschaften zu knüpfen, da die Jugendlichen hier regelmäßig mit den gleichen Mitschülerinnen und Mitschülern zusammenkommen. In den Regelklassen, die üblicherweise für die ukrainischen Jugendlichen regelmäßig gewechselt werden, fällt es entsprechend schwerer, Kontakt aufzubauen, zumal hier die Sprachbarriere als Hürde hinzukommt. Innerhalb der Brückenklassen sprechen alle Jugendlichen Ukrainisch oder Russisch und können sich so ohne Schwierigkeiten verständigen. Zudem befinden sich alle Schülerinnen und Schüler in ähnlichen Situationen, können einander deshalb besser verstehen, sich gegenseitig beistehen und beispielsweise beim Lernen helfen. Die Interviews zeigen, dass gerade gegenseitige Unterstützung eine gute Möglichkeit bietet, um in Kontakt zu kommen und sich kennenzulernen. In den Regelklassen fallen Jugendliche besonders auf, die neben Deutsch auch Russisch oder Ukrainisch sprechen. Sie können den Geflüchteten am besten dabei helfen, sich im deutschen Schulsystem zurechtzufinden. Aber auch deutsche Jugendliche, die keine entsprechenden Sprachkenntnisse aufweisen, können zu wichtigen Ansprechpartnern werden.

„Wenn wir im Deutschunterricht sind, helfen die Mädchen. Es macht mich glücklich, wenn sie versuchen, etwas zu sagen oder zu erklären.“

Emilia, 15 Jahre

Allein die Erkenntnis, dass die deutschen Schülerinnen und Schüler ihre Hilfe anbieten, die Neuen willkommen heißen und Interesse an ihnen bekunden, führt zu einer Annäherung. Der Erfolg der Erklärungsversuche ist dabei eher zweitrangig. Wichtig ist die Möglichkeit, Berührungängste zu überwinden und miteinander in

Kontakt zu treten. So berichtet Maria (16 Jahre) von Schwierigkeiten mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern, die anfänglich nicht mit ihr sprechen wollten, wodurch Maria sich ausgeschlossen und verunsichert fühlte.

„Vielleicht hatten sie Angst, mit mir zu sprechen. [...] Aber jetzt ist alles in Ordnung. Jetzt kommunizieren sie gut mit mir. Sie hatten Angst, vielleicht etwas Falsches zu sagen.“

Maria, 16 Jahre

Das Knüpfen neuer Kontakte in der Schule und die Erfahrung von Unterstützung können nicht nur Grundlage für einzelne Freundschaften sein, sondern prägen auch das Bild der deutschen Gesellschaft positiv und steigern so das Wohlbefinden der Jugendlichen in ihrem neuen Aufenthaltsort. Die Schule ist somit gleichzeitig ein wichtiger Ort, der Integration fördern kann. Neben der Schule werden Freundschaften häufig in Gastfamilien oder bei Freizeitbeschäftigungen wie beispielsweise in Sportvereinen geknüpft. Mitbewohner:innen in der Studierendenunterkunft oder Mitstudierende sind für die Älteren wichtige Ansprechpartner. Einzelne Freundschaften haben sich auch auf der gemeinsamen Flucht entwickelt.

Diese neuen Freundschaften sind zum Zeitpunkt der Erhebung für die meisten Jugendlichen kein ausreichender Ersatz für die alten Freundschaften aus der Ukraine. Denn Freundschaft braucht Zeit. Dies erkennt man auch an der Wortwahl der Jugendlichen, die häufig explizit zwischen „Bekanntem“ und „Freundem“ differenzieren. Zwar gibt über die Hälfte der Jugendlichen an, sie seien zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem Freundeskreis, jedoch ist auch ein Viertel der Interviewten nicht oder überhaupt nicht zufrieden. Ein Grund für diese Unzufriedenheit ist die räumliche Entfernung zu den etablierten Freundschaften aus der Ukraine. Viele Befragten geben an, diese Freundinnen und Freunde sehr zu vermissen. Insbesondere Freundschaften, die auf gemeinsamen Aktivitäten wie Spaziergängen oder dem Herumalbern auf dem Pausenhof basierten, leiden stark unter der weiten Distanz. Auf die Frage, ob sich ihr Verhältnis zu den Freundinnen und Freunden aus der Ukraine verändert hat, antwortet Zoriana:

„Sicher, weil wir uns nicht jeden Tag sehen, wir teilen miteinander unsere Insider-Witze schon nicht mehr wie früher. Ich meine, wir haben nicht mehr gemeinsame Themen, über die man zusammen lachen kann. [...] Ja, wir haben uns verändert, wir haben angefangen, viel weniger zu kommunizieren, weil die Mädchen auch in der Schule lernen und viel zu tun haben. Die haben auch was zu tun.“

Zoriana, 13 Jahre

Außerdem wird aus Zorianas Aussage deutlich, dass die unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen den gemeinsamen Kontakt erschweren. Die meisten Interviewten haben durch den Besuch sowohl der deutschen als auch der ukrainischen Schule sowie durch das Erlernen der deutschen Sprache eine sehr hohe Arbeitsbelastung zu stemmen. Ihnen bleibt nicht viel Zeit übrig, die sie in die Aufrechterhaltung der Freundschaften investieren können. Gleichzeitig befinden sich auch die alten Freundinnen und Freunde in entsprechend schwierigen Umständen. Viele von ihnen sind ihrerseits geflohen. Die Freundeskreise sind nun teilweise auf mehrere Länder oder Kontinente verteilt. Da jeder vor Ort versucht, neue Kontakte zu knüpfen und Fuß zu fassen, verlieren alte Freundschaften oftmals an Relevanz. Wer nicht

geflohen ist, befindet sich noch im Kriegsgebiet. So berichtet Larissa (13 Jahre), ihre Freunde hätten keine Möglichkeit mehr, ihr zu schreiben, denn „ihre Situation [sei] sehr schlecht“. Es ist den Freundinnen und Freunden aufgrund ihrer Notlage teilweise unmöglich, sich weiter um Freundschaften zu kümmern. Dazu erschweren auch verschiedene technische Komplikationen bei der Kontaktaufnahme mit den Freundinnen und Freunden in der Ukraine die Situation. So berichten die Jugendlichen von regelmäßigen Strom- und Internetausfällen auf der ukrainischen Seite. Demnach ist es nicht verwunderlich, dass viele Jugendliche berichten, ihre Freundschaften aus der Ukraine schwächen sich ab. Andererseits gibt es auch Freundschaften, die sich durch die Situation intensivieren. Die Sorge umeinander führt zu häufigen Kontrollanrufen, wodurch sehr regelmäßiger Kontakt aufrechterhalten wird. Zudem erzählten viele der Interviewten, wie sie mit ihren Freundinnen und Freunden aus der Ukraine das Erlebte besprechen und aufarbeiten, wodurch ihre emotionale Verbindung gestärkt wird. Hierbei zeigt sich, dass für viele der Jugendlichen ihre Freundinnen und Freunde wichtige Ansprechpartner sind, um emotionale Belastungen zu verarbeiten. Die meisten Jugendlichen geben an, täglich mit ihren Freundinnen und Freunden in Kontakt zu stehen. Kein einziger gibt an, den Kontakt zu allen Freundschaften aus der Ukraine verloren zu haben.

Auch der Kontakt zu der in der Ukraine zurückgebliebenen Familie wird von den Jugendlichen gepflegt. Etwa die Hälfte der Befragten hält zu mindestens einem der Verwandten in der Ukraine fast täglich Kontakt. Viele geben zudem an, es gäbe ein oder mehrere Familienmitglieder, die sie mindestens einmal pro Woche kontaktieren. Die Hürden, die sich bei der Aufrechterhaltung des Kontakts ergeben, gleichen ebenfalls denen der Freundschaften. Technische Probleme sowie Schwierigkeiten im Zeitmanagement stellen oft eine Herausforderung dar. Doch für viele Jugendliche sind die Familienangehörigen in der Ukraine dennoch weiterhin wichtige Bezugspersonen. Auch über die weite Entfernung nehmen die Eltern eine wichtige Ratgeberrolle ein. Besonders der Vater, der in der Ukraine zurückgeblieben ist, spielt für viele Jugendliche eine wichtige Rolle und wird vermisst. Valentyna (13 Jahre) erzählt, sie wolle zwar unbedingt in die Ukraine zurückkehren, wäre allerdings ihr Vater hier in Deutschland, könne sie sich auch vorstellen hier zu bleiben. Viele der Jugendlichen machen sich große Sorgen um ihre Familie in der Ukraine. Sie verfolgen die Kampfhandlungen in den Nachrichten. Regelmäßiger Kontakt ist ihnen wichtig, um sich vom Wohlbefinden der Familie überzeugen zu können. Im Laufe der Zeit nahm diese Sorge um die Verwandten tendenziell zu. Einige Jugendliche versuchten deshalb, ihre Angehörigen ebenfalls zur Flucht zu überreden oder vom Zurückkehren in die Ukraine abzuhalten.

Die Familienmitglieder, die die Jugendlichen auf der Flucht begleitet haben, nehmen eine besonders wichtige Rolle für die Jugendlichen ein. Die meisten Jugendlichen nennen ihre Mutter als eine der wichtigsten Bezugspersonen vor Ort, dicht gefolgt von den Geschwistern. Viele der Befragten gestalten aktiv ihre Freizeit mit ihrer Familie. Spaziergänge mit der Mutter, Computerspiele und draußen spielen mit Brüdern und Neffen, Brettspiele mit Tante und Cousinen und Tagesausflüge werden genannt. Die Familienangehörigen sind für die Jugendlichen wichtige Ansprechpartner:innen, wenn sie Probleme haben. Auch hier verbindet die gegenseitige Unterstützung. Für Zoriana ist ihre Mutter deshalb die wichtigste Person vor Ort.

„Denn sie ist bei mir, sie unterstützt mich immer, wenn ich das brauche und umgekehrt. Sie sagt mir immer, dass ich alles gut mache, sie unterstützt mich. Und ich unterstütze sie, also ja, die wichtigste Person für mich ist meine Mutter. [...] Sie kann mir zum Beispiel Geld für eine Woche geben, dann kaufe ich nichts für mich, dann kaufe ich etwas Schönes meiner Mutter, und ich kann ihr etwas schenken, um sie glücklich machen, nicht nur mich. Wir haben diesen Austausch von Geschenken.“

Zoriana, 13 Jahre

Auch im Alltag unterstützen sich die Familienangehörigen gegenseitig. So erzählt beispielsweise Christina (17 Jahre), wie sie, die besser deutsch spricht, und ihre Mutter, die mehr Erfahrung mit Bürokratie mitbringt, gemeinsam bürokratische Herausforderungen bewältigten. Die Fluchtsituation ist für die Jugendlichen mit großen Unsicherheiten verbunden. Angesichts dieser Umstände ist es nicht überraschend, dass die enge Verbindung zur Mutter auch in einem Alter, das für Ablösungsprozesse typisch ist, aufrechterhalten wird. Besonders wichtig sind vielen Jugendlichen auch ihre Haustiere. Mussten diese zurückgelassen werden, werden sie schmerzlich vermisst. Konnten sie jedoch mitgebracht werden, nehmen sie eine wichtige Rolle als Compagnon der Jugendlichen ein und werden in einigen Fällen mit als wichtigste Bezugsperson vor Ort genannt.

4.3.4 Psychisches Wohlbefinden

Auf die Frage nach der Gefühlslage bei der Ankunft in Deutschland zeigen sich große emotionale Ambivalenzen bei der Mehrheit der Jugendlichen. Einerseits sind sie sehr glücklich und erleichtert, in Sicherheit zu sein und keine Raketenangriffe mehr befürchten zu müssen. Die, die zu ihren Verwandten geflohen sind, freuen sich über das Wiedersehen. Gleichzeitig haben die Jugendlichen große Angst um ihre zurückgebliebene Familie sowie Freundinnen und Freunde in der Ukraine. Andere wie Kateryna (14 Jahre) sind wiederum von der überstürzten Flucht noch sehr gestresst oder sogar in einem Schockzustand, sodass sie bei der Ankunft immer noch nicht begreifen können, was gerade um sie herum passiert. Häufig erzählen die Jugendlichen davon, wie unwohl sie sich fühlten, die Sprache nicht sprechen zu können und die Umgebung und Gewohnheiten nicht zu kennen. Das verstärkte bei einigen das Gefühl, fremd zu sein. Bei den meisten Jugendlichen änderte sich dies mit der Zeit und sie gaben auf die Frage nach ihrer aktuellen Gefühlslage deutlich positivere Antworten. Mit dem Erlernen der Sprache und durch das Schließen neuer Freundschaften fühlen sie sich wohler. Der Großteil gibt an, sich inzwischen an das neue Leben in Deutschland gewöhnt zu haben. Vereinzelt wird sogar die Aussage getroffen, Deutschland werde nun als zweite Heimat betrachtet. Trotzdem gibt es auch Jugendliche, die sehr gerne in die Ukraine zurückkehren möchten. Ihr Heimweh und ihre Sorgen verstärken sich mit der Zeit. Dennoch gibt die Mehrheit der Jugendlichen an, zufrieden oder sehr zufrieden mit ihrem Leben in Deutschland zu sein.

Die Angst um Zurückgebliebene und um die Heimat sind die primären Sorgen der Jugendlichen. Der Krieg belastet sie nicht nur durch die konkreten Kampfhandlungen im Kriegsgebiet, denen sie durch die Flucht entkommen konnten. Vielmehr zerstört er die Beziehungen zu Familienangehörigen und Freundinnen und Freunden, welche von den Jugendlichen immer noch schmerzlich vermisst werden. Der

15-jährige Nazar erinnert sich an die Zeit mit seinen Freundinnen und Freunden in der Ukraine. Wenn er die Fotogalerie in seinem Handy durchsieht, kommen ihm dabei grübelnde Gedanken:

„Ja, das sind irgendwie unnötige Gedanken. Ich hatte sie immer nachts, aber jetzt sind es mehr, weil es mehr Probleme gibt, aber auch jetzt bin ich vor den Leuten immer fröhlich, in der Schule. Aber zu Hause, ob ich mit Freunden zusammen bin oder allein, oder wenn ich schlafen gehen möchte, ich vermisse meine Freunde.“

Nazar, 15 Jahre

Doch auch die Erlebnisse des Kriegs haben die Jugendlichen verändert und beschäftigen sie bis zum heutigen Tag. Geräusche wie lautes Türknallen oder Flugzeuge am Himmel lösen bei einigen emotionale und körperliche Stressreaktionen aus, welche Anzeichen auf Posttraumatische Belastungsstörungen sein können. In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass bei diesen Interviews hauptsächlich Jugendliche erreicht wurden, welche zu einem relativ frühen Zeitpunkt des Krieges geflohen sind. Obwohl sie nur eine kurze Zeit dem Kriegsgeschehen ausgesetzt waren, sind bereits deutliche Einbußen im Wohlbefinden zu verzeichnen. Wie es Jugendlichen geht, die längere Zeit in der Ukraine verbracht haben, muss an dieser Stelle offenbleiben. Es ist zu vermuten, dass noch stärkere Beeinträchtigungen und Belastungen zu beobachten sind.

Um mit diesen Belastungen umzugehen, stehen den Jugendlichen verschiedene Bewältigungsstrategien offen. Häufig werden mehrere Ansätze genutzt. Eine Möglichkeit, die genannt wurde, um mit Sorgen und Belastungen umzugehen, ist mit Freundinnen und Freunden oder der Familie zu sprechen. Dieser Austausch dient mehreren Zwecken. Zum einen können sich die Befragten so versichern, dass es den Verwandten gut geht und sie, soweit möglich, in Sicherheit sind. Zum anderen sind Freundinnen, Freunde und Eltern eine wichtige Ressource, um mit den Jugendlichen über ihre Sorgen zu sprechen, Erlebnisse im Gespräch zu verarbeiten und sich gegenseitig Trost zu spenden. Außerdem können die Sozialkontakte auch für Ablenkung sorgen und so das Wohlbefinden der Jugendlichen verbessern. Für einen Teil der Jugendlichen stellt die Schule oder ihr Studium eine gute Ablenkung dar. Aleksandra (17 Jahre) erzählt, dass sie sich in die Kurse des Studienkollegs gestürzt habe, um sich so von den Sorgen um ihre Verwandten abzulenken und nicht mehr so oft an den Krieg zu denken. Wie ihr geht es auch anderen Jugendlichen. Die Struktur und der geregelte Tagesablauf, die die Schule oder andere Bildungseinrichtungen bieten, helfen den Interviewten, auf andere Gedanken zu kommen. Viele Jugendliche finden zusätzlich Ablenkung in diversen Hobbys, sportlichen Aktivitäten und anderen Freizeitbeschäftigungen.

„Ich bekomme sehr viel Angst, wenn ich Donner höre, wenn es regnet, weil ich mich sofort an alles erinnere, was in der Ukraine passiert ist, und die Geräusche sind natürlich sehr beängstigend, weil sie sehr ähnlich wie die Schüsse sind. [...] Es kommt vor, dass ich zum Beispiel etwas Schreckliches geträumt habe, das mit meiner Vergangenheit zu tun hat, na ja, in der Ukraine, und natürlich kann ich nicht zum Beispiel um ein Uhr morgens hingehen und meine Mutter wecken und sagen, dass ich Angst habe. Natürlich kann ich das, aber ich möchte sie nicht stören. In solchen Momenten hilft mir Musik sehr. Es hilft mir, mich zu entspannen.“

Larissa, 13 Jahre

Aus Larissas Aussage wird zum einen deutlich, mit welchen Einschränkungen und Folgen der Kriegserlebnisse die Jugendliche zurechtkommen muss. Zum anderen zeigt die Aussage, auf welche Strategien Larissa zurückgreift, wenn sie das Gefühl hat, gerade selbst mit der Belastung umgehen zu müssen oder zu wollen. Mindestens genauso wichtig wie sich in akuten Stresssituationen durch etwas abzulenken, ist für die Jugendlichen, im Alltag ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten zu haben, damit sie gar nicht erst in negative Gedankenspiralen kommen. Beispielsweise hat Larissa über die Schule die Möglichkeit bekommen, umsonst Gitarre spielen zu lernen. Miron (18 Jahre) konnte gratis in einem Basketballverein spielen. Andere kulturelle Angebote, wie die Möglichkeit, kostenlos den Botanischen Garten zu besuchen, wurden von mehreren Jugendlichen neben einer gelungenen Freizeitbeschäftigung auch als eine willkommene Geste deutscher Solidarität angesehen. Solche Freizeit- und Beschäftigungsangebote können zu einem Gefühl von Normalität und Stabilität bei den Jugendlichen führen und sind für sie eine mindestens genauso wichtige Ressource wie das Angebot psychologischer Unterstützung. Deshalb ist es wichtig, weiterhin Angebote zu fördern, welche den geflüchteten Jugendlichen die Möglichkeit geben, kostenlos ihren Hobbys nachzugehen oder kulturelle Angebote zu nutzen.

Auf die Fragen, ob den Jugendlichen psychologische Unterstützung angeboten wurde oder ob sie wissen, wie man Zugang zur psychologischen Beratung erhalten kann, gaben sie unterschiedliche Antworten. Ein Teil der Jugendlichen hat hierzu bislang keine Informationen erhalten. Ein anderer Teil erhielt von Lehrkräften oder über die Schule Kontaktnummern zu Psychologen, die ukrainisch sprechen. Unabhängig davon, ob sie Informationen und Zugang zu psychologischen Dienstleistungen haben oder nicht, gaben mehrere Jugendliche in diesem Zusammenhang an, keine professionelle Hilfe zu benötigen. Obwohl nicht explizit danach gefragt wurde, gibt eine der Befragten an, wöchentlich psychologische Hilfe zu erhalten. Ein anderes Mädchen, Larissa (13 Jahre), erzählt, wie ihre Schule den Schülerinnen und Schülern psychologische Unterstützung anbietet. Sie haben eine Psychologin eingestellt, die selbst aus der Ukraine geflüchtet ist, die den Jugendlichen aus der Brückenklasse wöchentlich für eine Stunde zur Verfügung steht. Sie beschreibt dieses wöchentliche Angebot als Schulstunde, in der die Jugendlichen mit ihr sprechen können, wenn es ihnen nicht gut geht. Dieses Beispiel zeigt eine gute Möglichkeit, den Jugendlichen unkompliziert und niederschwellig psychologische Beratung anzubieten, und zeigt, dass die Schule nicht nur ein Ort des Lernens und der Integration ist, sondern auch einen Beitrag zum psychischen Wohlbefinden von geflüchteten Kindern und Jugendlichen leisten kann.

5 Zusammenfassung und Fazit

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 sind viele Kinder, Jugendliche und Familien nach Deutschland geflüchtet. Zwar hat Deutschland im Zuge der letzten Flüchtlingsbewegungen viele Erfahrungen gesammelt und ein gutes Hilfesystem aufgebaut. Allerdings ist die aktuelle Situation nicht mit der aus 2015 vergleichbar. Handlungsbedarfe können nicht unverändert übertragen werden, da sich die Zusammensetzung der Geflüchteten und Fluchterfahrungen unterscheiden. Während 2015 insbesondere junge Männer und minderjährige Kinder nach Deutschland kamen, sind es aktuell vor allem Frauen mit Kindern und Jugendlichen. Somit steht Deutschland im Hinblick auf die Flüchtlingsbewegung vor neuen Herausforderungen. Hier setzt das abteilungsübergreifende, multiperspektivisch und multimethodisch arbeitende DJI-Forschungsprojekt „Ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Erhebungen zur Zielgruppe und zu kommunalen Betreuungs- und Unterstützungsstrukturen“, bestehend aus den drei Teilprojekten „Kommunale Unterstützungsstrukturen“, „Kitas und ukrainische Mütter mit Kitakindern“ und „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“, an. Es beschreibt die Situation der Familien, Kinder und Jugendlichen und arbeitet deren Unterstützungsbedarfe sowie Gelingensbedingungen und Herausforderungen kommunaler Unterstützungsstrukturen heraus. Dabei betrachtet es neben dem institutionellen Hilfesystem auch die (organisierte) Zivilgesellschaft.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der einzelnen Teilprojekte wiedergegeben. Abschließend werden in einem kurzen Fazit abgeleitete Handlungsempfehlungen diskutiert. Eine detaillierte Übersicht zu den verwendeten Methoden findet sich im Anhang.

5.1 Teilprojekt 1 Kommunale Unterstützungsstrukturen

Teilprojekt 1 besteht aus drei Modulen. In der qualitativen Studie wurden in vier Bundesländern Interviews mit Leitenden und Mitarbeitenden aus der Bildungskoordination, aus den Migrationsämtern, Jugendämtern und Gesundheitsämtern sowie in einem weiteren Modul mit Vertretungen der organisierten Zivilgesellschaft geführt. In einer quantitativen Befragung des Projekts Jugendhilfe und sozialer Wandel (JHSW) wurden bundesweit Leitungen der Jugendämter befragt.

Kommunale Strukturen leisten einen wesentlichen Beitrag für die Unterstützung und Bildungsintegration von geflüchteten ukrainischen Kindern und Jugendlichen. Daneben stellen zivilgesellschaftliche Organisationen Angebote für Geflüchtete bereit und engagierte Bürger:innen bieten Hilfestellungen durch Privatunterbringung sowie über Geld-, Sach- und Zeitspenden. Die folgende Ergebniszusammenfassung erfolgt entlang der Berichtsgliederung.

Der Fachkräftemangel stellt die Kommunalämter nicht zuletzt bei der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten vor wesentliche Herausforderungen. Für die

kommunalen Bildungskoordinationen können hier zivilgesellschaftliche Organisationen und interinstitutionelle Kooperationsbeziehungen einen Beitrag leisten, um kurzfristig fehlende personelle Ressourcen in kommunalen Einrichtungen zu überbrücken und dringend benötigte Angebote bereitzustellen. Dabei können viele Bildungskoordinationen bei der Bedarfsabstimmung mit zahlreichen Netzwerkpartner:innen auf oftmals bereits 2015/16 geschaffene Strukturen zurückgreifen und verweisen dabei u. a. auf Familienstützpunkte, Mehrgenerationenhäuser und mehrsprachige Angebote (wie z. B. die Integreat App, Flyer oder Websites), die die Kommunikation mit der Zielgruppe erleichtern. Trotz der von vielen Interviewten festgestellten Bildungsaffinität der Kinder und Jugendlichen aus der Ukraine ist der Übergang in das deutsche Bildungssystem nicht reibungsfrei. Der Versuch, die Kinder und Jugendlichen möglichst schnell in den Fachunterricht zu integrieren, ist eine Herausforderung, an der weitergearbeitet werden muss, um Bildungsbrüche zu vermeiden. Hierfür bedarf es des weiteren Ausbaus des Bildungssystems mit pädagogischem und psychologischem Personal.

Eine mögliche erste Anlauf- und Orientierungsstelle für Geflüchtete könnten kommunale Migrationsämter darstellen. Diese haben aufgrund ihrer Querschnittsaufgabe einer prozessbegleitenden Integration von Geflüchteten, Asylsuchenden und Migrantinnen und Migranten oftmals eine Scharnierstellung in der kommunalen Verwaltung (u. a. zu Jugendämtern, Schulämtern und Jobcentern), aber auch zu öffentlichen Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Migrationsämter sehen sich insofern als Anlaufstelle für Migrantinnen und Migranten und wollen die Unterstützungslücken schließen, die das Regelsystem für Geflüchtete offenlässt, um Bildung, Qualifizierung und eine Arbeitsmarktintegration ebenso zu ermöglichen wie eine eventuell gewünschte Rückkehrperspektive in das Herkunftsland. Für die Migrationsämter ist der schnelle Spracherwerb der wichtigste Faktor für gelingende Integration. Daneben wird auch der durch den Aufenthaltsstatus oftmals ermöglichte schnelle Zugang der ukrainischen Geflüchteten zum kommunalen Bildungs- und Sozialsystem als integrationsfördernd herausgestellt.

Wie die qualitative Jugendamtsbefragung ergab, konnten auch viele Jugendämter auf ämterübergreifende Steuerungsgruppen aus früheren Fluchtbewegungen aufbauen und an bestehende Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen oder an regionale Integrationsnetzwerke anknüpfen. Zwar wurden in einigen Jugendämtern Koordinationsstellen geschaffen. Die Zusatzbelastung durch die Krisenbewältigung sehen die Interviewten mittelfristig dennoch als Problem für die gewachsenen Strukturen innerhalb der Kommunalverwaltungen. Es zeigen sich weiterhin Hinweise darauf, dass die bedarfsgerechte Planung von Angeboten und hier vor allem die Bereitstellung von Kita-Betreuungsplätzen für Geflüchtete als eine der zentralen Herausforderungen gesehen wird, die gerade Kommunen mit knappen Kapazitäten vor zusätzliche Belastungen stellt.

Die Ergebnisse der bundesweiten Jugendamtsbefragung des Projekts Jugendhilfe und sozialer Wandel (JHSW) zeigen, dass die Jugendämter den zusätzlichen Bedarf an Plätzen in der Kindertagesbetreuung am häufigsten als größte Herausforderung beschreiben. Damit erhöht sich der ohnehin schon bestehende Druck auf die Kinder- und Jugendhilfe, die in den letzten Jahren – insbesondere aufgrund des sich zuspitzenden Fachkräftemangels – zunehmend an ihre Grenzen stößt. Strategien

zur Bewältigung des Fachkräftemangels erhalten durch den Krieg in der Ukraine demnach zusätzliche Bedeutung. Auch wenn die Kindertagesbetreuung mit Abstand am häufigsten genannt wird, zeigen die Daten aber auch, dass die Herausforderungen vielfältig sind und die Kommunen vor unterschiedlichen Ausgangslagen stehen. Zur Bewältigung der durch den Krieg in der Ukraine entstandenen Herausforderungen greifen die kommunalen Jugendämter sowohl auf dafür intern etablierte Verfahren und Strukturen als auch auf Formen der Kooperation mit externen Akteuren (z. B. andere Ämter, freie Träger, Ehrenamtliche) zurück. Des Weiteren zeigt sich, dass in einem Teil der Jugendämter Strukturen zur Arbeit mit Geflüchteten nach 2015 wieder abgebaut wurden.

Die Gesundheitsämter haben bei der schulischen Integration Geflüchteter eine Nadelöhrfunktion und sind vor allem für die Pflichtaufgaben zur Unterstützung bei der Schuleinmündung zuständig. Dabei ist auch hier die sprachliche Vermittlung zentral, die neben Dolmetscher:innen auch Personen der ukrainisch- bzw. russischsprachigen Community in Deutschland übernehmen. Herausfordernd ist die Kumulation bestehender Engpässe in der medizinischen Versorgung und der sowohl aus der Corona-Pandemie als auch dem Ukrainekrieg resultierenden Bedarfe und Kapazitätsprobleme. Auch die unklare Bleibeperspektive erschwert die Entwicklung zielgruppenspezifischer Gesundheitsangebote, da eine Bedarfsplanung nur auf kurze Sicht erfolgen kann. Über die beschriebenen sozialen (z. B. Gastfamilien) und kulturellen Ressourcen hat die Zielgruppe teilweise einen – im Vergleich zu anderen Geflüchtetengruppen – besseren Zugang zu gesundheitsbezogenen Unterstützungsleistungen.

Die organisierte Zivilgesellschaft stellt niederschwellig zugängliche, oft kostenlose Bildungsangebote zur Verfügung und trägt dazu bei, dass die geflüchteten Kinder und Jugendlichen soziale Kontakte knüpfen, ihre Deutschkenntnisse verbessern sowie die Flucht und den dadurch geprägten Alltag für eine gewisse Zeit hinter sich lassen können. Die Interviewten, einschließlich der Befragten im Gesundheitsbereich, heben übereinstimmend den Mehrwert körperbetonter und künstlerischer Bildungsangebote hervor, weil sie trotz Sprachbarriere einen Austausch ermöglichen und damit niederschwellig partizipatorisch sind. Das Engagement von Geflüchteten wird als doppelt vorteilhaft beschrieben, weil es deren eigene Integration fördert und sie zudem als Dolmetschende fungieren, sodass auch Kinder und Jugendliche mit Sprachbarrieren Angebote besuchen können.

Die Zivilgesellschaft steht wie auch die kommunale Verwaltung vor der Herausforderung, ihr Engagement in Zeiten von Einsparungen aufgrund von Verteuerungen der Infrastruktur (z. B. Energiekosten) und dem gerade in Vereinen feststellbaren Rückgang von Mitgliedern und Mitgliedsbeiträgen (siehe z. B. DOSB 2022) fortzusetzen. Hierfür ist eine gemeinsame finanzielle Anstrengung notwendig, um die kommunale Infrastruktur, die Unterbringung in Wohnungen und die Unterstützungsstrukturen mit den Bildungsangeboten und den Plätzen in Kitas und Schulen aufrechtzuerhalten und angesichts der auch künftig zu erwartenden Zuwanderung auszubauen. Die Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteure bemühen sich um die Vermeidung einer Ungleichbehandlung der Geflüchteten, trotz Unterschieden im Aufenthaltsstatus und bei den individuellen Voraussetzungen. Sie öffnen die Angebote auch für die autochthone Bevölkerung, damit sie ein Ort der Begegnung

werden. Kommunen sind ein zentraler Ort des alltäglichen Lebens. Trotz knapper Ressourcen erfüllen kommunale Akteure bei den Übergängen in das Bildungssystem eine zentrale Aufgabe und leisten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren über zahlreiche Angebote auch im non-formalen und informellen Bildungsbereich einen entscheidenden Beitrag zur Integration der Geflüchteten.

5.2 Teilprojekt 2 Kitas und ukrainische Mütter mit Kindern im Alter von unter sieben Jahren

Teilprojekt 2 besteht aus zwei quantitativen Befragungen, der Befragung von Müttern mit Kindern im Alter zwischen 0 und 6 Jahren und der Befragung von Kitaleitungen. Mütter mit kleinen Kindern stellen eine besonders vulnerable Gruppe dar, da sie zusätzlich zu den normalen Herausforderungen, die mit einer Flucht und Ankunft in einem neuen Land einhergehen, die Kinderbetreuungsarbeit überwiegend ohne ihren Partner leisten müssen. Hinzu kommen weitere Belastungen, die sich u. a. aus den Fluchterfahrungen, der Sorge um zurückgelassene Familienangehörige und Einsamkeit ergeben können und sich so wiederum negativ auf das psychische Wohlbefinden der Mütter, aber auch der Kinder, auswirken können. Deshalb ist es wichtig, diese Zielgruppe in den Blick zu nehmen, ihr Wohlergehen und das ihrer Kinder zu untersuchen und mögliche Unterstützungsbedarfe aufzudecken. Die Zielgruppe der zweiten Befragung waren Leitungen von Kindertageseinrichtungen. Diese stehen vor der Herausforderung, die geflüchteten Kinder aus der Ukraine aufzunehmen und ihnen eine individuell geeignete Betreuung anzubieten.

Die 777 ukrainischen Mütter mit Kindern im Alter zwischen 0 und 6 Jahren, die an der Befragung teilgenommen haben, sind im Mittel hoch gebildet: Etwa vier Fünftel (82,1 Prozent) von ihnen besitzen einen Hochschulabschluss. Viele von ihnen kamen direkt nach Kriegsbeginn nach Deutschland und haben ihren Partner in der Ukraine zurückgelassen. Zu diesem und zu anderen wichtigen Bezugspersonen in der Ukraine besteht bei den meisten ein reger Kontakt. Auch zu Einheimischen konnten die meisten ukrainischen Mütter bereits in Kontakt treten, wobei dies besonders häufig über Nachbarn oder das Kind zustande kam. Dass sie sich voll und ganz in Deutschland willkommen fühlen, kann etwa ein Drittel der Mütter berichten, weitere 43 Prozent fühlen sich zumindest teilweise willkommen.

Aktuell ist nur ein recht geringer Anteil der Mütter (11,1 Prozent) erwerbstätig. Darunter sind 43,0 Prozent nach eigener Einschätzung im aktuellen Job formal überqualifiziert. Die meisten der nichterwerbstätigen Mütter wollen jedoch einen Job aufnehmen – darunter 19,6 Prozent von ihnen sofort, weitere 21,1 Prozent innerhalb eines Jahres. Um dies umsetzen können, sind einerseits Sprachkenntnisse notwendig, die jedoch bei den meisten der Mütter kaum vorhanden sind (57,3 Prozent der Mütter geben an, mit der deutschen Sprache „gar nicht“ oder „eher schlecht“ zurechtzukommen), und andererseits eine zuverlässige und umfassende Kinderbetreuung. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Mütter geben für ihr Zielkind (dies ist bei mehreren Kindern im Haushalt der Mutter dasjenige Kind, das als nächstes Ge-

burtstag hat) an, dass es in einer Kita betreut wird. Als weitere wichtige Betreuungsmöglichkeiten werden von den ukrainischen Müttern der im Haushalt lebende Partner und die Großeltern genannt.

Das psychische Wohlbefinden der Mütter ist eher schlecht. Viele von ihnen sind „gar nicht“ oder nur „selten“ „froh und guter Laune“ (46,7 Prozent), „ruhig und entspannt“ (47,3 Prozent) oder „energisch und aktiv“ (44,4 Prozent). Auch ruhen sich viele „selten“ bis „nie“ aus (53,4 Prozent) oder berichten häufig von völliger Erschöpfung (56,4 Prozent „sehr oft“ oder „oft“). Vom Kriegsgeschehen fühlen sich 66,7 Prozent „sehr stark“ oder „stark“ belastet. 53,6 Prozent der Mütter machen sich „große Sorgen“ um Angehörige in der Ukraine und um verschiedene Aspekte ihrer eigenen Zukunft (53,1 Prozent um ihre berufliche Situation) und die Zukunft ihres Kindes (Sorgen um dessen Zukunft 49,2 Prozent, dessen Wohlbefinden 43,0 Prozent und dessen Bildungsentwicklung 42,7 Prozent). Auch das Wohlbefinden ihres Kindes schätzen 15 Prozent der Mütter als eher schlecht oder schlecht ein und sehen bei ihm nicht selten Zeichen von Hyperaktivität (35 Prozent).

Die Befunde legen einen nennenswerten Unterstützungsbedarf der Mütter nahe. Manche der Angebote, zum Beispiel medizinische Versorgung, wurden bereits von einem Großteil der Mütter in Anspruch genommen. Auch Hilfe beim Deutschlernen wird zwei Dritteln der Mütter zuteil. Angesichts des schlechten Wohlbefindens der Mütter erscheint eine Inanspruchnahmequote von nur 3,6 Prozent der Mütter in Hinblick auf psychologische Hilfe jedoch gering. Ebenso wie bei der Hilfe bei Behördengängen zeigt sich auch bei psychologischer Hilfe, dass das Angebot etwa der Hälfte der Mütter, die es nicht nutzen, unbekannt ist. Eine weitere Nutzungsbarriere könnten die schon benannten sprachlichen Hürden sein. Eine gelingende Verständigung in der Landessprache ist nicht nur Voraussetzung für die Teilnahme an psychosozialen Unterstützungsangeboten, sondern auch für die soziale Teilhabe und Erwerbsintegration der Mütter.

Angesichts der hohen Bedeutung der Sprachkenntnisse stimmt bedenklich, dass zwei Drittel der Mütter, die keine Hilfe beim Deutschlernen in Anspruch nehmen, als Grund dafür angeben, dass das Angebot für sie unpassend ist. Hier erscheint es notwendig, die Teilnahme an Deutschkursen noch weiter zu erleichtern, z.B. durch die Bereitstellung einer adäquaten Kinderbetreuung während der Kurse. Generell scheint es die Inanspruchnahme vieler Leistungen zu erschweren, wenn die Kinder nicht fremdbetreut werden können.

Zudem berichten Mütter, die die Unterstützungsangebote nutzen, im Vergleich zu jenen, die das nicht tun, häufiger davon, dass sie sich „voll und ganz“ willkommen fühlen. Auch haben sie im Durchschnitt mehr Kontakte zu Einheimischen und ein besseres Wohlbefinden. Diese Befunde deuten auf komplexe Zusammenhänge hin. So ist denkbar, dass Mütter mit mehr materiellen, sozialen und psychischen Ressourcen leichter Zugang zu den Angeboten finden. Umgekehrt können auch die Angebote selbst zu (noch) mehr Kontakten sowie einem (noch) besseren Wohlbefinden und Willkommensgefühl führen. Diese sich wechselseitig verstärkenden Effekte können Polarisierungen herbeiführen, die die soziale Ungleichheit in der

Fluchtbevölkerung sowie zwischen Flucht- und autochthoner Bevölkerung vertiefen. Mehr Forschung ist nötig, um diese Zusammenhänge weiter zu untersuchen (siehe auch Teilprojekt 1).

Der zusätzliche Betreuungsbedarf der aus der Ukraine geflüchteten Kinder war für viele Kitas nicht leicht zu stemmen. Die Kitaleitungsbefragung zeigte Herausforderungen auf, mit denen die befragten Einrichtungen angesichts der aktuellen Situation konfrontiert sind. Etwa die Hälfte der 621 befragten Kitaleitungen berichtete davon, seit Februar 2022 Flüchtlingskinder aus der Ukraine in ihrer Einrichtung aufgenommen zu haben. Die Nichtaufnahme wurde in wiederum der Hälfte der Fälle durch einen Mangel an freien Plätzen begründet. Die üblichen Standards bezüglich Personal-Kind-Schlüssel und der Gruppengröße konnte von den meisten Einrichtungen, die ukrainische Kinder aufnahmen, zwar eingehalten werden, bei 10 Prozent war dies jedoch nicht der Fall. Als größte Herausforderung des Kitapersonals in der Arbeit mit den Kindern und den Familien aus der Ukraine wird die Sprache genannt – einerseits im Hinblick auf Sprachbarrieren im Umgang mit den Eltern, andererseits bezüglich des Spracherwerbs der Kinder. Unterstützungsbedarf besteht an vielen Stellen. So kann beispielsweise der Bedarf an Dolmetscherinnen und Dolmetschern, an Deutschkursen für die Eltern, an spezifischen Fortbildungen für Fachkräfte und an psychologischer Unterstützung für die Kinder nicht vollständig gedeckt werden. Die größte Diskrepanz zwischen vorhandenen und benötigten Ressourcen besteht jedoch bei pädagogischem Personal.

5.3 Teilprojekt 3 Ukrainische Jugendliche in Deutschland

In der qualitativen Befragung von geflüchteten Jugendlichen in Teilprojekt 3 wurden überwiegend Jugendliche erreicht, die innerhalb eines Monats nach Kriegsbeginn aus der Ukraine geflüchtet sind. Die konkreten Gefahren des Krieges, wie Schießereien und Raketenangriffe, drängten diese Familien zur Flucht. Die Flucht-abläufe waren unterschiedlich je nach Wahl des Verkehrsmittels, jedoch waren alle Wege mit viel Stress und Unsicherheit verbunden. Bei der Ankunft in Deutschland kamen die Befragten in Flüchtlingsunterkünften, bei Freundinnen bzw. Freunden oder Verwandten und bei Gastfamilien unter. Die Ankunft in einer Flüchtlingsunterkunft bot den Familien die Möglichkeit, sich ohne übermäßigen Zeitdruck eine mittel- bis langfristige Unterkunft zu organisieren. Dies ist wichtig, da häufige Ortswechsel den Aufbau sozialer Netzwerke für die Jugendlichen deutlich erschwert. Am meisten können diejenigen auf eine beständige Unterkunft vertrauen, die in eigenen gemieteten Wohnungen wohnen.

Die ukrainischen Jugendlichen werden ab der fünften Klasse in sogenannten „Brückenklassen“ unterrichtet, welche primär auf die Deutschförderung abzielen, damit die ukrainischen Schüler:innen im kommenden Schuljahr am Unterricht der Regelklassen teilnehmen können. Allerdings zeigen sich aus Perspektive der befragten Jugendlichen bei der Umsetzung der Brückenklasse einige Schwierigkeiten. Da in den meisten Schulen die Jugendlichen im Alter von 12 bis 18 Jahren in einer Klas-

senkonstellation Deutsch lernen, ist es aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen und Vorkenntnisse schwer, ein Lerntempo zu finden, von dem alle Jugendlichen profitieren. Außerdem schwankt der Lernfortschritt zwischen den unterschiedlichen Brückenklassen. Manche Klassen haben schon das B1-Niveau erreicht, während andere in der gleichen Zeit weiterhin A1 wiederholen. Um zu prüfen, ob das Lernen im geeigneten Tempo voranschreitet und die Jugendlichen ausreichend gefördert werden, wäre es möglich, Leistungsfortschrittskontrollen einzusetzen. Unter den Befragten werden die meisten Jugendlichen für Mathe und Englisch gemeinsam in der Brückenklasse unterrichtet, mit individuellem Besuch anderer Fächer in den Regelklassen. Die Eingliederung in Regelklassen kann durchaus gut funktionieren, wenn die Lehrkräfte sich extra Zeit nehmen, den ukrainischen Jugendlichen den Stoff und die Aufgaben verständlich zu vermitteln, oder wenn eine zusätzliche Lehrkraft in der Regelklasse vorhanden ist, um die ukrainischen Jugendlichen zu unterstützen. Allgemein berichten viele Jugendlichen sehr positiv über ihre Klassenlehrkräfte in den Brückenklassen sowie über andere Lehrkräfte. Hierbei wird nicht nur die schulische Unterstützung betont, sondern es wird gerade die psychische Unterstützung, wie beispielsweise das Erkundigen nach dem Wohlbefinden der Schülerin oder des Schülers, sehr wertgeschätzt. Das Engagement der Lehrkräfte und Schulleitungen, die ukrainischen Jugendlichen an der Schule willkommen zu heißen, bspw. mit ukrainischen Schildern oder gemeinsamen Frühstücken, trägt einerseits zum Wohlbefinden der Jugendlichen bei und bekräftigt andererseits auch die positive Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft seitens der Jugendlichen.

Die Schule erweist sich so als besonders relevanter Ort der Integration und um neue Freundschaften zu knüpfen. Die ukrainischen Jugendlichen können durch den Besuch von Schulfächern in der Regelklasse mit deutschen Mitschüler:innen in Kontakt kommen. Allerdings wurden die Befragten für jedes Fach unterschiedlichen Klassen zugeordnet, welche teilweise wöchentlich wechseln. Dadurch ist es für die Jugendlichen schwer, sich in eine Klassengemeinschaft einzugliedern, und der Anschluss zu den Jugendlichen in den Regelklassen wird nur schwer gefunden. Eine Organisation des Unterrichts, die die Jugendlichen festen Regelklassen zuweist, würde die Kontaktaufnahme zwischen deutschen und ukrainischen Jugendlichen deutlich erleichtern. Es zeigte sich zudem, dass die Möglichkeit, einander zu unterstützen, einen wichtigen Anknüpfungspunkt für die Jugendlichen darstellt. Auch hier könnte eine Unterrichtsplanung mit Gruppen- oder Partnerarbeiten den Schüler:innen eine willkommene Möglichkeit bieten, durch gegenseitige Hilfestellungen erste Kontakte aufzubauen. Außerhalb der Schule erweisen sich insbesondere organisierte Freizeit- und Sportaktivitäten, wie beispielsweise die Teilnahme in einem Fußballverein, als relevante Orte, um Netzwerke aufzubauen.

Durch die Flucht haben sich die Freundschaften von den Jugendlichen sehr stark verändert. Viele geben an, dass sie sich verschlechtert haben, was mit den Schwierigkeiten, zu Freundinnen und Freunden in der Ukraine und an anderen Orten Kontakt zu halten, zusammenhängt. Die unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen sowie technische Komplikationen wie Strom- und Internetausfälle erschweren die Kommunikation. Dennoch spielen diese ehemals engen Beziehungen für die Jugendlichen eine wichtige Rolle, weshalb sich alle Befragten zum Befragungszeitpunkt noch aktiv bemühen, diese Freundschaften aufrechtzuerhalten. Auch der

Kontakt zu Familienmitgliedern, die in der Ukraine geblieben oder dorthin zurückgekehrt sind, wird in den allermeisten Fällen aufrechterhalten, allerdings gibt es auch hier Kommunikationsschwierigkeiten. Die Familie vor Ort in Deutschland spielt in vielen Erzählungen eine besonders wichtige Rolle. Die eigene Familie, ob vor Ort oder in der Ukraine, stellt für die Jugendlichen wichtige Bezugspersonen dar, die emotionale Unterstützung bieten und auch mit Rat den Jugendlichen beiseite stehen.

Die Sorge um die Familienangehörigen und Freundinnen und Freunde in der Ukraine ist sehr groß und belastet die Jugendlichen stark. Hinzu kommen die belastenden Erfahrungen mit der Kriegssituation, welche das psychische Wohlbefinden der Jugendlichen bis zum aktuellen Zeitpunkt noch stark beeinträchtigen. Einige Jugendliche erzählen von emotionalen und körperlichen Reaktionen auf laute Geräusche, die sie an den Krieg erinnern. Die Jugendlichen entwickeln selbst Bewältigungsstrategien, um mit solchen akuten Stresssituationen und belastenden Gedanken umzugehen und Negativspiralen im Alltag zu vermeiden. Neben der emotionalen Unterstützung seitens ihrer Sozialkontakte helfen den Jugendlichen geregelte Tagesstrukturen, die sie beispielsweise in der Schule antreffen, um sich vom Kriegsgeschehen abzulenken. Ablenkung finden die Jugendlichen auch in unterschiedlichen Hobbys, sportlichen Aktivitäten und anderen Freizeitbeschäftigungen. Besonders wertgeschätzt werden die kostenlosen Angebote für die ukrainischen Geflüchteten. Sie ermöglichen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, bescheren den Jugendlichen ein Gefühl von Normalität und bieten gleichzeitig auch Möglichkeiten, neue soziale Netzwerke aufzubauen. So sind kostenlose kulturelle Angebote eine mindestens genauso wichtige Ressource für die ukrainischen Jugendlichen wie Angebote zur psychischen Beratung.

5.4 Fazit

Insgesamt zeichnen die Ergebnisse aus den qualitativen und quantitativen Studien zur Zielgruppe der aus der Ukraine geflüchteten Kinder, Jugendlichen und Familien ein gemischtes Bild, das in Teilen ermutigend ist, in anderen Teilen aber auch die anhaltend hohen Herausforderungen, denen sich diese Menschen und auch die Fachkräfte in der Arbeit mit den Geflüchteten gegenübersehen, verdeutlicht.

Ukrainische Kinder und Jugendliche bringen mit ihrer Flucht belastende Erfahrungen mit. Daher steht für sie eine Normalisierung des Alltags im Vordergrund. Hierzu zählen eine längerfristige Unterkunft, eine schnelle Integration in die Bildungssysteme wie Kita und Schule, der Aufbau von Freundschaften in Deutschland und die Pflege der Freundschaften in der Ukraine, die Aufnahme von Freizeitaktivitäten sowie der Spracherwerb. Die Kommunen, ihre Verwaltungseinheiten (Bildungskoordination, Migration, Jugend, Gesundheit), die Zivilgesellschaft und Einrichtungen wie Kitas und Schule leisten hierbei wertvolle Arbeit. Sie bieten Sprach-, Gesundheits- und Freizeitangebote, Familienstützpunkte sowie analoge oder digitale Informationsmaterialien an, um bei der Integration in den Alltag zu unterstützen. Dabei helfen verschiedene Ämter und bieten Orientierung, die Zivilgesellschaft organisiert niederschwellige Angebote und die Kitas und Schulen unterstützen bei der Sprachentwicklung und der Integration in den Schulalltag.

Entscheidend ist hierbei oftmals eine qualifizierte Begleitung der Kinder und Jugendlichen durch Sprachmittler:innen ebenso wie die Entwicklung fachlicher Kompetenzen in der Schule. Herausforderungen ergeben sich vor allem durch den Fachkräftemangel, fehlende Plätze in Kitas und bei Bildungsangeboten oder durch zu große Schulklassen.

Die Mütter, die mit kleinen Kindern nach Deutschland geflüchtet sind, sind eine besonders vulnerable Gruppe. Sie müssen den Alltag in Deutschland und die Kinderbetreuung oft allein stemmen und dabei zugleich die Trennung vom Partner, die Sorge um zurückgelassene Angehörige und belastende Kriegs- und Fluchterfahrungen bewältigen. Mäßige Deutschkenntnisse erschweren vielen Müttern eine bessere und schnellere Integration. Dass Mütter mit geringeren deutschen Sprachkenntnissen, geringeren sozialen Kontakten zu Einheimischen und geringerem Wohlbefinden sozialstaatliche Angebote in der Regel weniger nutzen und dabei häufiger als andere Mütter die geringe Passung des Angebots als Hauptgrund nennen, muss nachdenklich stimmen. Wo schon Ressourcen vorhanden sind, werden Zugänge zu weiteren Ressourcen leichter erschlossen und umgekehrt: Wo eigene Ressourcen fehlen, werden Unterstützungsangebote seltener gekannt und seltener als erreichbar wahrgenommen. Hier zeigen sich Polarisierungstendenzen, die die soziale Schere weiter vertiefen.

Das schnellere und wirksamere Erlernen der deutschen Sprache erleichtert den Geflüchteten das Ankommen, ihre Integration und ihr Wohlbefinden in Deutschland. Zugleich ermöglicht es den Fachkräften in Schulen, Kitas und anderen Angeboten der Jugendhilfe, der Wohnungs- und Arbeitsvermittlung eine wirksamere Unterstützung der Geflüchteten. Diese Sprachhilfen werden gebraucht, aber ihr Angebot ist nicht ausreichend, und weil sich die Bildungsentwicklung von Kindern und Jugendlichen nicht zurückdrehen lässt, werden Chancen vergeben.

Folgende **Handlungsempfehlungen** leiten sich aus den Ergebnissen der Studie ab:

Sprache ist der Schlüssel

Es muss weiterhin ganz oben auf der Agenda stehen, die Sprachförderung für Kinder, Jugendliche und Familien in Kitas, Schulen und außerschulischen Kursangeboten auszuweiten und Nutzungsbarrieren insbesondere für Menschen mit Sorgearbeiten abzubauen. Vor allem die Sprachangebote in den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind ein wesentlicher Beitrag für die Sprachentwicklung und Integration der Geflüchteten.

Die Bildungsintegration der Kinder ist eine zentrale Voraussetzung für deren Sprachförderung. Daher muss der erhöhte Bedarf an Kita-Plätzen durch einen verstärkten Ausbau des Platzangebots gedeckt werden, wobei auch auf pädagogische Herausforderungen in der Betreuung der Kinder mit Kriegserfahrungen einzugehen ist.

Die Schulen würden den Bedürfnissen der Kinder besser entgegenkommen, wenn Sprachförderung parallel bzw. ergänzend zum Regelunterricht stattfinden und die Kinder festen Regelklassen zugeordnet werden, um die Integration in den Fachunterricht zu erleichtern. Idealerweise ist zumindest teilweise eine zweite Fach- bzw. Lehrkraft im Unterricht vertreten, die bei Verständnisproblemen unterstützt.

Informationskampagnen und verbesserte Zugänge zu Unterstützungsangeboten

Informationen zu den umfangreichen psychosozialen Unterstützungsangeboten, Hilfen bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, bei Behördengängen, beim Deutschlernen usw., die Geflüchteten offenstehen, müssen diese besser erreichen und von diesen auch genutzt werden können. Am Abbau von Nutzungsbarrieren, seien es Unkenntnis, unzureichende Deutschkenntnisse, fehlende Kinderbetreuung oder andere Hürden, muss mit Beharrlichkeit weitergearbeitet werden.

Kultur- und Sportangebote für jugendliche Geflüchtete

Kulturellen und sportlichen Angeboten kommt bei der Integration von geflüchteten (und vermutlich auch aus anderen Gründen zugewanderten) Kindern und Jugendlichen wesentliche Bedeutung zu, da sie niedrigschwellige Kontakt- und Austauschmöglichkeiten mit anderen Kindern und Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund eröffnen und positive Erfahrungen ermöglichen.

Erhalt kommunaler Kooperationsstrukturen in der Flüchtlingsarbeit

Der Aufbau und Erhalt von breit angelegten Kooperationsstrukturen auf kommunaler Ebene muss fest im Aufgabenspektrum der Fachkräfte verankert werden, um schnell und nachhaltig auf Herausforderungen reagieren zu können. Gerade die kommunale Vernetzungsarbeit erleichtert den Auf- und Ausbau von Angeboten zur Förderung der Integration Geflüchteter, weil regionale Bedingungen und Kooperationspartner bekannt sind und bedarfsorientiert gearbeitet werden kann.

Bewährte Strukturen und Erfahrungen zu erhalten ist Teil einer professionellen kommunalen Integrationsarbeit. So sollten z.B. spezialisierte Task Forces und Anlaufstellen für Schnittstellenarbeit zur Integration Geflüchteter und anderer Migrant:innen überdauernd erhalten bleiben, um sie bei Bedarf aktivieren zu können.

Anhang: Methodensteckbrief der Teilprojekte

Teilprojekt	Fokus	Forschungsfragen	Methodik
1	Kommunale Verwaltungseinheiten	<p>Wahrnehmung der Zielgruppe mit Blick auf deren Ankommenssituation und ihre Ausgangsbedingungen</p> <p>Unterstützungsstrukturen der Ämter und der zivilgesellschaftlichen Organisationen für die Zielgruppe und Rückgriff auf Strukturen aus 2015/16</p> <p>Herausforderungen und Integrationsverständnis der Akteure mit Blick auf ihr Amt bzw. ihre Organisation</p>	<p>25 leitfadenbasierte etwa einstündige Online-Experteninterviews mit Leitungspersonen und Mitarbeitenden in kommunalen Verwaltungen (9 Personen aus der Bildungskoordination, 9 Personen aus Jugendämtern, 3 Personen aus Migrationsämtern und 4 Personen aus Gesundheitsämtern) in insgesamt 10 Landkreisen und kreisfreien Städten in 4 Bundesländern</p> <p>Auswahlkriterien hinsichtlich Varianz: regionale (Ost- und Süddeutschland, Städte und Landkreise) sowie soziostrukturelle (finanzstarke und finanzschwächere Kommunen) Kriterien</p>
	Zivilgesellschaft		<p>11 Interviews mit Expert:innen aus der Zivilgesellschaft (darunter 4 aus dem Gesundheitsbereich und 7 aus anderen Tätigkeitsbereichen)</p> <p>Auswahlkriterien: Varianz hinsichtlich Tätigkeitsfeld, Organisationsform, -alter und -größe</p> <p>Auswertungen unter Berücksichtigung der Perspektive auf die kommunalen Ämter</p>
	Jugendämter	<p>Was sind die größten Herausforderungen, die von den Jugendämtern im Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen aus der Ukraine aktuell gesehen werden? Können die Jugendämter auf Erfahrungen/Angebote/Strukturen, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen ab dem</p>	<p>Auswertung der offenen Fragen zum Thema „Herausforderungen durch die Zuwanderung aus der Ukraine“, die im Rahmen einer Erhebung des Projekts „Jugendhilfe und sozialer Wandel“ (www.dji.de/jhsw) per quantitativem, größtenteils</p>

		Jahr 2015 aufgebaut wurden, zurückgreifen?	standardisiertem Fragebogen auf Basis einer bundesweiten Brutto-Stichprobe von 230 Jugendämtern gestellt wurden.
2	Mütter mit Kindern von 0 bis 6 Jahren	Lebenssituation und Wohlbefinden der Mütter und ihrer Kinder in Deutschland; Kinderbetreuung, Unterstützungsangebote, Selbstwahrnehmung der Mütter in der Erzieherrolle, Aufbau von Netzwerken, Kontakte in die Ukraine, Erwerbstätigkeit und Erwerbsabsichten, Bleibeabsichten der Mütter	<p>Online-Befragung (ca. 20 Minuten) von Müttern, die seit dem 24.2.22 gemeinsam mit mindestens einem Kind unter 7 Jahren nach Deutschland geflohen sind. Einsatz eines standardisierten Fragebogens, übersetzt ins Russische und Ukrainische.</p> <p>Feldphase: 07.03.–22.05.2023.</p> <p>Als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren werden Leitungspersonen in Kitas angeschrieben, die zur Stichprobe der ERIK-Studie gehören (n=5.304 Einrichtungen). Weitere Zugänge der Mütter über Jobcenter und Jugendberufsagenturen in der Freien und Hansestadt Hamburg (jeweils derselbe QR-Code) und über Social Media.</p>
	Kitaleitungen	Umfang aufgenommener Kinder; Herausforderungen im Betreuungsalltag der Kinder; Unterstützungsbedarfe der Eltern und der Kinder; über die Kita angebotene bzw. vermittelte lokale Hilfeangebote	<p>Online-Befragung (ca. 8 Minuten) von Kitaleitungspersonen der ERIK-Stichprobe per standardisiertem Fragebogen in deutscher Sprache.</p> <p>Die Kitaleitungen fungieren in einer Doppelrolle als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Mütterbefragung und als Auskunftspersonen zu ihren Leitungsaufgaben</p>
3	Jugendliche	Fluchtmotivation, Fluchtablauf und Ankunftserfahrungen, Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem, soziale Beziehungen der Jugendlichen, ihre Freizeitgestaltung, ihre Bleibeabsichten, ihre psychische Gesundheit sowie ihr Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen	25 muttersprachliche leitfadengestützte Interviews mit Jugendlichen aus der Ukraine zwischen 12 und 18 Jahren (Dauer: ca. 1 Stunde)

Literatur

- Albrecht, Niels-Jens/Borde, Theda/Durlanik, Latif (Hrsg.) (2005): Sprach- und Kulturmittlung. (Bd. 2, Migration - Gesundheit - Kommunikation). Göttingen
- Assion, Hans-Jörg (Hrsg.) (2005): Migration und seelische Gesundheit. Berlin, Heidelberg
- Baisch, Benjamin/Lüders, Kilian/Meiner-Teubner, Christiane/Riedel, Birgit/Scholz, Antonia (2017): Flüchtlingskinder in Kindertagesbetreuung. Ergebnisse der DJI-Kita-Befragung „Flüchtlingskinder“ zu Rahmenbedingungen und Praxis im Frühjahr 2016. München
- Boll, Christina/Leppin, Julian Sebastian/Schömann, Klaus (2016): Who is overeducated and why? Probit and dynamic mixed multinomial logitanalyses of vertical mismatch in East and West Germany, *Education Economics*, DOI:10.1080/09645292.2016.1158787.
- Brücker, Herbert (2022): Geflüchtete aus der Ukraine: Eine Einschätzung der Integrationschancen. IAB-Forschungsbericht 04/2022, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg
- Brücker, Herbert/Dauth, Wolfgang/Haas, Anette/Jaschke, Philipp/Kosyakova, Yuliya/Mense, Andreas/Moritz, Michael/Phan thi Hong, Van/Wolf, Katja (2022a): Ein Vorschlag zur Verteilung von Geflüchteten aus der Ukraine. IAB-Forschungsbericht 05/2022, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Nürnberg
- Brücker, Herbert/Ette, Andreas/Grabka, Markus/Kosyakova, Yuliya/Niehues, Wenke/Rother, Nina/Spieß, C. Katharina/Zinn, Sabine/Bujard, Martin/Cardozo, Adriana/Décieux, Jean/Maddox, Amrei/Milewski, Nadja/Naderi, Robert/Sauer, Lenore/Schmitz, Sophia/Schwanhäuser, Silvia/Siegert, Manuel/Tanis, Kerstin (Hrsg.) (2022b): Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland: Flucht, Ankunft und Leben. Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. Wiesbaden. https://www.bib.bund.de/Publikation/2022/pdf/Gefluechtete-aus-der-Ukraine-in-Deutschland-Flucht-Ankunft-und-Leben.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (05.02.2023)
- Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2022): Geflüchtete aus der Ukraine. https://www.bmi.bund.de/Shared-Docs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/umfrage-ukraine-fluechtlinge.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (05.02.2022)
- Bürgin, David/Anagnostopoulos, Dimitris/Vitiello, Benedetto/Sukale, Thorsten/Schmid, Marc/Fegert, Jörg M. (2022): Impact of war and forced displacement on children's mental health-multilevel, needs-oriented, and trauma-informed approaches. In: *European child & adolescent psychiatry*, 31. Jg., H. 6, S. 845–853
- Dollmann, Jörg/Mayer, Sabrina Jasmin/Jacobsen, Jannes/Köhler, Jonas/Lietz, Almuth/Siegel, Madeleine (2022): Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland. Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Berlin
- DOSB (2022). Bestandserhebung 2022: Fassung vom 01.10.2022. Stichtag der Erfassung: 01. Januar 2022. Frankfurt am Main. https://cdn.dosb.de/user_upload/www.dosb.de/uber_uns/Bestandserhebung/BE-Heft_2022.pdf (01.02.2022)
- Due, Clemence/Riggs, Damien/Augoustinos, Martha (2016): Experiences of School Belonging for Young Children With Refugee Backgrounds. In: *The Educational and Developmental Psychologist*, 33 Jg., H.1, S. 33-53. doi:10.1017/edp.2016.9 (27.02.2023)
- Eberhard, Verena/Schub, Eric (2021): Chancen auf eine betriebliche Ausbildungsstelle von Geflüchteten und Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Bundesinstitut für Berufsbildung. Bonn
- Frank, Elena/Vandamme, Ralf (2017): Was ist eine Kommune? Zur Bedeutung von Kommunalpolitik heute. BpB. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/257291/was-ist-eine-kommune-zur-bedeutung-von-kommunalpolitik-heute> (06.02.2023)
- Gesemann, Frank (2020): Kommunale Integrationspolitik in Deutschland: Teilhabe vor Ort ermöglichen. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322672/kommunale-integrationspolitik-in-deutschland-teilhabe-vor-ort-ermoeglichen/#footnote-target-4> (25.01.2023)
- Giesing, Yvonne/Panchenko, Tetyana/Poutvaara, Panu (2022): Anpassungs- und Integrationsstrategien von Geflüchteten aus der Ukraine in Deutschland. Ergebnisse der qualitativ-quantitativen ifo Studie zu den Erfahrungen und Absichten der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland. ifo Institut. München
- Granato, Mona/Neises, Frank (Hrsg.) (2017): Geflüchtete und Berufliche Bildung. Bonn. <https://www.bibb.de/dienst/publikationen/de/download/8508> (13.02.2023)
- Hellermann, Johannes (2020): Kommunen und ihre Rolle bei der Flüchtlingsaufnahme: Rechtslage, Rechtsprechung, relevante Rechtsquellen. BpB. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322888/kommunen-und-ihre-rolle-bei-der-fluechtlingsaufnahme-rechtslage-rechtsprechung-relevante-rechtsquellen> (03.02.2023)
- Hurrelmann, Klaus/Quenzel, Gudrun (2016): Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 13., korrigierte Aufl. Weinheim

- Karakayalı, Juliana/zur Nieden, Birgit/Kahveci, Çağrı/Groß, Sophie/Heller, Mareike/Güteryüz, Tutku (2016): „Willkommensklassen“ in Berlin. Mit Segregation zur Inklusion? Eine Expertise für den Mediendienst Integration. Berlin. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Willkommensklassen.pdf (05.02.2022)
- Kausmann, Corinna/Simonson, Julia/Hameister, Nicole (2022): Zielgruppen der freiwilligen Tätigkeit und Engagement für Geflüchtete. In: Simonson, Julia/Kelle, Nadiya/Kausmann, Corinna/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Wiesbaden
- Kayed, Theresia/Anton, Jeffrey/Kuger, Susanne (2022): Der Betreuungsbedarf bei U3- und U6-Kindern. DJI-Kinderbetreuungsreport 2021. Studie 1 von 7. München
- Klemm, Matthias/Liebold, Renate (2016): Qualitative Interviews in der Organisationsforschung. In: Stephan Liebig/Wenzel Matiaske/Sophie Rosenbohm (Hrsg.): *Handbuch Empirische Organisationsforschung*. Wiesbaden, S. 299–324
- Klinkhammer, Nicole/Schacht, Diana/Meiner-Teubner, Christiane/Kuger, Susanne/Kalicki, Bernhard/Riedel, Birgit (Hrsg.) (2022): *ERIK-Forschungsbericht II. Befunde des indikatorengestützten Monitorings zum KiQuTG*. Bielefeld. WBV Media
- KMK (2022): *Gemeinsame Erklärung: Mehr Geschichte und Kultur der Sinti und Roma in Schule vermitteln*. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2022/2022-12-12_gem-Erklaerung-Sinti-Roma.pdf (01.02.2023)
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan (2022): *Qualitative Inhaltsanalyse. Methoden, Praxis, Computerunterstützung. Grundlagentexte Methoden*. 5. Auflage. Weinheim/Basel
- Lechner, Claudia/Huber, Anna (2017): *Ankommen nach der Flucht. Die Sicht begleiteter und unbegleiteter junger Geflüchteter auf ihre Lebenslagen in Deutschland*. München
- Mairhofer, Andreas (2020): *Formalisierungen in der Sozialen Arbeit. Zur Institutionalisierung methodischer Modernisierungen in den sozialen Diensten*. Weinheim
- Mairhofer, Andreas; Gandlgruber, Monika; Peucker, Christian; Pluto, Liane; van Santen, Eric (2023): *Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Jugendämter*. In: *Das Jugendamt* (3), S. 110–115.
- Mairhofer, Andreas/Peucker, Christian/Pluto, Liane/Santen, Eric van (2022): *Herausforderungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*. Empirische Erkenntnisse. Weinheim Basel: Beltz Juventa
- Maschke, Sabine/Stecher, Ludwig (2018): *Non-formale und informelle Bildung*. In: Lange, Andreas/Steiner, Christine/Schutter, Sabina/Reiter, Herwig (Hrsg.) (2018): *Handbuch Kindheits- und Jugendsoziologie*. Springer NachschlageWissen. Wiesbaden, S. 149–183
- Mayring, Philipp (2015): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim
- Mediendienst Integration (2023): *Flüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland. Stand Februar 2023*. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html> (04.06.2023)
- Metzner, Franka/Zimmer, Isabel/Wolkwitz, Philipp/Wlodarczyk, Olga/Wichmann, Michelle/Pawils, Silke (2018): *Soziale Unterstützung bei unbegleitet und begleitet geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach der Ankunft in Deutschland: Ergebnisse einer Befragung in »Willkommensklassen« an Hamburger Berufsschulen*. *Zeitschrift für Flüchtlingsforschung*, 2(1), S. 3–31. <https://doi.org/10.5771/2509-9485-2018-1-3> (06.02.2023).
- Olk, Thomas/Schmachtel, Stefanie (2017): *Einführung. Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften: Empirische Befunde und kritische Reflexionen – eine Einführung*. In: dies (Hrsg.): *Educational Governance in kommunalen Bildungslandschaften*. Weinheim/Basel, S. 10–50
- Peucker, Christian/Pluto, Liane/Santen, Eric van/Mairhofer, Andreas (2020): *Geflüchtete Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit*. In: *deutsche jugend*. 68. Jg., H. 11, S. 463–472
- Razum, Oliver/Geiger, Ingrid/Zeeb, Hajo/Ronellenfitsch, Ulrich (2004): *Gesundheitsversorgung von Migranten*. *Deutsches Ärzteblatt* (43), A S. 2882–2887. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/43977/Gesundheitsversorgung-von-Migranten> (06.02.2023)
- Reinhardt, Max/Schmiedeberg, Eva (2022): *Können Kommunen Bildung managen? Gelingensbedingungen und Herausforderungen einer neuen kooperativen Steuerung kommunaler Bildungslandschaften*. In: *Gruppe. Interaktion. Organisation. Zeitschrift für Angewandte Organisationspsychologie (GIO)*. 53 Jg., H. 4, S. 503–509. <https://link.springer.com/article/10.1007/s11612-022-00658-1> (13.02.2023)
- Schaefer, Earl S. (1959): *A circumplex model for maternal behavior*. In: *Journal of Abnormal and Social Psychology*, 59S. 226–235
- Schammann, Hannes (2020a): *Kommunale Migrationspolitik: ‚Control Gaps‘ als Innovationsmotoren?* In: Pioch, Roswitha/Toens, Katrin (Hrsg.): *Innovation und Legitimation in der Migrationspolitik. Studien zur Migrations- und Integrationspolitik*. Wiesbaden. https://doi-org.emedien.ub.uni-muenchen.de/10.1007/978-3-658-30097-5_19 (03.02.2023)
- Schammann, Hannes (2020b): *Der "local turn" in der Migrations- und Asylpolitik*. BpB. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdosiers/kommunale-migrations-und-fluechtlingspolitik/322500/der-local-turn-in-der-migrations-und-asylpolitik> (03.02.2023)

- Seidelsohn, Kristina/Frederiksen, Sifka/Zajak, Sabrina (2022): Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine. Was der Ukraine-Krieg für den Gewaltschutz in Geflüchtetenunterkünften bedeutet. DEZIMinutes #6. https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-5325.pdf (03.02.2023)
- Schmitz, Sophia/Spieß, Katharina C./Huebener, Mathias (2023): Weiterhin Ungleichheiten bei der KiTa-Nutzung. In: *Bevölkerungsforschung Aktuell* 2/2023: 3–8
- Ständige Wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz (Hrsg.) (2022): Unterstützung geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine durch rasche Integration in Kitas und Schulen: Stellungnahme. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/KMK/SWK/2022/SWK-Stellungnahme_Ukraine.pdf (06.02.2023)
- Stolz, Heinz-Jürgen (2012): Bildung neu denken! Kritische Anmerkungen zu aktuellen Ansätzen lokaler Bildungslandschaften und möglichen Alternativen. In: Bleckmann, Peter/Schmidt, Volker (Hrsg.): *Bildungslandschaften. Mehr Chancen für alle*. Wiesbaden, S. 21–31
- Strachwitz, Rupert/Priller, Eckhard/Triebe, Benjamin (2020): *Handbuch Zivilgesellschaft*. Oldenburg.
- UNHCR (2022): *Global Trends. Forced displacement in 2021*. Kopenhagen
- Wertfein, Monika/Lorenz, Sigrid (2016): Flüchtlingskinder in Kindertageseinrichtungen. Anforderungen an die Fachkräfte. In: *Archiv für Wissenschaft und Praxis in der sozialen Arbeit* (3), S. 54–62
- Zimmermann, Bettina M./Willem, Theresa/Bredthauer, Carl Justus/Buys, Alena (2022): Ethical Issues in Social Media Recruitment for Clinical Studies: Ethical Analysis and Framework. In: *Journal of Medical Internet Research*, 24. Jg., H. 5, e31231

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abb. 1: Einschätzung der Jugendämter zu den größten Herausforderungen aufgrund des Kriegs in der Ukraine (Anteil der Jugendämter in %; Mehrfachnennungen)	23
Abb. 2: Erfahrungen, Angebote und Strukturen, die im Anschluss an die Fluchtbewegungen ab dem Jahr 2015 aufgebaut wurden und auf die jetzt zurückgegriffen werden kann (Anteil an den Jugendämtern mit solchen Strukturen etc. in %; Mehrfachnennungen)	25
Abb. 3: Hauptgründe für den Weggang aus der Ukraine (in %; Mehrfachnennungen)	34
Abb. 4: Sorgen der Mütter (in %)	37
Abb. 5: Wohlbefinden des Zielkindes verteilt nach Merkmalen der Mutter (in %)	38
Abb. 6: Hyperaktivität des Zielkindes nach Merkmalen der Mutter (in %)	39
Tab. 1: Nutzung von und Zufriedenheit mit Angeboten	41
Tab. 2: Gründe für die Nichtnutzung von Angeboten	42
Tab. 3: Anteil der Leitungskräfte, die auf das betreffende Angebot für Eltern von Flüchtlingskindern verweist (in %)	49
Tab. 4: Stichprobenbeschreibung der Studie „Ukrainische Jugendliche in Deutschland“	52